

KAIS.-WILH.-BIB.-POSEN.
22. JUNI 1916

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 24.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 9. bis 15. Juni 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 20. Juni 1916.

Inhalt: Zur Rede des Herrn Reichskanzlers, S. 587—588. — Die Reichsvereinsgeseknobelle, S. 589—590. — Die polnischen Fraktionen, S. 590—593. — Pfingstartikel der polnischen Presse, S. 593—594. — Neue polnische Zeitungen, S. 595. — Gegen das Monopol der Nationaldemokratie, S. 595. — Die Geistlichkeit und die öffentlichen Angelegenheiten, S. 596. — Eine Gedächtniskirche in Posen, S. 596. — Delegiertenversammlung der polnisch-katholischen Arbeitervereine, S. 597—598. — Delegiertenversammlung des Verbandes erwerbstätiger Frauen, S. 598—600. — Der deutsche Seesieg, S. 600. — Erklärung polnischer Parteien in Warschau, S. 600. — Graf Wielopolski in London, S. 601. — Miljutow und seine Leute, S. 602. — Bedingungen der Expansion, S. 603. — Zwei Kulturen, S. 604. — Die Warschauer Gemeindevahlen, S. 605—606. — Die Warschauer Studenten, S. 606. — Organisation der Aufklärung im Königreich Polen, S. 607. — Schulverein oder Landesfachschulverein?, S. 607—609. — Der Beistand für Polen in Zahlen, S. 609. — Die amerikanische Rettungsaktion für Polen, S. 610. — Ist ein Kompromiß mit Rußland möglich?, S. 611—612. — Die Oktoberisten und die polnische Autonomie, S. 613. — Originelle Nachricht über russische Absichten gegenüber Polen, S. 613. — Frankreich und Polen, S. 613—614. — Maeterlinck über Polen, S. 615. — Englische Broschüren über Polen, S. 615.

Pressestimmen zur Rede des Herrn Reichskanzlers.

Aus Nr. 68 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. Juni 1916.

Zur Rede des Reichskanzlers schreibt die „Gazeta Grudziadzka“ folgendes: Nach der Rede des Reichskanzlers laute Beifallsbezeugungen von den Sitzen der Abgeordneten und auch auf den Tribünen.

Nur die Konservativen und ein Teil der Sozialdemokraten nehmen an dieser Ehrung des Kanzlers keinen Anteil.

Die Rede des Kanzlers hat eine außergewöhnliche Bedeutung, sie ist eine programmatische Rede. Angesichts dieser Rede kann man fürwahr glauben, daß es nach dem Kriege besser sein wird, auch für die Polen!

Die Rede des Kanzlers hat auch für die Polen eine ungeheure Bedeutung, weil die, die den Kanzler bekämpfen, die ihn untergraben, die ihn stürzen wollen, auch Hauptgegner des polnischen Volkes sind. So hat denn auch das polnische Volk eine Interesse daran, daß der Kanzler seine Gegner niederschmettert. In diesem Sinne bedeutet daher die Rede des Kanzlers auch für uns eine geschichtliche Wendung.

Aus Nr. 69 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Juni 1916.

Zur Rede des Reichskanzlers schreibt die „Gazeta Grudziadzka“ u. a. folgendes: Im ganzen deutschen Staate, und wohl auch außerhalb seiner Grenzen, befaßt man sich lebhaft mit der Rede des Reichskanzlers. Der Kampf der konservativ-nationalliberal-alldeutschen Kreise wird längst im stillen gegen den Reichskanzler geführt. Es ist sogar soweit gekommen, daß man Broschüren, welche Beleidigungen und Verdächtigungen gegen den höchsten Beamten des Staates, der das Vertrauen des Kaisers und der übrigen Monarchen der Bundesstaaten besitzt, enthalten, voller Dreistigkeit selbst in den Schützengräben verbreitet und auf diese Weise unter dem Militär geradezu Haß gegen den Kanzler gezüchtet hat.

Auch uns hat die Arbeit der alldeutschen Kreise gegen den Kanzler manchmal unangenehm berührt. Der Kanzler hatte fürwahr viel Geduld, daß er solange Zeit auf diese alldeutsche Maulwurfsarbeit blicken konnte. Herr v. Bethmann-Hollweg ist nun gegen diese düstere Arbeit in den Kampf getreten. Am meisten kann man es bedauern, daß er erst jetzt so scharf und rücksichtslos gegen jene überpatrioten, die ungeheuren Schaden angerichtet haben, aufgetreten ist. Diese Leute — nicht nur die Schreiber der Broschüren — haben durch ihre Brutalität, durch ihre Unvernunft, durch ihre Gelüste, Weleroberer zu werden, das Mißtrauen in den Kreisen des Auslandes geweckt, sogar in den Kreisen, die den Deutschen wohlgesinnt waren.

Der Kanzler nannte diese Leute „Piraten der öffentlichen Meinung“, und er hatte Recht.

„Ich nehme diesen Kampf auf“, so sagte der Kanzler, „und werde ihn durchführen!“

Wir hoffen, daß er sein Wort halten wird und sind überzeugt, daß das rechtschaffen denkende Volk sich auf seine Seite stellt.

Der Kanzler rief im Sitzungssaale des Parlaments: „Fort mit der Maske, damit man sieht, wer sie trägt.“ Und dieses Herunterreißen der Maske wird eine der hauptsächlichsten und vielleicht nicht eine der schwersten Aufgaben des Reichskanzlers sein.

Die alldeutschen Wühlereien sind in der letzten Zeit fürwahr geradezu unerträglich geworden. Die alldeutschen hatatistischen Kreise wollten es haben, daß der Kanzler ihr Diener würde, daß er die ganze Politik nach ihrem verrücktem Sinn betriebe, sei es in der polnischen, oder in der belgischen Frage, oder sei es überhaupt in den die Kriegsziele betreffenden Fragen. Dieselben alldeutschen und hatatistischen Kreise haben auch ausdrücklich verlangt, daß der Kanzler die den Polen gegebenen Versprechungen, daß nach dem Kriege eine Änderung der polnischen Politik eintreten solle, nicht halten sollte. Diese Kreise haben auch hauptsächlich den Kanzler gehindert, schon jetzt während des Krieges das Werk der neuen Orientierung zu beginnen. Deshalb haben wir auch mit wahrhafter und tiefer Zufriedenheit diese mannhafte und mächtige Rede des Kanzlers gelesen und die Ankündigung aufgenommen, daß er die gewissenlosen Wähler, die sich aus dem Schmerze und der Qual anderer ein Vergnügen bereiten, niederschmettern werde.

In der Rede des Kanzlers erblicken wir auch die wiederholte und aufrichtige Ankündigung, daß auch für uns Polen im preußischen Gebietsteile bessere Zeiten kommen werden. Und deshalb wird auch das ganze polnische Volk die Rede des Reichskanzlers mit großer Befriedigung begrüßen.

Insbesondere hat auch unser Blatt allen Grund, über die Niederschmetterung der alldeutschen und hakatistischen Wähler zufrieden zu sein, weil es ihre Einflüsse und die Folgen ihrer Wählerarbeit gar empfindlich am eigenen Leibe verspüren mußte. Man ist mit unmöglichen Forderungen an uns herangetreten, sodaß es schwer war, zu leben und zu atmen. Unsere Leser werden sich auch an die Überfälle der hakatistischen alldeutschen Blätter über die „Gazeta Grudziadzka“ und ihren Herausgeber erinnern. Und das alles geschah deshalb, weil diese Wähler fürchten, daß die kluge Politik der „Gazeta Grudziadzka“ und unseres Herausgebers dazu beitragen wird, daß das polnische Volk aus diesem furchtbaren Kriege für seine furchtbaren Opfer an Gut und Blut die ihm gebührenden Vorteile davontragen wird. Aber alle Unannehmlichkeiten, die wir erfahren haben und noch erfahren, werden uns nicht davon abhalten, unsere Pflicht zu erfüllen, sie werden uns nicht abbringen, von dem Wege, den uns unser Verstand, das Verantwortlichkeitsgefühl und die Rücksicht auf das Interesse der ganzen Volksgesamtheit, insbesondere aber auf das Interesse unseres polnischen Volkes gehen heißen.

Und wir glauben fest daran, daß der Kampf, den der Kanzler den alldeutschen und hakatistischen Wählern angekündigt hat, auch uns und unserem gesamten Volke die Erfüllung der großen Pflichten erleichtern wird.

Aus der Nr. 131 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 8. Juni 1916.

Unter der Überschrift:

Die Offensive des Reichskanzlers

schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Die extremen rechtsstehenden Parteien, die für die alldeutschen Annexionsprogramme eintreten, konnten das Gefühl, daß sie ihre Einflüsse eingebüßt haben und daß die Regierung entgegen ihrem Willen mit Unterstützung anderer Parteien ihre Politik durchzuführen imstande sein wird, nicht ertragen. Ihr Widerstand wurde noch größer, als nach dem Rücktritt des in diesen Kreisen sehr unpopulären Dr. Delbrück vom Reichsamt des Innern zu seinem Nachfolger Herr Helfferich berufen wurde, der als Vertreter der Finanz- und Industriekreise auf der Rechten von vornherein eine sehr kühle Aufnahme fand. Schon in der vergangenen Woche während der Beratungen über die Zensur war das außerordentlich heftige Hervortreten des extrem konservativen Abgeordneten Gräfe gegen den Reichskanzler und sein heftiger Zusammenstoß mit Herrn Helfferich die Ankündigung eines nahen Sturms. Am Dienstag warf Herr v. Bethmann Hollweg in einer äußerst entschieden und unzweideutigen Weise seinen Feinden den Fehdehandschuh hin.

Man kann sich leicht vorstellen, welch lauten Widerhall ein solches Auftreten des leitenden Staatsmannes nicht nur im Reichstag, sondern auch in der ganzen deutschen Volksgesamtheit hervorrufen mußte. Wir Polen haben von unserem Gesichtspunkte aus natürlich keinen Grund, den Reichskanzler besonders zu verteidigen, namentlich in Anbetracht der Tatsache, daß die Regierung, an deren Spitze er steht, von neuem unsere Forderungen bezüglich des Sprachenparagraphen abgelehnt hat. Nichtsdestoweniger hält es aber schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß das Auftreten des Reichskanzlers gegen eine solche mächtige

Alique von männlicher Seelenstärke gekennzeichnet war und daß durch seinen Mund ein durch und durch ehrlicher Politiker sprach, der mit offenem Visir kämpft. Wir könnten sogar sagen, daß der Kanzler gegenwärtig mit dem selben Feinde kämpft, mit dem seit so vielen Jahren die preußischen Polen kämpfen. Dieser Feind aber ist der uns hinreichend bekannte, in seinen Mitteln nicht wählerische und unerfättliche Chauvinismus bestimmter deutscher Lager, der gegenwärtig schon nicht mehr dem schwachen polnischen Element, sondern auch der mächtigen deutschen Regierung so zugesetzt hat, daß es vorgestern zu einem bisher in der Geschichte des deutschen Reichstages noch nie dagewesenen Konflikt gekommen ist.

Das Vorgehen gegen diesen Chauvinismus und gegen diese „Scharfmacher“, die Deutschland selbst am meisten schaden und die Zahl seiner Feinde nach außen hin vermehren, war etwas mehr als eine effektvolle Rede. Es war dies eine große Tat, für die gerade vom Gesichtspunkte des reinen deutschen Patriotismus dem deutschen Reichskanzler die höchste Anerkennung gebührt.

Aus Nr. 159 des Naprzód (Kraakau)
vom 8. Juni 1916.

Aus der Tiefe des Herzens!

Der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat in Anbetracht der ungeheuren Siege der deutschen Heere einen immer schwierigeren diplomatischen Standpunkt, wenigstens in dem gegenwärtigen Zeitabschnitt des Krieges, wo sich der Vierverband noch nicht als besiegt betrachten will und vielleicht noch nicht will und, da er das Meer frei hat, sich den Anschein gibt, daß er die Welt beherrsche.

Die Schwierigkeiten des Reichskanzlers bestehen darin, daß Deutschland zum Friedensschluß bereit ist, während die Koalition mit der Ankündigung einer Fortsetzung des Krieges antwortet. Das Ergebnis ist ein immer grausamerer Kampf auf allen Fronten, bis sich endlich einer der Kämpfenden als geschlagen wird betrachten müssen.

Der politische Verstand des Reichskanzlers hat nicht nur augenblickliche Schwierigkeiten, sondern auch weitere in die ferne Zukunft reichende Schwierigkeiten vor sich.

Je größer das kriegerische Kräfteaufgebot der Heere ist, je mehr Opfer es gibt, desto lauter und aufdringlicher machen sich die Annexionsappetite bemerkbar. (Folgen 8 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen). Daher hat sich der Reichskanzler einer solchen Politik scharf widersetzt und suchte eine Stütze bei den Parteien der Mitte und der Linken. (Folgen 10 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen). Die vorgestrigte Rede des Reichskanzlers stellte die Maulwurfsarbeit der Annekterer und der öffentlichen Brunnenvergifter an den Pranger. Sie räumte den Sozialdemokraten ein für allemal ein ebensolches Recht auf das Vaterland ein, wie den reicheren Klassen, und riß den Verleumdern, welche niemals genug Blutvergießen und innere Kämpfe während des Krieges haben, die Maske vom Gesicht. Dies war ein Entrüstungsschrei, der aus der Tiefe des Herzens kommt, die Ankündigung einer besseren Zukunft. (Folgen etwa 15 von der österreichischen Zensur gestrichene Schlußzeilen).

Preßstimmen zur Reichsvereinsgesetznovelle.

Aus Nr. 132 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 10. Juni 1916.

Unter der Spitzmarke

„Der Sprachenparagraph“

schreibt das Blatt u. a. folgendes: Am 5. Juni nahm der Reichstag die Änderung des Paragraphen des Versammlungsrechts an, durch welche in Zukunft die Schwierigkeiten beseitigt werden, welche bis jetzt die Verwaltungsbehörden und auch die ordentlichen Gerichte den Arbeiter-Organisationen bereitet haben.

Bei dieser Gelegenheit haben sich die polnischen Abgeordneten auch um die Aufhebung des Sprachenparagraphen dieses Gesetzes bemüht. Die Regierung wollte aber auf eine Änderung des Sprachenparagraphen gegenwärtig nicht eingehen. Aus der Erklärung der Vertreter der Regierung geht hervor, daß diese auf die Zeit nach dem Kriege verlegt und daß diese Änderung auf Grund der neuen Orientierung hinsichtlich der Polen erfolgen soll. Mit einem Worte: die Regierung ist der Ansicht, daß die neue Orientierung gegenüber den Polen nach dem Kriege auf allen Gebieten des Staatslebens einheitlich durchgeführt werden soll. Diese neue Orientierung wird hauptsächlich von der preußischen Regierung abhängen, denn in Preußen steckt der Kern der polnischen Sache.

Uns Polen ist es bekanntlich darum zu tun, aus dem Ausnahmeverhältnis, in dem wir uns in verschiedener Hinsicht befinden, sobald als möglich herauszukommen. Angesichts der entschiedenen Erklärung der Regierung können wir mit dem Kopfe nicht durch die Mauer und müssen uns weiterhin in Geduld wappnen. Soviel aber wissen wir und darin liegt der Unterschied zwischen unserer Lage von heute und vor dem Kriege, daß die Regierung eine Änderung des Kurses, eine Änderung der Politik gegenüber den Polen wiederholt angekündigt und auch ihre Neigung dafür zu erkennen gegeben hat. Diese Ankündigung können wir durchaus nicht nur als eine Versprechung ansehen, sondern wir betrachten sie als die aufrichtige Absicht der Regierung. Das Warten auf die Besserung unseres Schicksals ist somit gegenwärtig ein anderes, wie früher. Heute wissen wir, daß das Ende des Wartens kommen wird, wir kennen seine Grenzen: d. i. das Ende des Krieges. Und dieser Umstand allein ist schon ein Beweis für die beginnende Änderung. Wir haben auf diese Änderung vor dem Kriege ohne große Hoffnung gewartet, jetzt aber warten wir auf sie mit Vertrauen und Hoffnung.

Wir haben umsomehr Grund zu vertrauen, weil nicht nur die Regierung die Neigung für eine Änderung zeigt, sondern auch die öffentliche Meinung des deutschen Volkes in unzweideutiger Weise sich für die Änderung erklärt hat. Als der Zentrumsabgeordnete Gröber am 5. Juni im Reichstage den Antrag um Aufhebung des Sprachenparagraphen gestellt hatte, stimmten 265 Abgeordnete für diesen Antrag und 74 nur gegen ihn. $\frac{3}{4}$ der Abgeordneten stimmten für die Aufhebung dieses Paragraphen. Das ist ein Zeichen dafür, daß sich die überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes das wünscht. Der Redner der Fraktion drückte die Erwartung aus, daß nach dieser Abstimmung die Regierung noch während des Krieges den Sprachenparagraphen aufheben werde. — Das wäre allen Polen erwünscht. Die Tragweite dieser Sache beruht aber nicht so sehr auf ihrer Terminierung als vielmehr auf der Tatsache, daß sowohl die Regierung wie auch das deutsche Volk ihren Willen zu erkennen gegeben haben und daß das Versprechen gegeben worden

ist, diese Angelegenheit in einer für die Polen günstigen Weise spätestens nach dem Kriege zu regulieren.

Aus Nr. 132 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 8. Juni 1916.

Jetzt entscheidet die preußische Regierung.

Als seinerzeit in der Kommission des deutschen Reichstages über das Vereins- und Versammlungsrecht und über den Sprachenparagraphen beraten wurde, erklärte Herr v. Bethmann Hollweg, daß dieser Paragraph unbedingt notwendig sei, weil sich die Polen darauf vorbereiteten, im Falle eines Krieges zum Schaden Deutschlands tätig zu sein. Herr v. Bethmann Hollweg fügte hinzu, die Regierung könnte auf den Sprachenparagraphen verzichten, wenn die Polen den Beweis dafür erbringen wollten, daß sie derlei Absichten nicht hegen.

Anfangs August 1914 brach der Krieg aus. Diejenigen, welche die Regierung falsch informiert hatten, haben dadurch erreicht, daß die Polen in manchen Gegenden große Schwierigkeiten erleben mußten. Die entscheidenden Kreise haben sich bald von der Grundlosigkeit der gegen die Polen erhobenen Vorwürfe überzeugt. Der Krieg dauert nun schon 22 Monate. Nirgends haben die achtjamen deutschen Behörden irgendwelche Verschwörungen der Polen gegen Deutschland entdeckt, dagegen ist das polnische Blut an allen Fronten ebenso geflossen wie das deutsche. Manch einer von denen, die man als Führer der Verschwörungen gegen Deutschland bezeichnete, befindet sich seit 20 Monaten auf dem schwersten Posten, oder er ist in Verteidigung des deutschen Reichs ins kühle Grab gegangen.

Und so haben sich denn auch die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstage in ungeheurer Mehrzahl während des Krieges schon zum zweiten Male für die Aufhebung des Sprachenparagraphen erklärt. Bei der namentlichen Abstimmung am 5. Juni stimmten für das Projekt des Gesetzes, nach welchem der Sprachenparagraph aufgehoben werden soll, 265 Abgeordnete, gegen das Projekt nur 74 Volksvertreter, also kaum der fünfte Teil der Stimmenden. Jetzt wird die preußische Regierung durch ihre Vertreter im Bundesrat entscheiden, ob der Sprachenparagraph aufgehoben wird, denn andere Bundesstaaten, insbesondere Bayern, Württemberg und Baden haben der polnischen Sprache überhaupt keine Schwierigkeiten bereitet, wenn es sich um religiöse, belehrende oder berufsmäßige Versammlungen handelte.

Wir hoffen, daß die preußische Regierung dem Willen der $\frac{4}{5}$ des Parlaments folgen und sich mit der Aufhebung des Sprachenparagraphen einverstanden erklären wird. Angesichts des Ergebnisses der Montags-Abstimmung kann von einer Störung des Burgfriedens durch die Beseitigung dessen, was die Polen für einen Stein des Anstoßes halten und was niemandem von Nutzen sein kann, keine Rede sein.

Aus Nr. 158 der Godzina Polski (Łódź)
vom 7. Juni 1916.

Die Aufhebung des Sprachenparagraphen.

In den Erörterungen der Presse über das Thema der künftigen Gestaltung Polens und noch mehr in den mündlichen Diskussionen tritt immer noch in unserer Volksgefamtheit das Gefühlselement hervor. Dieser Faktor bildet ein ernstes Hindernis bei der objektiven Beurteilung von Tatsachen und bei der Ziehung von realen Schlüssen aus ihnen und macht es unmöglich, sich klar Rechenschaft darüber abzulegen, daß die Regelung der polnischen Frage nicht danach, ob und in-

wieweit uns diese Lösung mehr oder weniger sympathisch sein wird, erfolgen kann.

Der Gang der Kriegseignisse beweist immer unwiderlegbarer, daß der entscheidende Faktor in unserer Frage die Mittelmächte sein werden. Das hat auch der Reichskanzler in seiner Rede am 5. April betont, in welcher er die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage feststellte und dabei hervorgehoben hatte, daß Deutschland und Österreich diesen Prozeß vollziehen werden. Die weniger kritisch veranlagten Kreise legen sich keine Rechenschaft darüber ab, daß sich aus solchen gewaltigen Kataklysmen, wie der gegenwärtige Krieg, nur solche Bedingungen entwickeln können, die für eine lange Reihe von Jahren das absolute Gleichgewicht der Welt, oder wenigstens Europas, sichern werden, und daß mithin auch die Gestaltung Polens, die der Krieg mit sich bringt, für uns von ziemlich langer Dauer sein wird.

Es sollte somit scheinen, daß politische Klugheit uns anhalten müßte, alle in Betracht kommenden realen Werte zu erwägen, sie objektiv zu beurteilen und dabei nur diejenigen zu berücksichtigen, die einen konkreten Wert haben. Tatsachen zeigen uns, daß die Mittelmächte dem Ansturm der Koalitionsmächte Widerstand entgegengesetzt haben und tief im Osten, Westen und Süden in die Länder ihrer Feinde eingedrungen sind, daß sie ferner durch die Kraft ihrer Organisation den Plan der Koalitionsmächte, der auf einen wirtschaftlichen Ruin der Mittelmächte abzielte, zerstört haben und daß endlich der Stolz Englands und sein letzter Trumpf, den es in der Hand hatte, die Flotte, nicht imstande war, der jungen Flotte Deutschlands Widerstand zu leisten. Das sind Tatsachen. Aus ihnen kann man schließen, ob die Mittelmächte oder die Vierverbandsstaaten der entscheidende Faktor bei der Realisierung des Krieges sein werden. Trotzdem gibt es bei uns einzelne Personen, die die Wichtigkeit dieser Tatsache anerkennend, das Gesicht verziehen und ausrufen: Enteignung, Breschen, Sprachenparagraph (Maulkorbparagraph)!

Dieses Argument würde am Platze sein, wenn es sich darum handeln würde, wie die Polen vor zehn Jahren ihre politische Richtung hätten gestalten sollen. Heute jedoch stehen nicht Gefühle, Sympathien oder theoretische Erörterungen auf der Tagesordnung, sondern das Interesse und die praktische Lösung der Probleme. Folglich ist jegliche Bezugnahme auf die Vergangenheit, ohne gleichzeitig ihren Zusammenhang mit der Entwicklung der Zukunft darzutun, ein unproduktives Operieren mit Phrasen.

Niemand wird leugnen, daß man das bisherige Verhalten der Deutschen zu den Polen nicht als freundliches bezeichnen kann. Wir gehen auch nicht darauf ein, ob diese Politik vom Gesichtspunkte der deutschen Staatsraison richtig war oder nicht. Bei der Beurteilung dieser Politik müssen wir jedoch das Verhalten Preußens und dasjenige des Deutschen Reiches zu den Polen unterscheiden. Die Enteignung, Breschen, das sind innere Angelegenheiten des preussischen Bundesstaates. Dagegen war der Sprachenparagraph im Reichsvereinsgesetz der Ausdruck der Politik des ganzen Deutschen Reiches gegenüber den Polen. Dieser Paragraph ist jetzt aufgehoben worden.

Diese Tatsache ist für uns von weittragender Bedeutung. Die Beschränkung, die mit diesem Paragraphen verbunden ist, entstand auf dem Boden der Vereinigung der liberalen und konservativen Partei zur Zeit der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow und hemmte die Entwicklung des Lebens der Polen außerordentlich. Die polnische Vertretung in Berlin bemühte sich alljährlich um die Aufhebung dieses Paragraphen, stieß jedoch immer auf Widerstand bei den deutschen Parteien und der Regierung. Gegenwärtig ist offenbar eine Änderung in den Anschauungen eingetreten,

sofern es die ansehnliche Mehrheit des Reichstages für nötig hielt, diese Beschränkung aufzuheben und den Polen die früheren Rechte wieder einzuräumen. Damit hat das Deutsche Reich eine Änderung in seinen Anschauungen über die polnische Frage bekundet und den Beweis erbracht, daß sich ihre Regelung auf der Grundlage der Anerkennung der nationalen Eigenart vollziehen wird.

Der gestrige Beschluß hat außer der grundsätzlichen, auch eine moralische Bedeutung. Sie besteht darin, daß alle diejenigen, die den Sprachenparagraphen als ein Argument dazu benutzt haben, um zu beweisen, wie sehr das polnische Volk jeden Verkehr mit den Deutschen meiden soll, dieses Argumentes verlustig gegangen sind. Die Förderer der Idee eines Bündnisses mit Rußland haben in ihrer Tätigkeit einen der wichtigsten Trümpfe verloren, mit dem sie auf den Gefühlssaiten der Bevölkerung spielten. Sie werden etwas anderes ersinnen müssen, etwas, das imstande ist, das schwankende Gebäude allslawischer Illusionen zu stützen.

Preßstimmen betreffend die polnischen Fraktionen.

Aus Nr. 131 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. Juni 1916.

Aus der Tätigkeit der polnischen Reichstagsfraktion.

In letzter Zeit mußte die polnische Fraktion im Reichstage zu zwei wichtigen und uns unmittelbar angehenden Angelegenheiten Stellung nehmen. Die eine war das Gesetz betreffend die Kapitalisierung der Renten für die Kriegsinvaliden, die zweite die Abänderung des Vereinsgesetzes.

Von der letzteren Angelegenheit haben wir schon verschiedene Male geschrieben, weshalb wir darauf nicht zurückkommen.

Das Gesetz von der Kapitalisierung der Invalidenrenten soll, wie bekannt, den beschädigten und zum Bezuge von Rente berechtigten Kriegsteilnehmern die Möglichkeit bieten, Land zu erwerben und sich auf demselben anzusiedeln. Grundsätzlich ist diese Tendenz ohne Zweifel anerkennenswert, da sie für Leute, die im Kriege Opfer brachten, unter günstigen Bedingungen eine gesicherte Existenz schafft. Vom polnischen Gesichtspunkte aus mußten jedoch die Folgen berücksichtigt werden, welche daraus auf dem Hintergrunde der bisherigen preussischen Ansiedlungspolitik erwachsen können, und hier drängen sich unbedingt ernste Bedenken auf.

Wir erinnern daran, daß schon im preussischen Landtage im Zusammenhang mit der Frage der Ansiedlung der Invaliden eine umfangreiche Diskussion geführt wurde, in welcher die polnische Fraktion alle Befürchtungen und Vorwürfe vorbrachte, die aus der Pflicht, die polnischen Interessen zu schützen, entspringen. Es handelte sich damals darum, den Fonds zur Gründung von bäuerlichen Rentengütern um 100 000 Mk. zu verstärken, wobei man hauptsächlich die Erleichterung der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern im Auge hatte. Die Polen verlangten damals, daß das Gesetz von den bäuerlichen Rentengütern in einer Weise geändert werde, die eine Gleichberechtigung der Polen verbürgen würde, da auf Grund der bisherigen Fassung des Gesetzes die Bewerbungen von Polen um bäuerliche Rentengüter stets abgelehnt wurden. Als der entsprechende Antrag abgelehnt wurde, stimmten die polnischen Abgeordneten gegen das Gesetz.

Im Reichstage war die Lage insofern ein wenig anders, als das Reichsgesetz betreffend die Kapitali-

fierung der Invalidenrenten zwischen Polen und Deutschen tatsächlich keinen Unterschied macht. Die Militärbehörden versicherten auch, daß die polnischen Anträge auf Kapitalisierung der Rente in demselben Maße berücksichtigt werden würden, wie die deutschen. Aber in der Praxis ist die Ansiedlung der Polen von der Gesetzgebung in Preußen und von der Politik der preußischen Verwaltungsbehörden abhängig. Die Fraktion mußte also darauf achten, daß dieses im Grunde wohlthätige Reichsgesetz uns nicht Schaden statt Nutzen bringe. Besonders hatte die Fraktion den § 13 b der Ansiedlungsnovelle im Auge, kraft dessen den Polen bisher die Schaffung neuer Ansiedlungen unmöglich gemacht wurde. Die Forderung der Fraktion, daß in dieser Hinsicht in das Gesetz entsprechende Garantien aufgenommen würden, die den Polen die Gleichberechtigung sicherten, wurde nicht berücksichtigt. Die Fraktion mußte sich mit der Erklärung zufrieden geben, daß die Behörden auf Grund des § 13 b den polnischen Invaliden die Genehmigung zur Ansiedlung nicht absprechen würden — mit Ausnahme derjenigen Gemeindebezirke, die bis zu diesem Augenblicke in das Bereich der Tätigkeit der Ansiedlungskommission gehören.

Daß diese Erklärung sehr halb war, braucht nicht erläutert zu werden. Aber es kommt noch ein anderes Moment in Rechnung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß aus den Fonds, die durch die Kapitalisierung der Rente entstehen werden, sowohl die Ansiedlungskommission, als auch verschiedene regierungsseitig überwiegend ausgiebig subventionierte deutsche Banken und Parzellierungsgesellschaften ansehnliche Zuschüsse schöpfen werden. Diese Institute machten bis zu der Zeit vor dem Kriege in der Regel bei der Ansiedlung neuer Grundstücksbewerber den kontraktlichen Vorbehalt, daß das betreffende Grundstück an einen Polen nicht verkauft werden dürfe. Die Fraktion hat also, wie der Abgeordnete v. Niegolewski in seiner Erklärung bemerkte, in der Kommission den Antrag gestellt, daß man die aus dem Gesetz entspringenden Erleichterungen da nicht anwende, wo Klauseln beständen, welche den polnischen Bewerber ausschließen. Leider fiel auch dieser Antrag.

Unter diesen Umständen waren die Ansichten in der polnischen Fraktion hinsichtlich der Ersprießlichkeit des ganzen Gesetzes, sowie bezüglich des Verhältnisses seines Nutzens zu den etwaigen Schäden sehr geteilt. Angesichts dessen enthielt sich die polnische Fraktion der Abstimmung, nachdem sie durch den Mund des Abgeordneten v. Niegolewski ihren Standpunkt gekennzeichnet hatte.

Aus Nr. 134 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 11. Juni 1916.

Der Standpunkt der Fraktion.

In unserem ersten Artikel (siehe Übersetzung aus Nr. 129 des „Dziennik Kujawski“ vom 8. 6. 16, Gesamtüberblick Nr. 23, S. 557) haben wir nachgewiesen, daß der von unserer Fraktion in der Steuerfrage eingenommene Standpunkt eine grundsätzliche Notwendigkeit war. Demnach würde nach dieser Richtung hin zwischen der Fraktion und der Volksversammlung in grundsätzlicher Hinsicht Einvernehmen herrschen, obwohl — wie wir das schon betont haben — in der Kompromißfrage die Meinungen geteilt sind.

Außerdem waren noch zwei Fragen, an welchen die Fraktion einen Hauptanteil nahm. Es ist dies 1. die Angelegenheit betreffend die Änderung der Reichsvereinsgesetzes und 2. das Kapitalabfindungsgesetz für die Militärinvaliden.

Den Standpunkt der Fraktion gegenüber dem Entwurf zur Änderung des Reichsvereinsgesetzes brauchen wir wohl nicht näher zu beleuchten. Diesen Standpunkt beleuchtet nämlich hinreichend die ausge-

zeichnete Rede des Rechtsanwalts Łazewski, der im Plenum des Reichstages alle Gründe vorbrachte, von welchen sich die Fraktion leiten ließ. Und auch hier muß die Volksversammlung anerkennen, daß sich die Fraktion so verhalten hat, wie es politische Erfahrung und Überlegung geboten, jene beiden Momente, die die Politik als eine Kunst ansehen, die den Zweck hat, nicht nur alle möglichen Dinge zu erlangen, sondern sich vorläufig auch mit dem Erreichbaren zufrieden zu geben.

Das Kapitalabfindungsgesetz für die Militärinvaliden ist für die Volksversammlung nichts Neues. Es ist uns schon aus den im vergangenen Winter im preußischen Landtag stattgefundenen Verhandlungen her bekannt. Schon damals hatte die Fraktion alle Zweifel vorgebracht, die sie aus Anlaß der Einbringung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus vom Gesichtspunkt der polnischen Interessen hatte. Die Fraktion verlangte gesetzliche Garantien für die Gleichberechtigung der Polen, um dadurch die Ablehnung der polnischen Anträge über die Rentengüter unmöglich zu machen. Bekanntlich hatte die Fraktion, da ihre Anträge abgelehnt wurden, gegen das Gesetz gestimmt.

Der im Reichstag eingebrachte Antrag war für die Fraktion insofern sympathischer, als er keine Unterschiede zwischen den deutschen und polnischen Invaliden machte. Das Kriegsministerium versicherte, daß polnische und deutsche Anträge gleichmäßig berücksichtigt werden würden. Die Fraktion jedoch vertrat, indem sie darüber hinaus durchaus alle günstigen Faktoren des Reichsgesetzes würdigte, die Ansicht, daß in der Praxis, sei dem wie ihm wolle, die preußische Gesetzgebung und die Politik der preußischen Verwaltung maßgebend sei.

Aus diesem Grunde verlangte auch die Fraktion, daß der bekannte § 13 b der Ansiedlungsnovelle in der Praxis bei der Anwendung des Gesetzes gegenüber den polnischen Soldaten kein Hindernis bilden sollte. Leider waren nach dieser Richtung hin die Bemühungen der Fraktion nur teilweise von Erfolg begleitet. Es wurde von Seiten der Regierung die Erklärung abgegeben, daß auf Grund des obenangeführten Paragraphen die Behörden den Polen die Genehmigung zur Ansiedlung nicht versagen würden — ausgenommen diejenigen Kreise, die bis zum gegenwärtigen Augenblick in dem Bereich der Tätigkeit der Ansiedlungskommission liegen.

Auch ein weiterer von der Fraktion eingebrachter Antrag, der dahin ging, die sich aus dem Gesetz ergebenden Vergünstigungen in allen denjenigen Fällen zu versagen, in welchen auf Grund einer besonderen in der Ansiedlungsnovelle befindlichen Klausel der Verkauf des betreffenden Grundstücks an einen Polen nicht erfolgen darf, wurde abgelehnt. Es handelt sich hier um alle ländlichen Transaktionen, die vor dem Kriege unter dem Schutze der Ansiedlung und der Mittelstandskasse usw. stattgefunden haben. Wie schon oben erwähnt, ist auch dieser Antrag abgelehnt worden. Den Standpunkt, den die Fraktion unter solchen Verhältnissen einnehmen mußte und der darin zum Ausdruck kam, daß sie sich der Abstimmung über das Gesetz enthielt, begründete der Abgeordnete Niegolewski im Reichstag mit folgenden Worten:

(Folgt der Wortlaut der in dieser Frage vom Abgeordneten Niegolewski im Reichstag abgegebenen Erklärungen.) Sodann heißt es weiter:

So hat mithin die Fraktion auch in dieser Frage einen entsprechenden Standpunkt eingenommen. Sie konnte einen entgegengesetzten Standpunkt schon deshalb nicht einnehmen; weil sie im Grunde genommen keinen Unterschied zwischen den deutschen und polnischen Invaliden machte. Auf der anderen Seite konnte sie, da sie die im polnischen Interesse liegenden Zusicherungen nicht erhalten hatte, keinen positiven Standpunkt einnehmen. Aus diesem Grunde blieb

der Fraktion nichts anderes übrig, als sich der Abstimmung über das Gesetz, das in sozialer Hinsicht der Volksgesamtheit sehr sympathisch ist, zu enthalten.

Aus Nr. 20 des Kraj (Lissa)
vom 10. Juni 1916.

Um die Reform der Fraktions-Sakungen.

Man muß auch für den Gegner Anerkennung haben, wenn er in einer die Allgemeinheit betreffenden Sache eine gute Anregung gibt. Nicht von seiten unserer näheren politischen Freunde her wurde gegenwärtig der Gedanke einer Reform des Regulativs der Reichstagsfraktion aufgeworfen und aufgenommen.

In unserer Presse wurde seit einer gewissen Zeit die Angelegenheit betreffend die Anwesenheit früherer Abgeordneten in den Sitzungen der Fraktion bzw. ihres Ausschlusses aus den Sitzungen zur Sprache gebracht. Verschiedene Zeitungen haben darüber geschrieben. Sie haben auch mitgeteilt, daß die Fraktion sich mit dieser Sache befassen werde. Sie hoben hervor, daß es sich hier um die Person eines unserer früheren Abgeordneten handle, der in unserem öffentlichen Leben eine hervorragende Rolle spielt. Nach dieser Richtung hin traten ziemlich deutlich die nationaldemokratischen Blätter hervor. Aus ihren kritischen Bemerkungen war leicht die Ansicht herauszulesen, daß man diesen früheren Abgeordneten in seinem Einfluß auf die Fraktion beschränken müsse. Nach entgegengesetzter Richtung hin trat die „Gazeta Gruziańska“, das Organ der katholisch-polnischen Volkspartei auf, mit der Forderung, daß die Fraktion, die überwiegend unter dem Einfluß einer der heimischen Parteien stehe, in dieser kritischen Zeit auch bei anderen Faktoren Rat einhole.

Die Diskussion über dieses Thema betrifft, in der Nähe betrachtet, das Regulativ der Fraktion. Als solche begrüßen wir diese Diskussion mit Freuden. In der Tat gilt es, über die Organisation der Fraktion nachzudenken; aber nicht nur aus diesem, sondern auch aus anderen Gründen. Die Sache der Reform dieser Organisation wird, einmal angeregt, nicht einschlafen und nicht aufhören. Viele grundsätzliche Fragen sind mit ihr verknüpft. So manches ist in der Organisation der Fraktion veraltet. Änderungen in so mancher Hinsicht sind sehr angezeigt. Wir wissen, daß nach dieser Richtung hin schon vor Jahren Anträge gestellt, aber bisher nicht erledigt worden sind. Wir irren uns auch nicht, wenn wir meinen, daß sich auch für neue, und zwar sehr grundsätzliche Anträge jetzt die Gelegenheit eröffnen wird, sowohl für Anträge aus dem Schoße der Fraktion selbst, als auch für solche aus dem Schoße der Volksgemeinschaft, da die ganze Volksgemeinschaft und alle von Polen bewohnten Gebietsteile im Bereiche des Staats dabei interessiert sind. Die Fraktion selbst ist an sich nicht bloß Zweck, sondern sie ist ein Mittel, ein Instrument zum Nutzen der Allgemeinheit. Wenn alte Formeln einengen, dann gilt es, neue zu suchen, die mit den Bedürfnissen der Zeit besser harmonisieren. Die Diskussion über dieses Thema kann sich lange hinziehen; sie hängt nicht von dem oder jenem Schlusse ab, sie wird erst aufhören, wenn sie die berechtigten Forderungen befriedigen wird, wie sie in der Volksgemeinschaft zutage treten, die an Selbstbewußtsein wächst und einem einseitigen Kommando nicht länger unterstehen kann. Darum ist es gut, daß man diese Diskussion begonnen hat, und es trifft sich glücklich, daß dies von nationaldemokratischer Seite her geschah, von der Seite her, die bisher in der Fraktion das Übergewicht hat durch ihre Mitglieder und durch die mit ihr sympathisierenden Leute in der Fraktion und in der Heimat. Nicht wir haben die Pforten zu dieser Diskussion erschlossen; aber zusammen mit anderen schreiten wir durch diese endlich geöffnete Pforte, und

wir werden über diese für die öffentliche Sache so wichtige Frage uns ausbreiten. Fürs erste beschränken wir uns auf diese allgemeine Erklärung. Später werden wir unsere Forderungen näher kennzeichnen.

Aus Nr. 21 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 11. Juni 1916.

Aus den Angelegenheiten vor den Kulissen.

Die Leute pflegen zu sagen, daß die Politik sich hauptsächlich hinter den Kulissen abspiele, und sie haben darin recht. Die Politik ist eine Kunst, in der einzig die mit ihr vertrauten Fachleute erfolgreich wirken können. Am häufigsten hängt auch der schließliche und wirkliche Ausgang der politischen Angelegenheiten von dem gegenseitigen Operieren dieser Fachleute, von verschiedenen taktischen Rücksichten und Wendungen ab, die den Augen der Allgemeinheit verborgen sind. Die Allgemeinheit urteilt dann nach den Resultaten, nach den für die Öffentlichkeit gehaltenen Reden, nach den nach außen hin zutage tretenden Gegensätzen. Der Kern der politischen Tätigkeit selbst bleibt verborgen, er liegt hinter den Kulissen. Und doch haben auch die Einflüsse vor den Kulissen eine große Bedeutung. Sie wirken im hohen Grade darauf ein, was hinter den Kulissen vorgeht. Sie beeinflussen denn auch den äußerlichen Ausgang der Kämpfe hinter den Kulissen.

Darum darf man in seinem Urteil über die Tätigkeit von öffentlichen Personen oder Korporationen diese Einflüsse vor den Kulissen, wenn man gerecht sein will, nicht übersehen.

Wir haben in den Spalten des „Kraj“ die fremde Kritik über das Verhalten unserer Abgeordnetenfraktionen in Sachen Liebknecht mitgeteilt und unsere eigene Kritik geübt. Wir haben die Landtagsfraktion für die ablehnende Haltung den Sozialdemokraten gegenüber gelobt; wir bedauerten, daß die Reichstagsfraktion sich hat bewegen lassen, zwar nicht die Handlungsweise, sondern die Abgeordnetenwürde dieser bei der deutschen Volksgemeinschaft verhaßten Persönlichkeit zu verteidigen. Wir hielten diese verschiedene Beurteilung des Verhaltens unserer Abgeordnetenfraktionen für notwendig. Die Fraktionen sind öffentliche Körperschaften, und wenn jemand, dann müssen sie auf eine öffentliche Beurteilung ihres Verhaltens vorbereitet sein.

Aber die Kritik muß auch gerecht sein und die Umstände berücksichtigen, welche das Verfahren der Kritisierten erklären. Diese Pflicht der Gerechtigkeit möchten wir heute erfüllen.

Auf das Verhalten der Fraktion kann die heimische Presse unmöglich ohne Einfluß sein. Wenn nun ein Teil von ihr (Gott sei Dank ein ziemlich bedeutender; wenn man die Leser zählt, sogar der überwiegende) von Beginn des Krieges an die Fraktionen zur Mäßigung auffordert, so handelt wiederum ein anderer Teil dieser Presse, der hochmütige, nach entgegengesetzter Richtung hin. Das Verhalten der polnischen Reichstagsfraktion in der Angelegenheit Liebknecht, das im Lande Protestäußerungen hervorrief, begegnete andererseits der gegenteiligen Kritik, daß sie sich Liebknecht gegenüber zu scharf verwahrt habe. Der „Dziennik Kujawski“, welcher sich sehr speziell mit der Fraktion befaßt, kritisierte den Abgeordneten Dr. Łasiewski deshalb, weil er im Namen der polnischen Fraktion alle Sympathien für die Person und die Handlungen Liebknechts geleugnet und nur dessen Abgeordnetenfreiheit verteidigt hat. Das kujawische Organ wollte, daß sich die Fraktion überhaupt nicht erklärend geäußert hätte. Der „Dziennik Kujawski“ drückte seine Unzufriedenheit darüber aus, daß der Abgeordnete Łasiewski gegen die Person

und das Verhalten Liebknechts Verwahrung eingelegt hatte.

So befand sich der Abgeordnete Łaszewski und mit ihm die Fraktion gegensätzlichen Kritiken gegenüber. Dies muß im Namen der Gerechtigkeit hervor gehoben werden. Jetzt hat der „Ziemiński Kujawski“ die Fraktion wiederum angegriffen, weil sie sich dem Steuerkompromiß angeschlossen hat. Damit griff der „Ziemiński Kujawski“ auch den Abgeordneten seines Wahlkreises Herrn v. Trautzschynski an, der die Fraktion in Sachen des Kompromisses vertreten hat. Diesmal hat die Fraktion der Ansicht des kujawischen Blattes nicht nachgegeben. Ebenso hatte der „Ziemiński Kujawski“ vor Neujahr einen Feldzug gegen die Reichstagsfraktion deshalb eingeleitet, weil sie sich nicht von der Erklärung ausgeschlossen hatte, die der Abgeordnete Spahn, der Vorsitzende der Zentrumspar tei, im Namen der bürgerlichen Parteien in Sachen der Erweiterung des Machtgebiets des Deutschen Reichs durch den Krieg abgegeben hatte. Manche anderen Blätter folgten alsdann dem Beispiel des „Ziemiński Kujawski“.

Wenn wir also wünschen, daß die Fraktion nicht vergesse, in welchen Zeiten wir leben, dann müssen wir im Namen der Gerechtigkeit auch diese äußerlichen öffentlichen Einflüsse vor den Russen berücksichtigen, die aus den Spalten mancher Blätter her auf die Fraktion einwirken.

Wingstartikel.

Aus Nr. 21 des Kraj (Lissa)
vom 11. Juni 1916.

Zum Feste des heiligen Geistes.

... Wenn jemals, so müssen wir heut die Vor sehung demütig bitten, daß sie unsere Herzen und Geister mit Überlegung und Klugheit, mit Liebe und Mut erfülle. Und vielleicht braucht von unserer ganzen Volksgemeinschaft der Teil, welcher im Reich des Deutschen Reichs wohnt, am meisten diese Gabe der Weisheit, von welcher ein Kirchenwater schreibt, daß sie die herrlichste ist.

Bestimmt ist sie überall sehr erforderlich; aber manchmal ist schon die Lage, schon das Zusammen treffen äußerer Umstände so beschaffen, daß es ge wissermaßen Lebensaufgaben weiß, manchmal geradezu zu ihnen zwingt. Es gibt im öffentlichen Leben Lagen, in denen alles sich so gestaltet, um eine mehr oder we niger bestimmte Situation, mehr oder weniger be grenzte Aufgaben zu schaffen. Es gibt andere Lagen, in denen es mehr Freiheit der Wahl, also auch mehr Ver schung gibt. In diesen Lagen ist die Bitte um die Gabe des Verstandes die allernotwendigste.

Wenn wir den Blick auf die Gesamtgestalt unseres Volkes werfen, dann sehen wir sofort, daß nicht ma teriell, sondern politisch am schwierigsten ein wahrhaft kluges Verhalten von uns Polen in Preußen ist. Über Galizien und das Königreich ist der Brand des Krieges hinweggegangen. Uns hat der Sieg der deutschen Heere über die russischen vor diesem Kriegsbrand ge schützt. Unmittelbar haben wir am wenigsten den Schrecken des Krieges verspürt. Unsere Dörfer und Städte sind nicht in Flammen aufgegangen; — Epi demien haben unser Land nicht verwüstet, wie Ga lizien. Nicht erstorben ist bei uns, wie in den beiden anderen Teilgebieten, dem österreichischen und dem erussischen, das politische Leben. Nicht aufgehört haben während des Krieges die Arbeiten der gesetz gebenden Körperschaften; während sogar in Wien, ganz abgesehen vom galizischen Landtag, seit Kriegs beginn das parlamentarische Leben erstorben ist.

Die Polen in Österreich, welche an den öffent lichen Angelegenheiten des Staates den lebhaftesten, bedeutendsten Anteil nehmen, in ihnen die größte Rolle spielen, dann und wann über die Gesche der Regierungen und der Kabinette entscheiden und auf dem inneren galizischen Terrain in dem Lemberger Land tag eine eigene Arena besitzen, haben seit zwei Jahren keine Gelegenheit, im Landtage oder im Wiener Reichs rat hohe Politik zu betreiben. Es funktionieren auch nicht die österreichisch-ungarischen Delegationen, in denen die Polen gleichfalls manchmal eine wichtige Rolle spielten.

Noch völliger sind von allem gesetzgeberischen Leben Warschau und das Königreich, nicht minder auch Litauen abgeschnitten. Dort als im besetzten Gebiet herrscht naturgemäß überall das Kriegsrecht.

Wie anders ist es bei uns! Vom ersten Augen blicke des Krieges an bis zum gegenwärtigen Moment ist bei uns das öffentliche Leben nicht erstorben. Schon die Technik des Verkehrs hat im Staate ungeachtet des Krieges nicht aufgehört, mehr oder minder normal zu bestehen. Es funktionieren die Eisenbahnen und Telephone; sie erleichtern ein schnelles und regelrechtes Zustellen von Mitteilungen. Alle gesetzgebenden Körperschaften im Kaiserreich vom preussischen Land tag und Herrenhause an bis zum Reichstag und den Landtagen der Bundesstaaten beraten ungehindert weiter. Die Presse bringt hierüber Berichte. Unge achtet der Zensur darf sie sich mit den öffentlichen Angelegenheiten befassen und in gewissen Grenzen sogar außerhalb der rein parlamentarischen Ange legenheiten Kritik üben. Im Reichstag, Landtag und Herrenhaus sind die Polen beständig auf der Bild fläche; sie haben im Plenum das Wort und unauf hörlich in den Kommissionen. Alle Augenblicke, schon bei unzähligen Gelegenheiten, hatten sie und werden sie die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen, im Namen der Nation aufzutreten, ihre Anschauung und ihr Verhältnis zum Staat und zu der polnischen Sache zu kennzeichnen.

Sie haben schon, vorsichtig gerechnet, einige Duzend Male vor dem vollen Hause und in verschiedenen Kom missionen oder Konferenzen mit den Ministern gesprochen. Sie werden gleich anderen Parteien zu vertraulichen Konferenzen zum Reichskanzler und zu anderen Ministern des Reichs oder Preußens geladen. Sie sind voll und ganz ein politischer Faktor, welcher handeln, sprechen, positiv, negativ oder passiv auf treten kann. Sie allein von allen Polen können das öffentliche Leben voll und ganz ausnützen.

Und nicht genug damit. Auch unsere Volksge meinschaft in der Heimat ist nicht so, wie die im Kö nigreich und in Galizien, vor allem durch das Heilen der durch den Kriegsbrand zugefügten Wunden in Anspruch genommen. Unsere materiell nicht rui nierte Volksgemeinschaft in Preußen besitzt ebenfalls mehr Freiheit in der Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten. Und da wir nun allein in der Lage sind, werden wir naturgemäß in den Augen der Deutschen und ganz Europas zu Vertretern nicht nur der eigenen Teilgebietsinteressen, sondern auch gewissermaßen des Verhältnisses des ganzen Restes der Polen zu dem mächtigen Bunde der Zentral mächte, insbesondere zu Deutschland.

Es ist das eine ausnahmsweise günstige, aber auch ausnahmsweise schwierige Lage. Denn vor dem Kriege waren wir von allen polnischen Teilgebieten zu po sitiver Arbeit im Staate am wenigsten vorbereitet und gewöhnt. Die Verhältnisse vor dem Kriege hatten in uns negative Fähigkeiten herausgebildet. Wir waren gereift im Protestieren und im Entmutigen, wenig befähigt zu der politischen Kunst des Strebens nach möglichen Dingen, des Operierens auf dem Terrain aktueller Verhältnisse, des Rechnens mit den eben gegebenen Bedingungen, des Herrschens über

unsere Nerven. Es war bei uns der bestimmt mit der Gabe des Verstandes unverträgliche Grundsatz zur Herrschaft gelangt, daß es ganz gleichgültig sei, wie es in Angelegenheiten betreffend das öffentliche Leben zugehe. Es war eine so betrübende Gewohnheit zur Herrschaft gelangt, daß sie einst in der Geschichte unseres Gebietsteils als Zeichen der Zeit besonders besprochen werden wird — die Gewohnheit, daß sich die hervorragendsten Persönlichkeiten davon zurückziehen, Güter des öffentlichen Gedankens der Volksgemeinschaft zu sein.

Der Krieg hat, indem er uns Polen in Preußen in den Vordergrund rückte, uns unvorbereitet für diese schwierige Stellung, diese nicht leichte Rolle getroffen. Während des Krieges müssen wir in uns politische Tugenden herausbilden, und eine solche Medekunst kann weder leicht sein, noch des Ansehens und der Schmerzen entbehren.

Der Krieg hat bewirkt, daß nicht nur in Deutschland sich neue Probleme betreffend unsere Angelegenheiten herausgebildet haben, sondern es hat sich auch durch das Einbegreifen des Königreichs und Litauens das Gebiet dieser Aufgaben erweitert. Nicht 4 Millionen Polen, wie früher, befinden sich im unmittelbaren Verhältnis zu Deutschland, sondern 10 und einige Millionen. — Aber nur diese 4 Millionen verfügen über die Möglichkeit, in maßgebender Weise öffentlich aufzutreten. Ob wir wollen oder nicht — unser Auftreten ist für die Deutschen maßgebend bei ihrer allgemeinen Beurteilung der politischen Angelegenheit. Das Geschick des Königreichs und Litauens hängt überwiegend von den Deutschen ab. In deutschen Händen ist gegenwärtig von den polnischen Ländern mehr, als in österreichischen Händen. Es wird, wie wir wissen, jetzt zwischen den Mittelmächten unausgesetzt über das Thema der künftigen Organisation der besetzten Länder verhandelt. Von unserem Verhalten hier hängt es in hohem Maße ab, wie das mächtige deutsche Reich, welches ganz Europa die Stirn zu bieten wußte, die polnische Sache betrachten wird. Wir können uns und unsern Brüdern jenseits der Grenze das Wohlwollen oder andere Gefühle in dem mächtigen deutschen Volke gewinnen. Wir hier bauen oder zerstören durch unser Verhalten die Zukunft unseres Volkes und Landes. Uns werden die künftigen Generationen segnen oder verfluchen.

Große und bedeutungsvolle Aufgaben hat Gott in unsere unvorbereitete Hand gelegt. Er hat uns unmittelbare Schläge und das Kriegselend erspart; dafür hat er uns die schwere und schwierige Pflicht auferlegt, uns in der politischen Taktik zu orientieren, Reife und Geschicklichkeit im Herausbilden unseres Verhältnisses zu der Nation und zu dem Staate zu erwerben, mit welchem wir lange Jahre hindurch weiter zu leben haben werden.

Wie werden wir dieses schwere Examen vor dem eigenen Gewissen, vor der Nation, vor Gott bestehen? Darauf wird die Zukunft antworten, es antwortet schon die Gegenwart. Einst werden uns die Richter der Geschichte nicht fragen, ob andere uns gegenüber stets eine kluge Taktik angewendet haben. Sie werden uns nach unserer eigenen Klugheit fragen, sie werden erforschen, ob und in welchem Grade wir unsererseits alles getan haben, was in unseren Kräften liegt, um die Gegensätze aus der Zeit vor dem Kriege her auszugleichen, um den Boden für bessere Verhältnisse als die früheren, vorzubereiten. Sie werden uns fragen, ob und in welchem Grade wir die uns wohlwollenden Strömungen in der deutschen Volksgemeinschaft auszunutzen gewußt haben.

Unser Volk wünscht Erleichterungen, es wünscht sich eine günstige Regelung der innerpolitischen Verhältnisse. Auch es wird einst die, welche in den Reichstagen oder in der Presse es auf der öffentlichen

Arena repräsentieren, fragen, in welchem Grade und auf welche Weise sie zur Gestaltung seines Geschicks beigetragen haben.

Dieses Volk wird dann bei der Erzählung seines Geschickes diejenigen fragen, welche das öffentliche Leben an die verantwortliche Stelle gerückt hat.

Um die Gabe der Weisheit haben wir also heute am Fest des heiligen Geistes mit heißem Herzen, mit voller Liebe zu Gott und zur Heimat zu bitten.

Je größer jemandes Verantwortung ist, um so mehr und inbrünstiger hat er zu bitten.

Aus Nr. 133 des Wielkopolanin (Posen)
vom 11. Juni 1916.

In seinem Pfingstartikel schreibt das Blatt:

... „Der hl. Geist brachte den Aposteln die Gaben der Sprachen und heiligte dadurch die Dialekte der ganzen Welt. Von der Wiege bis zum Grabe ist es für den Polen notwendig, an die feurigen Zungen zu denken, die über den Aposteln schwebten. ... Gott selbst gab uns das Recht, ihn in unserer Muttersprache zu loben.

Verteidigen und hüten wir auch unsere Jugend auf Schritt und Tritt wie das Auge im Kopfe. Lassen wir ihr die Seele nicht entreißen und ihr Herz nicht von unseren nationalen Heiligtümern abwenden — dann brauchen wir nicht an der Zukunft zu zweifeln. Auf Gottes Hilfe vertrauend wollen wir mutig und mit Ausdauer arbeiten. Mögen die Worte unseres großen Dichters Sigmund Krasiński unsere Losung werden: „Geh und handle, wenn auch dein Herz in deiner Brust austrocknen wird — wenn du auch an deinen Brüdern verzweifeln wirst — handle unausgesetzt und ohne Rast!“

Aus Nr. 69 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. Juni 1916.

Pfingsten — das Fest der Wiedergeburt.

Unter obiger Spitzmarke schreibt das Graudenger Blatt u. a. folgendes: Polen wurde zur Vormauer des Christentums für ganz Europa. Es hielt durch Jahrhunderte hindurch den tatarischen Drang auf. Wir können daher mit Stolz sagen, daß Polen durch lange Jahrhunderte hindurch unschätzbare Dienste für Europa geleistet hat, das, geschützt durch das polnische Land, sich in kultureller und zivilisatorischer Hinsicht freier entfalten konnte.

Auch heute noch erfüllt Polen diese Aufgabe, denn es teilt den halbzivilisierten Osten von dem zivilisierten Westen. Wer deshalb Polen verderben wollte, der legt Hand an die Gefährdung der Sicherheit Europas. Möge daher das Gedächtnis an die Ausgießung des heiligen Geistes und die Erinnerung an das große geschichtliche Ereignis, den 950. Jahrestag der Annahme des Christentums durch Polen, ein Gedenktag für uns und für alle dafür sein, daß Polen durch Jahrhunderte hindurch die Vormauer des Christentums gewesen ist und daß es die Vormauer für die europäische Kultur und Zivilisation gegenüber dem Ansturm des halbzivilisierten Ostens ist. Heute, wo sich das Schicksal Polens auf der Waagschale befindet und wo die Entscheidung fallen soll über seine Zukunft, ist die Erinnerung an dieses wichtige Moment, den 950. Jahrestag, ein Zeichen dafür, daß Polen die Wächterin der europäischen Kultur ist.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 133 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 11. Juni 1916.

Aus dem Zeitungswesen.

In kurzem wird in Posen ein neues politisches Blatt für die höheren Stände unter dem Titel „Dziennik narodowy“ erscheinen. Auch soll vom 1. Juli ab das humoristische Wochenblatt „Pokraka“ unter der Leitung von Thomas Lewandowski wieder erscheinen.

Aus Nr. 19 des Kraj (Lissa)
vom 9. Juni 1916.

Zwei Maßstäbe und zwei Wagen.

Aufgabe einer sich achtenden Zeitung ist es, nicht nur über Ereignisse zu berichten, sondern sie zu gleicher Zeit in kritischer Weise und im Sinne des Wohles der Volksgemeinschaft und des Landes zu beleuchten.

Die Zeitung soll kein getreuer Zuschauer, sondern eine aktive Kraft in der Volksgemeinschaft sein, und es ist das nicht nur ihre Aufgabe und ihre Pflicht, sondern auch ihr Recht, ebenso wie es das Recht eines jeden denkenden und das Land liebenden Menschen ist.

Scheinbar wird dieser Grundsatz von allen anerkannt, aber im Grunde genommen geschieht es jedoch bei uns anders. Man hat zwei Wagen und zwei Maßstäbe eingeführt. Den Einen ist alles erlaubt, den Anderen nicht.

Die Einen dürfen die öffentliche Meinung bearbeiten, für alle denken und sprechen, im Namen der Allgemeinheit auftreten, mahnen, urteilen und sogar Treu und Glauben absprechen. Die Andern dürfen schweigen.

Diesen Andern spricht man sogar das Recht der Existenz ab. Wenn sie handeln, ist das Verrat; wenn sie sprechen, oder — Gott behüte! — ihre Ansicht gedruckt kundgeben — ist das Rechtswidrigkeit; wenn sie kritisieren — so ist das Bruch der Solidarität.

So war es vor dem Kriege. Man braucht nur an die unerhörten Angriffe zu erinnern, die in der Presse und in Volksversammlungen gegen Herrn Rajmír v. Lipski-Gorzno gerichtet wurden, als er sich um ein Abgeordnetenmandat bemühte. Und wie hat sich eine gewisse Presse über den Veteranen unseres Parlamentarismus, den greisen Fraktionsvorsitzenden v. Czarlinski geäußert? Mit welchen Attributen hat man so verdiente Männer, wie den Kammerherrn Thadäus v. Jackowski und den Vorsitzenden Dr. Thadäus Szuldrzynski bedacht!

Fürwahr, schwer haben diese Herren sich „vergangen“, denn sie wagten es, verständig zu sein. Vom negativen Wege abzuweichen ist ein Verbrechen. Vor Angriffen schützen weder Alter noch Autorität noch Verdienst. Hat man doch auch den verstorbenen hochwürdigen Erzbischof Likowski nicht verschont, einmal hat man ihm gar einen Strick zugesandt. Noch klingen uns der Lärm und die Beschimpfungen in den Ohren, die im Jahre 1913 gegen die polnischen Herren und Damen geschleudert wurden, die sich aufs Schloß begaben.....

Noch sind keine drei Jahre vergangen, seit ein weißhaariger Greis, der verehrungswürdige Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Fürst Ferdinand Radziwiłł, vor dem Posener Bazar mit einer Salbe von Flöhen begrüßt wurde.....

So war es vor dem Kriege — so ist es auch jetzt. Die epochemachenden Ereignisse haben keine Änderung des Systems bewirkt.

Jetzt, wie vor dem Kriege, ist nach der Meinung einer gewissen Gruppe den Einen alles erlaubt, den Anderen nichts. Das Scherbengericht über Ansichten, die sich durch Verstand charakterisieren, blüht fortgesetzt.

Die Gruppe nennt sich weiter die „Meinung der ganzen polnischen Volksgemeinschaft“, und in deren Namen spricht sie Treue und Glauben ab.

Versuche, sich von der Diktatur dieser Gruppe freizumachen, werden mit derselben Rücksichtslosigkeit abgestraft, ob sie nun in Broschüren von Konservativen oder in den Spalten der Blätter sich zeigen, die dem Einfluß der Gruppe nicht unterliegen, in Westpreußen oder Schlesien. Und es hat doch Herr Kulerski mit den Broschüren der Konservativen nichts gemein, auch hat doch die positive Politik des Herrn Napieralski wohl wenig mit ihnen zu tun. Aber er ist unabhängig von der Gruppe, er wagt es, eine eigene Meinung zu haben, das ist die Schuld, die nicht verziehen wird. Er erdreistet sich dabei, über 100000 Abonnenten zu haben und den Grundsatz nicht anzuerkennen, daß die Gruppe die Verkörperung unserer ganzen Volksgemeinschaft sei.

Unsere Abgeordnetenfraktionen zu kritisieren ist das ausschließliche Privileg der Gruppe. Erscheinen die Kritiken im „Dziennik Kujawski“ oder in einem anderen zu der Gruppe gehörenden Blatte, wie dies in letzter Zeit mehrfach der Fall war, so ist dies gut und in Ordnung — *dignum et justum est*.

Aber das Kritisieren der Fraktionen seitens der von der Gruppe unabhängigen Presse ist Kirchen- diebstahl.

Zwei Maßstäbe und zwei Wagen!

Vor dem Kriege nannte man diejenigen, die im Jahre 1913 auf dem Schlosse zum Diner gewesen waren, „Lakaienheelen“ und man schloß sie von der Volksgemeinschaft aus; heute wird gesagt, daß sie „in leichtsinniger und unverantwortlicher Weise die polnische Sache vor den Wagen einer der kriegsführenden Seiten spannten“.

Es ist eine traurige Erscheinung, daß die Angriffe von seiten der Organe jener Gruppe her einen individuellen Charakter annehmen, eine gehässige Treibjagd auf Personen werden, und zwar auf Personen, aus denen man eine Galerie der ehrenwertesten und hervorragendsten Persönlichkeiten in unserer Volksgemeinschaft zusammenstellen könnte.

Es sind dies Mittel, die wir in der Polemik nicht anerkennen können, und wir legen gegen den Terrorismus entschieden Protest ein.

Da wir selbst nicht die Absicht haben, irgend jemanden zu terrorisieren, so gestehen wir auch anderen nicht das Recht zu, Terrorismus auszuüben — ebenso wenig jetzt wie nach dem Kriege.

Wir werden sprechen in Verteidigung des Wohles der Volksgemeinschaft, wie es uns das Gewissen und die Pflicht gebieten werden, und wir werden auf der Wacht stehen, daß die persönliche Freiheit der Meinung geachtet werde, ebenso bei unseren Gegnern, wie bei unseren Parteiangehörigen. Unsere Kritik wird stets sachlich sein, und wir werden sie mit Freuden in ein Lob umwandeln, wenn der politische Gegner uns irgend dazu Gelegenheit bietet.

Und wir machen aus der Hoffnung kein Geheimnis, daß sich auch auf gegnerischer Seite in der innerpolnischen Diskussion der Ton und die Art und Weise der Polemik und der Kritik ändern werden.

Es berechtigt uns auch zu dieser Hoffnung die in der Presse gebotene Zusammenstellung der Kräfte, wie sie unlängst eines von der Gruppe unabhängigen Blätter veröffentlichte.

Es geht aus dieser Zusammenstellung hervor, daß in der Gesamtgestalt der polnischen Presse in Preußen die von der Gruppe unabhängigen und von ihr

bekämpften Organe heute schon mehr Leser zählen, als die Zeitungen der Gruppe, die aus unserem Bruchteil der Nationaldemokratie und aus den mit ihr Sympathisierenden besteht.

Wir vertrauen darauf, daß unter diesen Verhältnissen die Gruppe selbst zu der Überzeugung kommen wird, daß der Grundsatz des Monopolisierens unserer Politik und des steten und ständigen Sprechens im Namen der ganzen Volksgemeinschaft unbegründet ist.

Die Tatsache, daß in diesem Augenblicke in mancher unserer Organisationen und politischen Körperschaften die Anhänger der Gruppe bisher die Mehrheit bilden, sollte nicht blenden. Die Ära des Monopols geht vorüber.

Die Zeiten haben sich geändert, sie sind kritisch. In solchen Augenblicken schütteln ernste Leute immer mehr die Apathie ab, sie erwachen zum Handeln; denn es begreifen auch immer mehr Leute, daß von unserem Verhalten in bedeutendem Grade nicht nur unser eigenes Geschick abhängt, sondern auch das Geschick des ganzen Polenvolkes. Vielleicht wird auch die Gruppe diese Wahrheit anerkennen und sich damit einverstanden erklären, daß auch anderen die Freiheit des Wortes und des Handelns zusteht. Erkennt sie dies an, dann wird auch zwischen uns und ihr der Hauptstein des Anstoßes fortfallen. —

Aus Nr. 20. des Kraj (Lissa)

vom 10. Juni 1916.

Die Geistlichen und die öffentlichen Angelegenheiten.

Aus Anlaß unseres Artikels unter dem Titel „Die Geistlichkeit und die öffentlichen Angelegenheiten“ in der Dienstag-Nummer erhalten wir von beachtenswerter Seite her das nachstehende Schreiben:

„Mit wahrer Freude habe ich Ihre Äußerung in Sachen der Rolle gelesen, welche die Geistlichkeit im öffentlichen Leben zu spielen hat. Es ist so, wie Sie schreiben: die Aufgabe des Geistlichen, die Aufgabe der Kirche endigt nicht in der Sakristei. Die liberal-freimaurerische Theorie von der Beschränkung des Geistlichen auf die Sakristei hatte und hat auch bei uns ihre Anhänger, aber nicht viele. Unser Volk ist katholisch und weiß, daß das göttliche Recht alle menschlichen Angelegenheiten umfaßt. Die Kirche hat auch das Recht, sich in alle diese Angelegenheiten einzumischen und ihren Einfluß geltend zu machen. Besonders wichtig aber ist dieser Einfluß in allen strittigen sozialen und anderen Angelegenheiten, in denen menschlicher Meid eines Faktors bedarf, der die irdischen Angelegenheiten von einem höheren Standpunkt aus betrachtet, als die Interessen einer Gruppe oder Klasse.“

Es ist also gut, wenn die katholische Presse dieses allgemeine Reich der Tätigkeit der Kirche hervorhebt — denn es bietet auch die Geistlichkeit, die in allem einer genauen und unwandelbar eigenen Obrigkeit untersteht, uns eine größere Bürgschaft als andere Faktoren, dafür, daß sie die Angelegenheiten, mit denen sie sich befaßt, in einem höheren Geiste leiten wird, der in allem dem Willen der höchsten Führer ihrer selbst und des ganzen katholischen Volkes, d. i. der Bischöfe und des Hauptes derselben, des Papstes, untersteht. Um so schmerzlicher empfinden wir die — Gott sei Dank! — seltenen Mängel an Disziplin, wie sie uns in dieser Hinsicht das öffentliche Leben mit sich bringt. Ich habe hier das kürzliche öffentliche Hervortreten der von dem Geistlichen und Abgeordneten Pospiech redigierten oberschlesischen „Gazeta ludowa“ im Auge, das sich gegen dessen unmittelbaren Vorgesetzten, den Breslauer Fürstbischof Vertram, richtete. Wenn sich doch Auf-

tritte dieser Art in unserer Presse nicht wiederholten! Wenn sich doch dafür recht fest der Grundsatz einprägte, der in unserem Artikel zum Ausdruck gelangte, der Grundsatz, daß wir uns das Vertrauen unserer geistlichen Behörde verdienen sollen!

Aus Nr. 133 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 11. Juni 1916.

Eine Gedächtniskirche in Posen.

In diesem Jahre sind 950 Jahre seit dem Augenblick vergangen, in welchem Mieczyslaus, der Fürst der Polanen, auf Veranlassung seiner Gattin Dombrowka die hl. Taufe empfing und das erste Bistum in Posen gründete.

Mit dieser frommen Herrschertat führte er damals das unbekannte Geschlecht der Lechiten auf den Schauplatz der Geschichte hinaus, wies es als unabhängiges und selbständiges Volk der großen Familie der christlichen Völker zu und verlieh ihm damit die Grundlagen der Unsterblichkeit. So ist es; denn die christlichen Völker gehen nicht unter und sterben nicht aus.

Die Taufe Polens und die Gründung des Bistums Posen, das sind zwei allzu große geschichtliche und in ihren Folgen allzu bedeutungsvolle Ereignisse, als daß wir sie vergessen und mit Stillschweigen übergehen sollten, wenn ihr 950. Jahrestag gefeiert wird.

Und wenngleich dieser Jahrestag auch in der Zeit des Krieges, des Hungers und des Sterbens fällt, was alles in schrecklichster Weise in den polnischen Landen wütet, — so müssen gerade wir uns trotz alledem zum Zeichen unserer unverwundlichen Lebensfähigkeit diese beiden Ereignisse aus der Frühe unserer Geschichte würdig ins Gedächtnis rufen und sie für unsere künftigen Geschlechter durch eine monumentale Kollektivtat unvergänglich machen. Durch was für eine Tat? Was können wir Ärmsten von den Armen Monumentales schaffen?

Die ehrwürdige Asche des gottgefälligen Fürsten und Apostels gibt uns die Antwort und einen Fingerzeig. Von der Stätte der ewigen Ruhe, aus der goldenen Kapelle im Posener Dom her scheint er uns allen zuzurufen: „Kinder des Pias, ihr Erben meines Werkes, nehmt im gegenwärtigen kritischen Augenblicke das von mir euch für alle Zeiten überwiesene Testament auf und errichtet durch ein einmütiges und williges Gelübde zu Ehren der hl. Dreieinigkeit eine Gedächtnis- und Jubiläumskirche! Möge dieses Jubiläumsgotteshaus ein beredter Beweis dafür sein, daß alle polnischen Geschlechter zehn Jahrhunderte hindurch den durch mich ihnen eingepflanzten Glauben bewahrt haben! Möge es ein Zeuge dafür sein, daß wir trotz des langen Ungemachs leben und leben wollen! Möge es ein Denkmal und ein Altar sein zum Erbitten von Gottes Beistand für die späteren Jahrhunderte und Geschlechter!“

In diesem Sinne ließ sich — am Pfingstsonntag — der erhabene Nachfolger Jordans, des ersten Bischofs von Posen, der hochwürdigste Erzbischof Dr. Edmund Vladislaus Dalbor vernehmen, und er leitete mittels seiner vom Grabe des Königs Mieczyslaus aus an alle seine gläubigen Schäflein gerichteten Hirtenbotschaft eine allgemeine Beitragspende für eine Jubiläums- und Gedächtniskirche ein, die in Posen in dem früheren Vorort Wilda entstehen soll.

Die Kirche soll nicht nur ein Jubiläumsandenken an die Einführung des Christentums und die Gründung des ersten Bistums auf unserem Boden, sondern zugleich ein neuer Mittelpunkt des Ruhmes Gottes in der Hauptstadt Großpolens sein und dabei die geistlichen Bedürfnisse der sehr zahlreichen katholischen Bevölkerung Wildas befriedigen, die bisher keine eigene

Kirche hat. Das Bedürfnis nach einem Kirchbau in Wilba ist dringend.

Möge diese Hirtenbotschaft, welche am Tage der Sendung des hl. Geistes in allen Kirchen unserer beiden Erzbischöfen verlesen wurde, in jeder gläubigen Seele Verständnis und Anklang finden; mögen am Tage der hl. Dreieinigkeit reichliche Gaben fließen! Möge jeder nach seinem Stand und nach seinem Vermögen zu dem Bau dieses Gedächtnisheiligtums in Posen sein Scherlein beisteuern!

Durch eine Kollektivtat der Nation wollte man in Warschau unter der Bezeichnung „Vorsehung Gottes“ zum Andenken an die Verfassung vom 3. Mai eine Kirche bauen. Leider machte die dritte Teilung Polens diese löbliche Absicht zu nichts.

Durch eine Kollektivtat hat man in Lemberg am 300. Jahrestage der Union von Lublin, dieses rühmlichsten Ereignisses der polnischen Geschichte, einen Hügel aufgeschüttet, der für ewige Zeiten von dem unzerbrechbaren Bunde Polens, Litauens und Rußlands, vollzogen auf dem Landtag in Lublin im Juli 1569, Zeugnis ablegen wird.

Durch eine Kollektivtat trugen die Landsleute Boden aus ganz Polen zusammen, und sie schütteten den Kościuszko-Hügel bei Krakau auf zur Ehrung dieses Helden.

Durch eine Kollektivtat soll auch eine Gedächtniskirche in Posen entstehen anlässlich des 950. Geburtstages dieser Nation, der vollzogen wurde durch die Taufe des Piasten Mieczyzlaus, sowie auch als ewiges Zeichen unserer Unsterblichkeit.

Als König David von seinem Volke Geschenke und Gaben verlangte zum Bau des Heiligtums in Jerusalem, da „gaben sie“, wie die heilige Schrift erzählt, „zur Arbeit am Hause Gottes Gold, Silber, Kupfer und Eisen in vielen Tausenden; und es freute sich das Volk, als es das Gelübde freiwillig ablegte; denn sie brachten es mit ganzem Herzen dem Herrn dar.“

Wenn es doch bei uns ähnlich wäre!

Aus Nr. 24 des Robotnik (Posen)
vom 11. Juni 1916.

XVI. Zusammenkunft der Delegierten katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzbischöfe Gnesen-Posen.

(Schluß.)

Nach dem Bericht des Generalsekretärs nahm als erster das Wort der Geistliche, Patron Adamski, Mitglied des Hauptvorstandes. Redner tadelte die Vereine, die ihre Arbeit eingestellt haben und meinte, daß die freigewordenen Ämter der Mitglieder des Vorstandes besetzt werden müßten, um die Arbeit von neuem beginnen zu können. Ohne Arbeit könne nichts geleistet werden. Wer nicht säe, der könne auch nicht ernten. Ein wichtiger Faktor für die Vereine sei der Verband, das beweise das Schicksal der katholischen Gesellenvereine. Vor Jahren habe es ihrer bei uns 56 gegeben, alle seien nach und nach eingegangen, denn es habe an einer Zentrale gefehlt, die sie zusammengeschlossen hätte. Eine solche Zentrale sei der Verband. Redner forderte die Frauen der Mitglieder zur Hilfeleistung auf. Die Vorstände sollten ihnen für ein kleines Entgelt den „Robotnik“ geben. Diese Zeitung könnten die Frauen, nachdem sie sie gelesen, ihren Männern ins Feld schicken. Die Aufhebung der Rechtsschutzbüros sei eine unangenehme Sache; man freue sich aber, daß sie nach dem Kriege wieder würden eröffnet werden können.

Der Delegierte Gajczak aus Trzcinica meinte, die Vertrauensmänner seien diejenigen Personen, die für die Vorstände eine große Hilfe sein könnten —

insbesondere hinsichtlich der Erhaltung des Geistes unter den Mitgliedern und der Aufrechterhaltung des Abonnements des Robotnik.

Der Delegierte Andrzejewski aus Pogorzela wies hin auf die Wichtigkeit der Arbeit der geistlichen Patrone in den Vereinen und meinte, ihre Arbeit schütze die Vereine vor dem Verfall.

Der Delegierte Szejepaniak aus Posen (Zerßig) meinte, daß die Frauen der im Felde stehenden Mitglieder die Beiträge zur Begräbniskasse zahlten, daß sie aber die Monatsbeiträge für den „Robotnik“, von denen sie am Anfange des Krieges befreit worden seien, jetzt nicht würden zahlen wollen.

Der geistliche Vorsitzende sagte: Da, wo es sich um das persönliche Interesse handele, finde sich Geld, wenn es sich aber um das Interesse des Vereins und Verbandes handele, gebe es keins. Einen so niedrigen Beitrag, wie der, der bei uns gezahlt werde, sollte auch der Ärmste entrichten können.

Der § 3 der Verbandsatzungen mache es den Vereinen zur Pflicht, den „Robotnik“ auf Kosten der Kasse für alle Mitglieder zu abonnieren, und die Vereine hätten somit die Pflicht, diese Vorschrift zu beachten. Wenn sie das nicht täten, handelten sie gegen die Vorschriften der Satzungen und gegen die Beschlüsse. Wenn der Hauptvorstand streng verfahren wollte, müßte er die Vereine aus dem Verbandsverbande ausschließen. Das Abonnement des „Robotnik“ solle die Vereinskasse bezahlen, und wenn in der Kasse kein Geld vorhanden sei, dann müsse man nach Einnahmequellen suchen; es müsse unbedingt ein Ausweg gefunden werden, um aus dieser schwierigen Lage herauszukommen. — Wenn die Vereine nach dieser Richtung hin nichts tun würden, wie wohl sie es könnten, könne leicht der Augenblick kommen, daß man genötigt sein würde, sie aus dem Verbandsverbande auszuschließen.

Der Delegierte Gorny aus Hohenalza erklärte, daß der dortige Verein, der von der großen Bedeutung der Rechtsschutzbüros für die Mitglieder überzeugt sei, in seiner Sitzung beschlossen habe, das in Hohenalza bestehende Rechtsschutzbüro evtl. auf eigene Kosten zu unterhalten.

Der Delegierte Malak aus Kempen verlangte, im „Robotnik“ Lebensbeschreibungen berühmter Leute zu veröffentlichen, namentlich dann, wenn Jubiläen zu verzeichnen seien.

Der Delegierte Strzyżynski aus Jezewo forderte die geistlichen Patrone auf, sie sollten sich zur Hilfe in den Vereinen Vizepatrone wählen, wenn sie selbst nicht in der Lage seien, die Arbeit zu leisten. Er machte auch den Vorschlag, zum Zwecke der Erhaltung der Rechtsschutzbüros den Verbandsbeitrag für das Mitglied und Jahr auf 20 Pfg. zu erhöhen.

Der Delegierte Szarata aus Brody meinte, daß in seinem Vereine die Beiträge im voraus eingezogen würden. Das Leben in den Vereinen hänge von der Arbeit der Vorstände ab.

Der Delegierte Skrzypczak aus Gostyn erklärte das Nichtabonnieren des „Robotnik“.

Der Delegierte Mateja aus Bromberg trat gegen die Aufhebung der Rechtsschutzbüros auf.

Der Delegierte Staszkowiak aus Kostschin bat, der Hauptvorstand solle auf die geistlichen Patrone bezügl. der Hebung des niedergegangenen Vereinslebens einen größeren Druck ausüben.

Der Delegierte Ratajczak aus Puniß sprach über die erfolgreichen Bemühungen des Vorstandes seines Vereins zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Abonnements des „Robotniks“. Wenn das Abonnement aufgehoben werde, so trügen die Vorstände der Vereine die Schuld daran. Der „Robotnik“ sei unbedingt notwendig, deshalb müsse man mit allen Kräften danach trachten, ihn zu erhalten. Was die Versammlungen anbetreffe, so dürfe man eines Ver-

botes wegen nicht gleich den Kopf sinken lassen, vielmehr in jedem Monate einen Antrag stellen — so oft, bis die Sache Erfolg habe. Wenn der Verein schlafe, so sei der Vorstand schuld daran.

Der Delegierte Kowalski aus Ottorowo stellte den Antrag, denjenigen Vereinen eine Rüge zu erteilen, welche den Jahresbericht nicht eingesandt und überhaupt keinerlei Nachricht gegeben hätten. Was den Rechtsschutz anbelangt, so riet Redner, sich in manchen Angelegenheiten direkt an die Distriktskommissare zu wenden, da würden die Sachen erledigt werden. (Heiterkeit.)

Der Delegierte Raczmarek aus Pinne riet, daß für Ratschläge der Verein aus der Kasse 50 Pfg. und das Mitglied aus eigener Tasche ebenfalls 50 Pfg. zahlen solle.

Der Delegierte Renczierski aus Sulmierschütz nahm die Vorstände in Schutz und meinte, daß sie nicht immer schuld daran seien, wenn die Vereine zum Stillstande kämen. Was solle man denn machen, wenn die Polizei keine Genehmigung erteile? Nicht die Kommissare, wohl aber die geistlichen Patrone und Bizepatrone könnten unsere Rechtsschutzbüros ersetzen.

Der Delegierte Jarmuż aus Obornik beklagte sich über die Trunksucht, die der Arbeit in den Vereinen sehr schade. Die Versammlungen sollten keine Gelegenheit sein, dem Alkohol zuzusprechen. Wo das der Fall sei, könne es nicht wunder nehmen, wenn die Frauen der Mitglieder mit scheelen Augen auf den Verein blickten. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag um Schluß der Debatte eingebracht. Der Antrag ging durch. Auf der Rednerliste waren noch einige Delegierte verzeichnet.

Der Generalsekretär, Geistlicher A. Lisiecki, verlas noch einmal die drei Resolutionen. Der geistliche Vorsitzende ließ über sie abstimmen, und es erfolgte ihre Annahme.

Die von dem Geistlichen Lisiecki aufgesetzte Antwort an den Erzbischof auf das von ihm eingegangene Telegramm wurde von der Versammlung einstimmig angenommen (Rufe: Er lebe!). Die Antwort lautete wie folgt:

Für den gnädigst erteilten erzbischöflichen Segen übermittelt die XVI. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen dem hochwürdigsten Erzbischofe die Versicherung unerschütterlicher Treue am heiligen Glauben und kindlicher Ergebung und Anhänglichkeit.

Auf Antrag des geistlichen Vorsitzenden sandte die Delegierten-Versammlung ihre Wünsche dem verdienten Schriftsteller Heinrich Sienkiewicz, der im laufenden Jahre seinen 70. Geburtstag beging. Sienkiewicz wohnt gegenwärtig in Bevey in der Schweiz, woselbst er als Vorsitzender des Zentralkomitees zur Rettung Polens tätig ist. Das Glückwunschtelegramm hatte folgenden Wortlaut:

Die XVI. Zusammenkunft des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen, die heute ihre Beratungen in Posen abhält, sendet dem geliebten unvergleichlichen Meister des polnischen Wortes und dem unermüdlichen Fürsorger des Volkes zum 70. Geburtstage im Namen von 30 000 organisierten polnischen Arbeitern den Ausdruck tiefster Verehrung und Huldigung.

Der Geistliche A. Ludwiczak aus Pinne nahm sodann das Wort zu dem Vortrage „Die Bedeutung des Verbandes für unsere Vereine und für die Arbeiter“. — Die Geschichte unseres Verbandes sei gleichzeitig die Deutung für seine Notwendigkeit. Alle Organisationen hätten

erst dann begonnen, sich zu entwickeln, nachdem sie sich zu Verbänden zusammengeschlossen hätten. Der Verband sei für uns unumgänglich notwendig. Wäre er nicht da, so müßte man ihn schaffen. Das, was wir heute seien, sei das Verdienst des Verbandes. Er baue die Organisation auf, entwickle und erhalte sie. Er vereinige alle Verbandsvereine zu einem Ganzen, wecke die Trägen zur Tätigkeit und helfe den Fallenden wieder auf. Vereine, die zu einem Verbände zusammengeschlossen seien, könnten mit gemeinsamen Kräften die verschiedensten Institutionen schaffen und erhalten, die man als Einzelvereine nicht erhalten könne, wie z. B. die Verbandszeitung, das Sekretariat, die Rechtsschutzbureaus usw. Der Verband beschäftige in der Zentrale Leute, die ihr ganzes Leben und ihre Erfahrungen dem Verbände widmeten, also auch den Vereinen und ihren Mitgliedern. Je stärker der Verband sei, desto mehr werde er für die Vereine und Mitglieder leisten können — sowohl in geistiger und aufklärender wie auch in materieller Hinsicht. Der Geist hebe auch das Ansehen der Organisation nach außen hin. Das alles solle uns zu der Überzeugung bringen, daß der Verband unumgänglich notwendig sei, daß er für unsere Vereine und Mitglieder von großem Vorteile sei. Wenn der Verband fallen sollte, so wäre das für unsere Vereine ein nicht gut zu machender Schaden. Man solle sich deshalb mit allen Kräften bemühen, den Verband auch während des Krieges zu erhalten. Nach dem Kriege werde man mit doppelten Kräften arbeiten, und dazu sei eine starke Verbandszentrale erforderlich.

Auch der geistliche Vorsitzende sprach einige Worte zu diesem Vortrage.

Es folgten nunmehr die Wahlen für den Hauptvorstand. Es wurden wiedergewählt die Herren: Stanislaus Dopierala aus Skolowo bei Borek (auf 2 Jahre), Johann Turno aus Slomowo und Felix Bednarkiewicz aus Neuftramitz (auf 3 Jahre).

Bei dem Punkte: Anträge ohne Beschlüsse — meldete sich niemand zum Worte.

Der Vorsitzende, Prälat Stychel, forderte die Delegierten und Vereine zur Solidarität und Ausdauer auf und meinte: Unsere Begeisterung, von der man sagt, sie gleiche dem Strohfeuer, darf nicht abkühlen — auch in der Zeit des Krieges. Man muß aushalten. Die Entschuldigung: „Wir können nicht!“ — ist nichts weiter als eine Ausflucht. Ein starker Wille beseitigt alle Hindernisse! — Redner wies darauf hin, daß in diesem Jahre der Gedenktag nahe für jene berühmte Enzyklika des Papstes Leo XIII. unter dem Namen: Rerum novarum. Unsere Herzen wenden sich mit Dankbarkeit zu dem verstorbenen heiligen Vater, der die Welt an das Gebot der Liebe mahnte. Kehret zurück in Eure Häuser, zu Euren Vereinen, nehmet mit Euch die reichen Früchte der heutigen Zusammenkunft zur Arbeit auf sozialem Gebiete. Möge Gott unsere Arbeit segnen! (Rufe: Es lebe der geistliche Vorsitzende!)

Damit hatten die Beratungen ihr Ende erreicht; sie dauerten 3½ Stunden — von 11 bis ¼3 Uhr.

Die nachstehenden Zeitungen hatten zu der Delegierten-Versammlung ihre Berichterstatter entsandt: Dziennik Poznański, Kurjer Poznański, Drendownik, Postemp, Wielkopolskanin und Kraj. Anwesend war auch ein Vertreter der Polizeibehörde.

Aus Nr. 12 der Gazeta dla Kopiet (Posen)
vom 11. Juni 1916.

Bericht über die Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes erwerbstätiger Frauen.

Am 4. Juni fand die Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes der Vereine erwerbstätiger

Frauen statt. Um 9 Uhr las Prälat Adamski, der Vorsitzende des Verbandes, in der Posener Pfarrkirche auf das Gelingen des Delegiertentages eine heilige Messe, während der die Mitglieder des Vereins der kaufmännischen Jugend einen schönen vierstimmigen Gesang vortrugen.

Aus Anlaß der Besetzung des Saales im St. Hedwigshause zu militärischen Zwecken mußte die Versammlung nach dem Saale an der Dominikanerkirche verlegt werden. Das Verbandssekretariat hatte davon alle Vereine in Kenntnis gesetzt. Die Delegierten und Gäste hatten sich deshalb um 3½ Uhr auch zahlreich in dem Dominikaner-Saale eingefunden.

Bald erschien zu der Versammlung der hochwürdigste Erzbischof Dr. Dalbor in Begleitung seines Kaplans, des Geistlichen von Jazjewski, und wurde am Eingange des Versammlungsraumes durch den Hauptvorstand begrüßt.

Feierliche Stimmung bemächtigte sich der Delegierten, als der hochwürdige Erzbischof sich im Saale zeigte und der Prälat Adamski ihn mit herzlichen Worten begrüßte. Er dankte für die Unterstützung der Arbeiten des Verbandes und versprach im Namen aller, daß der Verband, der sich auf christliche Grundlagen stützt, auf den ihm durch die Kirche und durch seinen geistlichen Oberhirten gewiesenen Wegen schreiten werde.

Der hochwürdige Erzbischof antwortete:

„Wenn ich heute zu der Versammlung der Delegierten der erwerbstätigen Frauen erschienen bin, so ist das deshalb geschehen, um mit meinem Besuche den Ausdruck der Zufriedenheit über die Arbeit zu geben, die im Verbande geleistet wird. Ich möchte von meiner Seite aus auch Dank sagen der Geistlichkeit, die sich des Verbandes und in erster Reihe der Delegierten annimmt, die zur Entwicklung und zur Belebung des Verbandes und der Vereine beitragen. Ich möchte insbesondere die Delegierten anregen, weiterhin zu arbeiten und den Geist auszubreiten, der in jedem Verein herrschen sollt, ich möchte Sie anregen, sich noch stärker zusammenzuschließen, um immer mehr Personen desselben Berufes zu heben; heben aber können wir uns nur durch den Zusammenschluß, durch das, was man Organisation nennt. Wo es also Vereine gibt, da mögen in ihnen Leben und Arbeit blühen; wo es aber noch keinen Verein gibt, da muß man danach trachten, einen solchen zu gründen.“

Der Verband heißt „Verband katholischer Vereine“; er will durch diesen Namen sagen, daß er sich auf gute, katholische Grundsätze stützt, daß er bemüht ist, nicht nur für das materielle Wohl der Mitglieder zu sorgen, sondern, daß er sie auch geistig heben will.

Ich weiß, daß solches in den Vereinen geschieht, ich weiß auch, daß der Verband der erwerbstätigen Frauen daran arbeitet, die Mitglieder geistig zu heben, sie aufzuklären; danach trachtet auch die Verbandszeitung, die verbreitet und gelesen werden muß, aus der man die Grundsätze lernen soll, nach denen sich der Verein richtet.

Wenn sich der Verband nach diesen Grundsätzen richtet und wenn er in diesem Geiste arbeiten wird, dann kann er für die Reihen der Organisierten viel Gutes tun, was ich ihm von Herzen wünsche.“

Es wurden sodann die Legitimationen eingesammelt. An der Zusammenkunft nahmen teil: Die Mitglieder des Hauptvorstandes, mehrere geistliche Patrone und Vizapatrone und die Delegierten der nachstehenden Vereine:

Bolechowo, Bromberg (Verein „Jedność“), Dobrojewo, Gnesen (Verein der Frauen aus dem Handel und der Konfektion, Verein „Spójna“), Hohensalza („Verein „Jedność“ und Verein „Zgoda“), Lissa, Koschmin, Oberjisko, Ostrowo, Owinisk, Pafosch, Pleschen, Posen (Verein der im Handel und Gewerbe

beschäftigten Frauen der Dompfarochie, der Verein „Straznica“ der Corpus Christi-Gemeinde, Verein der katholischen Arbeiterinnen der St. Johannes-Pfarochie, Verein der Arbeiterinnen in Jersik, Verein der Konfektions-Arbeiterinnen, Verein der weiblichen kaufmännischen Jugend, Verein „Oświata i Praca“ der Lazarus-Gemeinde, Verein der Arbeiterinnen, Verein katholischer Diensthöten, Verein weiblicher Jugend der St. Adalbert-Pfarochie, Schroda, Starolenka, Samter (Verein „Oświata“ und Verein „Zjednoczenie“), Schlehén und Zon.

Von der Presse waren vertreten: Kurjer Poznański und Postemp. Delegierte hatten nicht entsandt: der Verein der im Handel und in der Konfektion beschäftigten Frauen in Bromberg, der Verein Lobsens, Piotronki, Szymborze und Krotoschin.

Der General-Sekretär, Kanonikus Grzenba, erstattete Bericht über das verflossene Jahr. Er stellte fest, daß im allgemeinen die Vereine während des Krieges ihre Pflichten im Sinne der Aufforderung des Hauptvorstandes und der Beschlüsse der vorjährigen Delegiertenversammlung erfüllt hätten. Nur in einigen Vereinen sei die Arbeit mit Rücksicht auf größere Schwierigkeiten noch nicht im vollen Umfange aufgenommen worden.

Referent stellte die Lage der arbeitenden Frauen in einigen Berufen dar, wie z. B. die der Diensthöten, der in der Konfektion und im Handel beschäftigten Frauen, denen der Krieg den Erwerb erschwert habe.

Aus dem gedruckten Jahresberichte stellte der Generalsekretär die sich verringerte Anzahl der Älteren fest und meinte, daß man diese von neuem und besser organisieren müßte, weil die Älteren das Bindeglied bilden sollten zwischen dem Vorstande und den Mitgliedern; sie hätten auch darauf zu achten, daß alle die Verbandszeitung bekämen, sie hätten unter Bekannten zu agitierten und sie den Vereinen zuzuführen.

Redner sagte hierauf, es genüge nicht, auf der bisherigen Stufe stehen zu bleiben, sondern man müsse angesichts des sich hinziehenden Krieges um die Entwicklung des Verbandes besorgt sein. Deshalb schlug er vor, die nachstehende Resolution anzunehmen:

„Die X. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen hält es für durchaus notwendig, die Organisation während des Krieges nicht nur in der bisherigen Weise zu erhalten, sondern sie auszubreiten, und deshalb empfiehlt sie allen Vorständen der Verbandsvereine, neben den anderen, diesem Ziele dienenden Mitteln die Organisation der Älteren durchzuführen, damit mit ihnen häufiger Versammlungen abgehalten werden und sie für die Arbeit in den Vereinen zum Zwecke der Gewinnung neuer Mitglieder vorbereitet werden könnten.“

Der Vorsitzende wies in der Diskussion über die Berichte der Vereine auf die Vereine hin, die eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen hatten, empfahl, diesen Vereinen nachzuzahlen und stellte die Resolution zur Annahme, was auch geschah.

Aus dem Kassenberichte ging hervor, daß aus der Monatskasse auf das Jahr 1916 1844,17 Mk. und aus der Begräbniskasse 8495,00 Mk. übergehen. Der Vorsitzende bemerkte, daß nur noch einige Vereine eine Krankenkasse besäßen.

Die Revisionskommission gab hinsichtlich der Kasse die nachstehende Erklärung ab: Die Kommission hat am 19. Mai d. J. die Bücher und Quittungen geprüft und die Übereinstimmung beider festgestellt. Herr Dr. Gantkowskhi hielt einen Vortrag aus dem Gebiete der Hygiene; er gab einige Fingerzeige über die Ernährung und wies darauf hin, welche Nährstoffe dem Organismus nötig seien. Zum Schluß seiner Ausführungen warnte er vor den verschiedenen in den

Zeitungen angepriesenen Nährmitteln, die für die Volksernährung einen großen Wert haben sollten, in Wirklichkeit aber nichts weiter seien, als ein teures minderwertiges Surrogat. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Vortragenden.

Der Erzbischof erteilte nunmehr den Versammelten seinen erzbischöflichen Segen, und diese riefen ihm ein herzliches „Er lebe! zu.“

Geistlicher Adamski gab den Antrag des Vorstandes, der dahin geht, die Verbandssterbekasse mit der „Besta“ zu verbinden, bekannt und teilte mit, daß die „Besta“ in der Lage sei, viel günstigere Bedingungen zu gewähren, insbesondere für die älteren Mitglieder, als das in der Zeitung bekannt gegeben war. Die „Besta“, so führte er aus, stelle 2 Tarife fest: einen für die Mitglieder, die der Verbandskasse bereits angehören, die zweiten für diejenigen, welche der Sterbekasse erst beitreten.

I. T a r i f. Mitglieder, die der Sterbekasse beigetreten sind:

1. im Alter bis zu 24 Jahren erhalten im Todesfalle 100 Mk.;
2. im Alter von 25 bis 29 Jahren erhalten im Todesfalle 75 Mk.;
3. im Alter von 29 bis 34 Jahren erhalten im Todesfalle 60 Mk.

Die Genannten werden alle bis zum 55. Lebensjahre monatlich 15 Pfg. Beitrag zahlen.

4. Mitglieder, die nach 35 Jahren und später beigetreten sind, werden ebenfalls 60 Mk. erhalten, und zwar für einen Monatsbeitrag von 15 Pfg., sie werden aber bis zum 62. Lebensjahre zahlen müssen.

II. T a r i f. Mitglieder, die erst jetzt der Sterbekasse beitreten, können sich unter den folgenden Bedingungen versichern:

1. bis zum 24. Lebensjahre eintretende Mitglieder erhalten im Falle des Todes 100 Mk.;
2. solche, die vom 25. bis 29. Jahre beitreten, 75 Mk.;
3. solche, die vom 29. bis 34. Jahre beitreten, 60 Mk.;
4. solche, die vom 35. bis 39. Jahre beitreten, 45 Mk.

Alle werden bis zum 55. Lebensjahre monatlich 15 Pfg. Beiträge zahlen.

Die Mitglieder können sich aber auch mehrere Male versichern. Beispiel: Ein Mitglied zählt 37 Jahre und tritt der Kasse bei. Es will aber mehr Begräbnisgeld haben als 45 Mk., es kann sich mit 90 Mk. versichern, das heißt, mit 2 mal 45 Mk. Es wird alsdann 2 mal 15 Pfg. Monatsbeiträge entrichten, aber immer nur bis zum 55. Lebensjahre.

(Schluß folgt.)

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 127 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 7. Juni 1916.

Die Bedeutung des deutschen Erfolges zur See.

Unter dieser Überschrift kommentiert das Petrikauer Regionenblatt die für die deutsche Kriegsflotte siegreiche Seeschlacht in der Nordsee u. a. wie folgt:

Allerdings ist durch diese Schlacht die tatsächliche Lage zur See nicht geändert worden, aber eins ist von neuem und dieses Mal auf dem Gebiete des unleugbaren Übergewichts des Vierverbandes festgestellt worden, nämlich die Unüberwindlichkeit Deutschlands nicht nur zu Lande, sondern auch zu Wasser.

Die Feststellung dieser für die Engländer äußerst unangenehmen Tatsache kann ihren nationalen Stolz reizen und wird ihn wahrcheinlich reizen, andererseits aber muß sie der für das Volk Großbritanniens er-

nüchternde Faktor sein, daß man auf einen Sieg über Deutschland und den Zweiverband für heute verzichten müsse und in Zukunft die Rechnung nicht auf die Zahl, nicht auf die Spekulationen der Aushungerung stützen dürfe. Der ganze Vierverband muß — wenn es noch nicht geschehen ist — eher oder später zu der Überzeugung kommen, daß er im Kampfe gegen die Mittelmächte es mit einem höheren Wert als mit einer bloßen bewaffneten Macht zu tun habe und daß er mit Eisen und Gold den Ringkampf nicht gewinnen werde.

Die Mittelmächte und insbesondere Deutschland haben in diesem Kriege der Welt bewiesen, daß mit einem organisierten Willen des ganzen Volkes, mit seiner unternehmenden und voraussehenden Klugheit auf jedem Gebiete des in Bewegung gesetzten schöpferischen Genius nur eine gleiche Waffe kämpfen könne ferner daß diese schöpferische Kraft und dieser Wille eine solche nationale Verteidigung aufzubauen vermögen, daß sie keine Übermacht zu überwältigen vermöge, — daß man auf wirtschaftlichem, intellektuellem und organisatorischem Gebiete mit einer solchen Macht nur friedlich wetteifern könne.

Im Kriege fällt nur der ungleich Schwächere und schlechter Organisierte, dort, wo diese ungeheure Ungleichheit der Kräfte fehlt und wo der Gegner eine von einem Willen, einem Geiste der Tapferkeit und der Opferwilligkeit befeelte, von fleißiger und fürsorglicher Klugheit geleitete, geschlossene Masse ist, dort entscheidet nicht der Kampf mit der Faust oder mit dem Bajonett über das Los der Geschichte.

In dem Wert der deutschen Kriegsflotte offenbart sich nicht nur die Fähigkeit der Einzelpersonen, wie z. B. des Oberbefehlshabers Admiral Scheer, oder die Fähigkeit derer, welche diese Flotte geschaffen haben, wie z. B. Tirpitz, sondern die Fähigkeit, die Vorausicht und der Wille des ganzen deutschen Volkes. Seine sozialen und intellektuellen Werte waren die eigentlichen Schöpfer der Flotte, und sie sind es, die diese bei Stawanger siegreich geführt haben.

Aus Nr. 21 des Kraj (Vissa i. P.)
vom 11. Juni 1916.

Der Stützpunkt der Parteien des Königreichs Polen.

Aus Warichau teilt man uns mit, daß der nachstehende Brief dem Vorsitzenden des Polenklubs in Wien, dem früheren österreichisch-ungarischen Minister Erzjellenz Bilinski zugegangen ist.

Warschau, den 20. Mai 1916.

An

Seine Erzjellenz den Vorsitzenden
des Polenklubs

in

Wien.

Erzjellenz!

Die deutschen und die polnischen Blätter brachten in den letzten Tagen den Text eines von Guerer Erzjellenz „im Namen der ganzen vereinigten polnischen Nation“ an Seine Kaiserlich-Königliche Majestät, den österreichisch-ungarischen Monarchen gerichteten Huldigungstelegramms.

Da obiges Telegramm von der politischen Vertretung bloß Galiziens beschlossen worden ist, meinen wir, daß der in ihm angewandte Ausdruck „die ganze vereinigte polnische Nation“ nur den Teil unseres Volkes bezeichnen sollte, der in Galizien unter dem Zepher des österreichischen Monarchen sich befindet.

Wir wollen glauben, daß auch Guere Erzjellenz das besprochene Telegramm eben auf diese Weise aufgefaßt haben, besonders da Guerer Erzjellenz schon die

Briefe bekannt waren, die von den Parteien des Königreichs Polen an den Fürsten Witold Czartoryski gerichtet worden sind, nämlich von der nationalen, von der demokratisch-nationalen Partei, sowie von der Partei der realen Politik unterm 25. April, sowie von der polnischen Fortschrittspartei unterm 26. April d. Js., und da noch vorher Euerer Exzellenz Händen der Brief des Fürsten Witold Czartoryski vom 15. März 1916 zugegangen ist.

Es gibt keinen Polen, der nicht über alles ersehnte, daß tatsächlich der Moment der Vereinigung der ganzen polnischen Nation in einem politisch freien Vaterlande eintrete; aber zur Erreichung dieses Zieles müssen angesichts der den Polen drohenden früheren und neueren Gefahren verschiedene Mittel angewandt werden. Das Verstehen dieses Standes der Dinge muß eine der Grundlagen der polnischen inneren nationalen Solidarität sein.

Indem wir wünschen, daß es so geschehe, und indem wir den Standpunkt Galiziens gegenüber dem Monarchen verstehen, bitten wir Euerer Exzellenz als den Repräsentanten der politischen Vertreterschaft Galiziens, obiges Schreiben, das uns tiefe Sorge um das Vaterland diktiert hat, in Erwägung ziehen zu wollen.

Die Partei der realen Politik:
Prälat J. Chelmiczki, W. Marzewski, L. Wilczewski.

Die national-demokratische Partei:
W. Jablonowski, Karl Kozłowski, A. Ryzd.

Die nationale Vereinigung:
Maryan Bzborowski, W. Kostworowski, A. Marylski,
A. Konikier.

Die polnische Fortschrittspartei:
A. de Rossel, W. Biskupski, Ed. Landie.

Die polnische fortschrittliche Vereinigung:
Gonsiorowski, M. Borkowski.

Außer den Parteien die sogenannten Parteiloosen:
L. Chrzanowski, B. Koskowski, J. Lubomirski,
St. Dzierzwicki.

Wie wir erfahren, soll der politische Klub in Lublin dieselbe Stellung einnehmen.

Aus Nr. 157 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 7. Juni 1916.

Graf Sigismund Wielopolski vertritt Polen in London.

In London weilte unlängst eine Abordnung russischer Parlamentarier, Mitglieder der Duma und des Staatsrats.

Dieser Deputation gehörte Graf Sigismund Wielopolski an, und er stellte sich den englischen Journalisten und Politikern als Vertreter der polnischen Nation vor. Aus den englischen Tageblättern erhalten wir von seinen verschiedenen Äußerungen Kenntnis. So bringt „Daily Express“ vom 8. Mai folgende Worte des Grafen Wielopolski:

„In einem Siege Rußlands sehe ich die beste Zukunft für Polen, eine solche Zukunft, wie sie vom Großfürsten beim Kriegsbeginn versprochen wurde. Wir wollen der ganzen Welt zeigen, daß wir zu Rußland stehen und unsere Hoffnungen in den Sieg Rußlands setzen.“

„Daily Chronicle“ vom 16. Mai gibt eine Unterredung seines Mitarbeiters mit dem Grafen Wielopolski wieder. Der Graf sagte:

„Meine Anwesenheit in der Abordnung des Staatsrats und der Duma als Vertreter der Polen

ist ein berebtes Zeugnis der von den Polen seit Kriegsbeginn eingenommenen Haltung. Ich stelle hier den Beweis der Solidarität zwischen den beiden slawischen Rassen, den Russen und Polen, dar. Vor dem Kriege schien sogar der bloße Name Polens in dem Gedächtnis und in den Gemütern der Menschen ausgelöscht zu sein. Aber seit dieser Zeit ist er in dem Gedächtnis und in den Gemütern der Menschen wieder aufgelebt. Polen hat seine Rolle während des Krieges gespielt. In seinen Landen wies vor einem Jahre die russische Armee den gemeinsamen Feind zurück. Auf Polen lastete nicht minder als auf Belgien oder Serbien die schrecklichste Konsequenz des Krieges. Die Teilung seiner Territorien unter den drei kämpfenden Mächten fügte seinen anderen Leiden noch die letzte und größte Sorge hinzu. Die Söhne dieser selben polnischen Mutter liegen in den Schützengräben einander gegenüber, durch das schreckliche Recht gezwungen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Das sind Tatsachen vor die wir uns gestellt sahen, die wir natürlich voraussehen mußten, als wir uns am Anfang des Krieges auf der Seite Rußlands in den Strudel stürzten. In diesem Entschluß wurden wir glücklich bestärkt und gerechtfertigt durch das Versprechen der nationalen Wiedergeburt, die uns von Rußland gegeben wird, und durch die Aussicht auf eine endgültige Wiederherstellung und Vereinigung unseres zerrissenen Landes. Wir glauben auch, daß nur in einem Siege der Verbündeten die Gewähr einer besseren Zukunft für Polen besteht. Wenn Deutschland und Österreich siegen würden, würden sie vielleicht einen neuen polnischen Staat schaffen, aber sicherlich würden sie die Gebiete, die sie im Besitz haben, nicht wieder herausgeben; andererseits sind wir überzeugt, daß ein Sieg Rußlands und seiner Verbündeten für Polen die Vereinigung seiner getrennten Teile und eine entsprechende Wiederherstellung der nationalen Freiheiten bedeuten werde.

Sicherlich werden wir eine nationale Autonomie erhalten (it will certainly provide for national autonomy); wir können jedoch ihren Charakter nicht genau präjudizieren. Wie Sie wohl verstehen, kann ich nicht zuviel sagen, aber gleichzeitig darf ich nicht zu wenig sagen. Aber ich bin überzeugt, daß das Gerechtigkeitsgefühl und die politische Klugheit Rußlands und seiner Verbündeten Polen die nationale Zukunft, die seinen Traditionen, seinen Bedürfnissen und seinen Aspirationen gebührt, sichern werden.“

Diesen Worten fügt „Daily Chronicle“ einen Kommentar hinzu, welcher eine unfehlbare, aber deshalb nicht minder wehmütige Bosheit enthält. Der von „Daily Chronicle“ hinzugefügte Kommentar lautet wörtlich:

„Vor etwa 90 Jahren, in der Zeit des unseligen polnischen Aufstandes aus dem Jahre 1831 kam nach England Graf Alexander Wielopolski, ein damaliger hervorragender polnischer Politiker, zu dem Zwecke, die englische Sympathie und Hilfe für die Aufständigen zu gewinnen. Die erste zu gewinnen gelang ihm vollständig — England hatte stets ein mitfühlendes Herz für verlorene Rechte; was die zweite anbetrifft, so erfolgte eine Ablehnung. Heute erscheint Graf Wielopolski, ein Enkel jenes Wielopolski, wiederum in einer sehr dankbaren Mission an diesen Küsten.“

Gleichzeitig erklärte der in England mit Graf Wielopolski weilende Herr Miljutow in der polnischen Frage einem Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ folgendes: Meine Partei und ich meinen, daß Polen bei Rußland bleiben, aber eine Autonomie erhalten wird, wahrscheinlich eine solche, wie die Homerule in Irland. Diese Autonomie können jedoch nur die russischen gesetzgebenden Kammern beschließen. Sie kann nicht von Faktoren aufgezwungen werden, welche außerhalb der russischen Gesetzgebung stehen.“

Auf diese Weise betont Miljukow sehr nachdrücklich, daß er die polnische Frage als eine ausschließlich innere Angelegenheit Rußlands betrachte und daß er sich jede Intervention der Verbündeten verbitte. Bekanntlich teilt diese Anschauung auch die russische Regierung, und der Botschafter Jzwolski in Paris macht eifersüchtig darüber, daß die französische Presse nicht zu günstig für die Polen schreibt.

Unlängst protestierten gewisse Gruppen und Einzelpersonen, als einer der hervorragenden galizischen Politiker eine Äußerung tat, welche zu verstehen gab, daß er im Namen der ganzen polnischen Nation spreche. Sicherlich werden sie nicht verfehlen, dies auch gegenüber dem Auftreten des Grafen Wielopolski zu tun, wenn sie in ihrer Taktik Folgerichtigkeit bewahren und vermeiden wollen, daß man sie der Einseitigkeit bezichtigt. Die galizische Politik hat wenigstens alle organisierten Teile des dortigen politischen Gedankens organisiert. Wen Graf Sigismund Wielopolski hinter sich hat, wissen wir nicht. Die Partei, zu welcher er vor der Okkupation gehörte, hat gegenwärtig einen ganz anderen Standpunkt eingenommen, wie derjenige ist, welchen Graf Wielopolski weiter einnimmt.

Wiederholt wurde uns auch hier in Warschau versichert, daß Herr Dmowski und seine Reisegefährten in Europa Sachwalter der Idee einer polnischen staatlichen Unabhängigkeit seien. Wenn dem so ist, was bedeuten da die Worte des Grafen Wielopolski? Ist denn sogar unter den evakuierten Mitgliedern des früheren Nationalkomitees eine völlige Spaltung eingetreten? Oder wurden wir hier durch diese Änderungen in den Auffassungen nur getäuscht? Wir glauben, daß eine Beleuchtung dieser Zweifel durchaus notwendig ist.

Aus Nr. 161 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 11. Juni 1916.

Die Monomanie Miljukows und seiner Leute.

Galizische Blätter brachten die Nachricht, daß der in London weilende Abgeordnete des Staatsrats in Petersburg, Graf Sigismund Wielopolski, und der Dumaabgeordnete Herr M. Miljukow gegenüber den Berichterstatlern der „Daily Chronicle“ (Graf Wielopolski) und des „Manchester Guardian“ (Herr Miljukow) gewisse Äußerungen über das Thema der Zukunft Polens getan hätten, und zwar seien der polnische und der russische Abgeordnete überzeugt, daß Polen eine nationale Autonomie erhalten werde, nur kleidete der erste seine Gedanken in eine ziemlich nebelhafte Form und fügte sogar hinzu, daß „er nicht zuviel sagen könne“, der andere dagegen versprach uns etwas nach Art der irischen Homerule und wiederholte seinen alten Refrain von der Notwendigkeit, daß diese Autonomie von den russischen gesetzgebenden Kammern beschlossen werde.

Alles dies haben die englischen Journalisten zweifellos genau notiert und zur öffentlichen Kenntnis gebracht, wie es scheint, ohne spöttische Bemerkungen ihrerseits. Wir werden den Wunsch eines Warschauer Blattes nicht befriedigen und gegen die Äußerungen des Grafen Wielopolski nicht „protestieren“, denn grundsätzlich sprechen wir niemandem das Recht ab, solche individuellen Ansichten zu bekennen und zu äußern, wie sie einem Menschen billig erscheinen und zu welchen er fähig ist. An diesem Grundsatz werden wir gegenwärtig um so mehr festhalten, weil Graf Wielopolski nur mit einer Privatperson, nicht aber mit einer politisch maßgebenden Person gesprochen hat und weil der private Charakter seines Ausflugs nach England keinem Zweifel unterliegt. Hält es doch schwer, anzunehmen, daß die Engländer den Grafen Wielopolski, der seinem Heimatlande schon ein ganzes Jahr fernsteht und nicht einmal genau weiß, was bei

uns vorgeht, für einen Vertreter großer Interessen des polnischen Volkes halten könnten. Übrigens erwarten wir von dem Taktgefühl des Grafen Wielopolski, daß eine entsprechende Erklärung abgegeben worden ist.

Lassen wir also den Grafen Wielopolski unbehelligt und gehen wir zu Herrn Paul Miljukow über, welcher in England als wirklicher, ausgesprochener, besonders bevollmächtigter Vertreter der russischen Nation weit feierlicher aufgetreten ist.

Auch Herrn Miljukow kann selbstverständlich niemand verbieten, solche oder andere politische Ansichten zu äußern. Es handelt sich nur darum, daß er sich nicht einbildet, daß die Polen sie als Programm der Beglückung Polens hinnehmen werden. Daher möchten wir sehr wünschen, daß die nachstehende kleine Information zu seiner Kenntnis gelange.

Es wird also gut sein, daran zu erinnern, daß im Königreich Polen sogar in der Zeit der größten Unklarheiten während des Krieges niemand daran dachte, daß ein billiges und starkes Verständnis für die polnischen nationalen Interessen in Rußland von der Partei der sogenannten Radetten und überhaupt von russischen Vertreter-Institutionen ausgehen könnte. Niemals ernst genommen wurde auch bei uns das Auftreten der liberalen Presse und der liberalen Politiker in Petersburg, das Auftreten, welche die polnische Frage durch die jüdische Episode oder durch die Forderung einer Beteiligung der gesetzgebenden Körperschaften an ihrer Entscheidung zu komplizieren sich bemühten. Noch vor 16 Monaten nannten wir an dieser Stelle dieses ganze radikalistische Getöse um Polen herum „Übungen auf Geheimpapier“, indem wir die Überzeugung ausdrückten, daß über das Schicksal Polens ein Komplex von unendlich stärkeren Faktoren, als verschiedene Dumen, Räte, Radikalismen und Nationalismen, entscheiden wird. Also sogar in der bezeichnenden Zeit, als die russischen Heere in Ostpreußen und vor Krakau standen, zogen wir die Wichtigkeit der Stimme des Herrn Miljukow und seiner politischen Freunde nicht in Betracht.

Welche Gründe hätten wir, diese Dinge heute ernster zu behandeln, als im Februar verflossenen Jahres?

Man darf natürlich keine möglichen Bundesgenossen geringschätzen; die polnische Nation ist nicht in der Lage, daß sie stolz jagen könnte, sie sei auf Freundschaft und Hilfe nicht bedacht. Nur will sich der russische Neo-Imperialismus, welcher in Herrn Miljukow so ausgeprägt verkörpert ist, mit der Notwendigkeit einer radikalen Lösung der polnischen Frage nicht abfinden, und er wird sich entgegen dem Zwang, entgegen den Tatsachen „contra torrentem“ halten, er denkt an Halbmittel.

Für diese Halbmittel nun wird niemand in Polen Freunde und Unterstützung finden.

Eine „autonome“ Lösung der polnischen Frage — rein akademisch angenommen, daß Rußland überhaupt einen Einfluß auf irgend eine Lösung haben werde — würden wir hier alle als ein wahres nationales Unglück betrachten, und wir würden uns niemals damit abfinden. Die öffentliche Meinung bei uns ist in dieser Beziehung endgültig festgelegt, geeint und konkretisiert. Wir wollen zu einem völlig selbstständigen politischen Dasein gelangen und von ihm zur Entwicklung der eigenen Kulturkräfte, ohne irgend welche Angriffspläne nach außen, in Eintracht mit denjenigen, welche nicht unser Unrecht im Auge haben werden, und mit Dankbarkeit für diejenigen, die uns zur Unabhängigkeit verhelfen werden, friedlich, bescheiden und beharrlich Gebrauch machen. Das ist der allgemeine nationale und unerschütterliche Standpunkt. Herr Miljukow sollte daher wissen, daß er sich, wenn er von einer Autonomie spricht, im unbedingten Widerspruch mit der ganzen polnischen

Nation befindet, daß er, wenn er uns mit einer Homerule beglückt, von den tiefsten polnischen Bestrebungen nichts versteht und daß seine Bedingungen der Freundschaft mit Polen bei uns von niemanden werden angenommen werden.

Es könnte scheinen, daß die Ansichten des in seinem Lande wenig einflußreichen Führers der russischen Liberalen, Ansichten, die überdies in dem heutigen Zeitabschnitt des Krieges geäußert werden, wo Rußland von irgendeiner „Entscheidung“ sehr weit entfernt zu sein scheint, gleichgültig sein könnten. Ein gewisser Umstand jedoch kompliziert die Angelegenheit des Auftretens des Herrn Miljukow in England. Dieser Politiker gilt im Ausland, hauptsächlich dank der geduldigen Selbstreklame, als Herold der nationalen Freiheiten im russischen Staate. Er hat eine größere Anzahl von Freunden im Ausland, er hat wiederholt England, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich bereist und allgemein versichert, daß „alle Nationen Rußlands“ zu seiner Klugheit blindes Vertrauen hätten. Es könnte daher leicht geschehen, daß seine Äußerungen in der Welt (also auch in Rußland) als Ausdruck eines russisch-polnischen Kompromisses oder als Ausdruck der gegenwärtigen polnischen Bestrebungen, wenigstens der Polen im Königreich Polen, aufgefaßt werden könnten. Ein solches Mißverständnis möchten wir sowohl in den Augen des Vierverbands, als auch in den Augen der Mittelmächte vermieden wissen.

Man muß und darf die starke Hoffnung haben, daß die Herren Miljukows mit ihrer „autonomen“ Monomanie in der heutigen politischen Welt ziemlich vereinzelt dastehen werden. Die gestifteten Nationen nämlich, besonders aber ihre Regierungen, sehen immer klarer, daß eine gründliche Regelung der wichtigsten Nationalitätenfragen das endgültige Ergebnis dieses furchtbaren Krieges sein muß, wenn die Welt ihre Kultur und ihr Glück unter der Last gegenseitiger Gegensätze, wachsender Rüstungen und der dauernden Gefahr einer neuen Katastrophe nicht weiter vernichten will. Eine geschichtliche Nation aber kann ihre natürlichen Bestrebungen und ihre natürlichen Interessen unbedingt nicht anders auffassen, als in dem Geiste, unbedingt eine gewährleistete Unabhängigkeit zu erlangen. Das ist erst der Sättigungspunkt, bei welchem die ausschließliche Sorge der Nation um die innere Entwicklung anfängt, also ein Bündnis mit allen Faktoren des Friedens und der Eintracht.

Das Polen nach der Teilung hat soviel nationalen Selbsterhaltungstrieb und soviel politischen Gedanken gezeigt, daß sich niemand Täuschungen hingeben kann, es vermöchten erbärmliche Halbmittel aus den Blättern der Geschichte die verhängnisvolle und unheilvolle „polnische Frage“ auszulöschen. Daß es dem russischen Neoimperialismus schwer fällt, sich mit dieser Tatsache abzufinden, schwerer sogar, als z. B. dem Nationalismus des Herrn Menschikow, — darin liegt wohl nichts Sonderbares. Schlimmer wäre es, wenn die englischen Freunde Rußlands in vertraulichen Unterredungen ihren Gästen nicht zu erklären vermöchten, wie wenig Realismus in ihren quasi-politischen Äußerungen enthalten ist. — B. R.

Aus Nr. 158 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 8. Juni 1916.

Bedingungen der Expansion.

Ein historisches oder ein ethnographisches Polen? Ein Polen, welchem das Ideal einer national-politischen Expansion auf Kosten benachbarter, weniger entwickelter Völker vorschwebt, oder ein Polen, in Grenzen ein-

geschlossen, welche die Grenzen seines engeren Sprachgebiets sind? Was soll man wünschen, wonach soll man streben?

Bei der Beurteilung dieser Fragen, welche sich in unseren Erörterungen über die Zukunft mittelbar oder unmittelbar hindurchschlingelt und deren Lösung für eine planmäßige Arbeit der Nation unumgänglich notwendig ist, verlohnt es, die Ergebnisse unserer nationalen, schon vollzogenen Expansion etwas genauer zu prüfen, als wir es bisher getan. Die poetische Dichtung und Prosa unserer politischen Literatur pflegt uns diese Ergebnisse in übertriebener Weise darzustellen. Viel glänzende und gleichnerische Worte, aber wenig Zahlen. Das polnische Gemüt denkt gern an die östliche Hälfte der früheren polnischen Republik in Bildern, in denen die Vergangenheit und Gegenwart sich mit einander in ein chaotisches, aber schönes Ganze verschmelzen. Es ist dort die strahlende Vision der Mauern der Wilnaer Universität und der hervorragenden Geister, die das polnische Pantheon nicht hätte, wenn keine Grenzlande wären, und das weiße ländliche Herrenhaus am Niemen und an der Wilia, der (bedeutend gelichtete) Vertreter unserer Kultur im Osten und die (übrigens stark geschwächte) traditionelle Treue zur Krone in guten oder schlechten Tagen. Wenn man an die Früchte dieser Expansion denkt, so steht bald die würdige Schar der Großen im Volke vor uns. Männer, wie Mickiewicz, Slowacki oder Zaleski, Kosciuszko und Traugott. Es entrollen sich die Blätter der „Lituania“, es ersteht die Szene des erneuten Akts in Horodla wieder, während Scharen diesseits und jenseits des Bug unter Assistenz russischer Bajonette sich für das weitere Leben Treue geloben.

Aber die strenge Prosa begnügt sich nicht mit diesen Bildern und Werten, sie greift noch nach statistischen Jahrgängen, sie setzt Zahlen in Bewegung. Und diese Zahlen reden von den Ergebnissen unserer Expansion weniger wirkungsvolle Dinge. 500 Jahre dauerte unser Durchdringen des Ostens. Ein mächtiger Zeitabschnitt; in dieser Zeit war der germanische Volkstamm fähig, seine Wohnsitze vom linken Ufer der Elbe bis jenseits der Oder zu verschieben. Er gelangte, aus dem Teutoburger Walde herausgetreten, bis Danzig und Breslau. Die Bedingungen für unser Vorwärtsgen konnten nicht bequemer sein. Wir stießen auf ein spärlich bevölkertes Land, auf eine fast im Urzustand stehende Bevölkerung, auf einen für äußere Einflüsse minimalen Widerstand. Welches sind die Ergebnisse dieses halbtausendjährigen Dranges nach dem Osten? Das polnische Element schwimmt heute an der Oberfläche, wie Fettaugen auf dem Wasser. Wir können nicht einmal auf 10 Quadratmeilen hinweisen, um die sich unser Sprachgebiet verschoben hätte. Die Zahl der Polen in Litauen und Rotrußland beträgt 2 Millionen Seelen im Gegensatz zu den übrigen 20 Millionen. — Sie wird besondere Bedeutung annehmen, wenn wir sie mit der ebenfalls 2 Millionen betragenden Zahl Deutschen in Rußland vergleichen. Sie wird eine noch größere Bedeutung annehmen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß das hintangesetzte und schifanierte jüdische Element zahlenmäßig stärker ist als wir, die wir dort regiert, zivilisiert und assimiliert haben.

Diese Erfahrung aus der Zukunft muß man in Erwägung ziehen, wenn es sich um Weisungen und Aufgaben für das Morgen handelt. Es genügt nicht, eine Expansion zu wollen, man muß zu ihr noch die innere Fähigkeit besitzen. Das frühere Polen besaß diese Fähigkeit nicht, und darum haben ihm die günstigen Verhältnisse, die sich für uns nach dieser Richtung wohl nicht mehr wiederholen werden, nicht viel genützt. Um so weniger besitzt das heutige Polen eine solche Fähigkeit und um so weniger wird sie das morgige

Polen besitzen, das Polen, welches bei den program-
matischen Erwägungen in Betracht gezogen werden kann.

Eine gesunde Expansion kann nur dort bestehen, wo ein Übermaß an Kräften besteht, sie muß organisch sein, sie darf nicht mechanisch sein. Ein Beispiel der mechanischen Expansion ist Rußland mit seiner wirtschaftlichen und sozialen unvollendeten Gestaltung und mit seinem gierigen Bestreben, immer neue Gebiete zu verschlingen, ohne die Fähigkeit zu besitzen, sie zu verdauen. Diese Expansion ist künstlich, sie ist durch keine innere Notwendigkeit hervorgerufen und geschieht im Interesse der Schmarozer-Kaste der russischen Bureaucratie. Rußland als nationaler Staat ist durch den fortwährenden Zuwachs der fremdrassigen und zum bedeutenden Teil feindlich gesinnten „Grenzlande“ keineswegs stärker geworden; im Gegenteil werden diese Grenzlande, welche es nicht zu assimilieren vermag, stets eine Gefahr für es bilden. Das Bild einer gefunden organischen Expansion stellt Deutschland dar, welches als nationaler Organismus in der gegebenen Phase der geschichtlichen Entwicklung ein vollendetes Werk bildet, die deutsche Ausdehnung ist unter den heutigen Verhältnissen der sozialen Wirtschaft eine Ausdehnung des wirklichen Übermaßes an Kräften, welche sich elementar einen Ausgang nach außen suchen, da sie zu Hause das Maximum der Spannung überschritten haben. Was sehen wir aber bei uns?

Der Bau unseres nationalen Organismus ist unvollendet. Neun Jahrhunderte unseres geschichtlichen Daseins leiden wir stets an dem Mangel einer eigenen städtischen Schicht. Dieser Mangel ist mittelbar eine der Ursachen unseres Niederganges geworden. Seit 130 Jahren, seit den Beratungen des großen Reichstages, vergegenwärtigen wir uns beständig die Notwendigkeit, einen dritten Stand zu schaffen. Trotzdem haben wir ihn bis jetzt nicht geschaffen und sind wir heute in dieser Beziehung nicht viel weiter, als es die Menschen aus der Epoche des 3. Mai waren. Sehr wichtige Funktionen unseres Lebens, den Handels- umsatz und die Geldwirtschaft erfüllt an unserer Stelle ein anderes nationales Element; zum bedeutenden Teil nimmt es auch in der Industrie die Stelle für uns ein. Ganze Zweige der Arbeit und des Verdienstes in Polen blühen, bedecken sich mit Blüten und erzeugen Früchte ohne uns. In dem einzigen industriellen Teil Polens, im Königreich Polen, war bis zum Ausbruch des Krieges im Bergwerk und in der Fabrikindustrie überwiegend französisches, deutsches und jüdisches Kapital tätig; eine ganze Reihe in Polen wirkender Aktiengesellschaften hatte ihre Wohnsitze direkt außerhalb der Grenzen des Landes; außer dem Kapital fand auch die fremde technische Arbeit bei uns ein breites Feld für sich. In Galizien wurden kurz vor dem Kriege im Krakauer Bezirk, unweit des polnischen Athen, welches sich des Besitzes der hochentwickelten Kalkunst erfreut, Kohlenlager durch ausländisches Kapital aufgekauft, welches sie in Betrieb setzen oder im untätigen Zustand erhalten wird, je nach den Interessen der fremden Produktion. Sogar die Erde, diese grundlegende und traditionelle Werkstätte unserer Arbeit, befindet sich nicht auf rein polnischem Gebiet ganz in unserer Hand. In manchen Landesteilen, wie in Schlesien, haben wir gar keinen größeren Grundbesitz. In Westpreußen ist er im Stadium des Erlöschens. Im Posenischen hat sich unser Besitzstand um 100 000 freiwillig hingeebene Hektar verringert. Der kleinere Grundbesitz ist zum erheblichen Teil ebenfalls von uns abgefallen. Viel Land im Königreich Polen gehört nicht den Polen. In Galizien ist der größte Großgrundbesitzer nicht ein Pole, ein Kuriosum, wie es sich anderwärts nicht leicht finden ließe.

Polen stellt das unerhörte Bild einer Nation dar, in welcher die Frage erörtert wird, ob man sich auf

die angrenzenden Gebiete ausbreiten müsse. Indes ist es selbst von zugezogenen Elementen kolonisiert. In seinen engeren ethnischen Grenzen besitzt Polen über 2 Millionen jüdische Bevölkerung und insgesamt mindestens 4 Millionen andersrassige Bevölkerung. Unser eigenes nationales Gebiet also, unser Zentrum, das, welches die Expansion nach dem Osten vollziehen soll, ist nicht einheitlich, ist dicht mit fremden Sprachinseln besät. Das Königreich Polen soll nach jüngst veröffentlichten fremden Berechnungen nur 70 Prozent polnischer Bevölkerung zählen. Von polnischer Seite aber vermochte man diese Zahl kaum auf 75 Prozent zu verbessern, was ebenfalls keinen erfreulichen Stand der Dinge bedeutet. Das ganze eigentliche Polen müßte wahrscheinlich auch noch diesen Prozentsatz herabsetzen. Während also andere Völker bei sich in geschlossener Masse leben, wird unser Land einem Mosaik ähnlich, in welchem dem eingeborenen Element nur die Stelle des zahlreichsten Elements zufällt. Schon heute werden Stimmen laut, daß Polen ein „national gemischtes“ Land sei und diese Meinung samt den entsprechenden Schlußfolgerungen verbreitet sich immer dreister. Unter diesen Verhältnissen wäre der Drang, sich nach außen zu entwickeln, nicht eine Erscheinung der Kraft und der Gesundheit, wie z. B. in Deutschland, sondern ein Beweis der Entgleisung des Lebensinstinkts. Eine Nation, welche auf ihrem engeren Gebiet noch nicht imstande war, ein geschlossener, voller, undurchdringlicher Organismus zu werden, die also ihre grundlegenden Aufgaben noch nicht erfüllt hat, kann sich nicht mit Aussicht auf einen wirklichen und dauernden Erfolg an eine Expansion, an Aufgaben einer höheren Ordnung und unter hundert Mal schwierigen Verhältnissen heranmachen. Eine solche Nation würde den Mangel eines Verständnisses für die elementaren Rechte der Entwicklung kundtun, und man könnte beunruhigt an ihre Zukunft denken. Für unsere Nation, welche in ihren uralten Wohnsitzen so viel vernachlässigt hat und auf lange Zeit so viel Feld finden wird, um auch die größte Tatkraft zu verbrauchen, kann die Richtung der Wünsche und Bestrebungen im Laufe der nächsten Geschlechter wohl nur die eine sein: ohne auf das zu verzichten, was im Osten der früheren Republik schon einen Teil des nationalen Gutes bildet — die Kräfte in der Richtung des bedrohten Innern zu sammeln, mit starkem Fuß auf dem urväterlichen Boden, welcher unter unseren Füßen wankt, zu stehen. . . In die Tiefe, nicht in die Breite zu gehen.

Anton Choloniewski.

Aus Nr. 158 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 8. Juni 1916.

Zwei Kulturen.

Unsere hausbackenen Politiker halten Galizien oft seine schlimmere wirtschaftliche Lage und seinen Bureaucratismus vor, während ihnen das Königreich Polen desto reicher und voll sozialer Selbständigkeit erscheint, die sogar in den heutigen schwierigen Zeiten ganz entgegengesetzten Zielen, wie Galizien, zustreben will. Wir wissen nicht, wer jemanden Patriotismus lehren soll, Galizien uns oder wir Galizien, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die soziale Kultur in Galizien höher steht, als bei uns. Durch Zufall fiel uns eine Nummer des chawinistischen russischen Wochenblattes, „Cholmskaja Rus“ (Chelmer Notrufland) aus dem Jahre 1914 in die Hand. Darin schreibt der Korrespondent aus dem benachbarten Arzeszow am San folgende aufrichtig wahren Worte.

„Wir müssen uns wirklich vor Galizien schämen: Wir sind bedeutend reicher als die Galizier, aber wir leben unendlich schlimmer und schmutziger als sie; es-

genügt, über den San zu setzen, um auf eine schöne Kunststraße zu kommen. Kunststraßen gibt es dort überall, alle Dörfer sind mit einer Kunststraße, und zwar mit einer vorzüglichen und ebenen Kunststraße verbunden. Städte, Städtchen, Eisenbahnen! Bei uns aber? Überall Gestank, Schmutz. Und doch könnte es anders sein.“ So schreibt ein russischer Patriot aus Krzeszow, wo das Gouvernement Lublin an Galizien grenzt. Die russische Regierung hat den Schmutz und Dreck aus Krzeszow nicht entfernt, aber sie hat an dem höher gelegenen Ufer des San eine große russische Kirche errichtet, damit diese der galizischen sozialen Kultur von weitem imponiere.“

So wollen auch unsere hausbackenen Politiker Galizien mit dem Gebäude ihrer Politik, welches an jene russische Kirche in Krzeszow erinnert, imponieren. Und doch handelt es sich nicht um eine Zersplitterung der polnischen Kultur in eine Warschauer und galizische sondern um eine Ausgleichung des Königreichs Polen und Galizien auf der einzigen Stufe einer höheren sozialen Kultur. In dieser Beziehung sind wir Galizien nicht überlegen.

Betrifft die Gemeindewahlen in Warschau.

Aus Nr. 158 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 8. Juni 1916.

Der Wahlsfeldzug in Warschau beginnt in die Erscheinung zu treten. Auf der einen Seite ist das Zentralwahlkomitee, dessen endgültige Organisierung sich heute abend in einer Versammlung der Bürgerressource vollziehen soll, auf der anderen Seite das demokratische Komitee, dem sich, wie wir hören, das Komitee der Stadtbürger, welches von Herrn Kobylecki legalisiert worden ist, angeschlossen hat.

Um das Zentralkomitee werden sich, soviel man heute beurteilen kann, alle gemäßigten und fortschrittlichen Elemente gruppieren, die darauf bedacht sind, der Vertreterschaft der Hauptstadt einen möglichst nationalen, einen möglichst polnischen Charakter zu sichern. Zweifellos beabsichtigt dieses Ziel auch das demokratische Komitee, welches mehr radikale Elemente um sich gruppiert, zu erstreben. Mit dem demokratischen Komitee werden, wie das Gerücht geht, die assimilationistischen Kreise, welche sich um die „Nowa Gazeta“ gruppieren, Hand in Hand gehen.

Der weitere Verlauf des Wahlsfeldzuges wird sich erst nach Schließung der Wählerlisten klären. Heute aber liegt allen stimmberechtigten Bürgern der Hauptstadt die wichtigste Pflicht ob sich in die Wählerlisten einzutragen, diese Pflicht gegen die Vaterstadt und gegen sich selbst nicht zu vernachlässigen! Denn heute muß es uns mehr als je daran gelegen sein, daß die Vertreterschaft Warschaus der Hauptstadt Polens würdig wäre.

Aus Nr. 288 des Goniec (Warschau)
vom 9. Juni 1916.

In Warschau hat sich eine Gruppe gebildet, welche, unter verschiedenen Losungen kämpfend, unter dem Schein der allgemeinen Einigkeit die breiten Massen der Volksgesamtheit zu betören, und sie mit nationaldemokratischen Ratschlägen, d. h. mit Ratschlägen mehr oder weniger verkappter Russenfreunde zu beglücken bestrebt ist.

Mit Recht empört sich Warschau über solche Gelüste und beginnt auf sie zu reagieren.

Wir führen hier die Antwort eines Vereins an den Verein der Warschauer Mieter an:

„Wir erlauben uns, Ihnen mitzuteilen, daß unsere Vertreter, von deren Erscheinen in Ihrer morgigen Versammlung wir durch das Schreiben vom 31. Mai

dieses Jahres Mitteilung machten, in der Versammlung nicht erscheinen werden. Dies geschieht infolge eines Beschlusses, welchen wir in Anbetracht ganz bestimmter Informationen fassen mußten, Informationen, die wir unlängst erhielten, und zwar:

1. daß die vom Mieterverein geführte Wahlagitator als die Tätigkeit einer der hiesigen politischen Gruppen angesehen wird und daß sie

2. als solche der Gegenstand einer gründlichen Bekämpfung seitens fast aller übrigen politischen Gruppen sein wird.

Da wir mit Ihnen diesen Angriffen nicht ausgesetzt sein wollen, haben wir beschlossen, eine Verständigung mit Ihnen nicht anzubahnen. Wir danken Ihnen jedoch dafür, daß sie in der Einladung unserer gedacht haben.“

Eine ebensolche Antwort wurde dem Zentralwahlkomitee übersandt, welches die Wahlen zu seinem Gunsten beeinflussen und eo ipso die Russenfreunde, die Ausbeuter der Stadt und überhaupt der ganzen polnischen Nation protezieren will. Wir kennen das die Gefühle der Polen beleidigende Verhalten dieser, sei es einfältiger Söhne des Vaterlandes, sei es gewöhnlicher Landesverräter. Es kann keinen Zusammenschluß mit solchen Einzelpersonen geben. Warschau muß die Prüfung ablegen, daß es polnisch ist, daß es weder die Russenfreunde noch die mit ihnen verbundenen Erpresser und Ausbeuter der Stadt und seiner ärmsten Schichten wünscht.

Aus Nr. 260 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 8. Juni 1916.

Die Jarzon-Blätter haben berichtet, das ein jüdisches Wahlkomitee in Bildung begriffen sei.

Wir wissen noch nicht genau, welche Aufgaben sich dieses Komitee stellt. Wenn es eine Aktion, die Bürger über die Wahlrechte und über die Technik der Wahlen aufzuklären, im Auge hätte, könnte man eine solche besondere Aktion für nützlich halten. Die jüdischen Politiker haben, weil sie die Zentren ihrer Glaubensgenossen gut kennen, in einer aufklärenden Aktion einen leichten und fruchtbareren Zugang zu diesen Zentren.

Wenn jedoch ein solcher Ausschuß oder ein solches Komitee die Absicht hätte, eine ganz besondere konfessionelle Wahlaktion zu betreiben, wäre dies eine unerwünschte Sache. Die russische Regierung beglückte uns mit konfessionellen Kurien. Dies entsprach ihren politischen Methoden und Zielen. Ihr Hauptgrundsatz war, die Bevölkerung in konfessionelle Lager zu spalten, die Unterschiede und Gegensätze zu vertiefen, allem entgegenzutreten, was die beiden Teile der Volksgesamtheit einander näher bringen kann. In den Kurien hatte der Jude kein Recht, für den Christen zu stimmen, und umgekehrt. Die Wähler waren in den konfessionellen Rahmen eingezwängt.

Der gegenwärtigen Wahlordnung ist ein solcher Grundsatz unbekannt, und das ist der größte Vorzug dieser Wahlordnung.

Eine besondere Wahlagitator zu führen, besondere jüdische Kandidatenlisten zu veröffentlichen, das wäre die freiwillige Bildung einer konfessionellen Kurie. Es ist klar, daß diesen Weg nur ein Teil der jüdischen Allgemeinheit entgegen dem Standpunkt und den Anschauungen des übrigen auf allgemein bürgerlichem Standpunkt stehenden Teils zu betreten imstande wäre.

Es wäre jedoch überaus gut und für die ganze Frage der interkonfessionellen Verhältnisse im Lande höchst günstig, wenn irgend welche separatistische Wahlen überhaupt nicht geschaffen würden.

Es ist schon Zeit, sich von der früheren Epoche zu befreien und auf dem Gebiet der Taten, welche

die ganze Volksgesamtheit betreffen und welche das Wohl und den Nutzen aller dieser Teile der Volksgesamtheit im Auge haben, sich nicht in konfessionelle Lager zu spalten, sondern Wege des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Eintracht zu suchen.

Was wir heute — in der entscheidenden Zeit — tun, wird die Ankündigung und der Anfang neuer Zeiten sein, und diese neuen Zeiten sollen doch unsere sozialpolitischen Verhältnisse verbessern, regeln, gesund machen.

Aus Nr. 163 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 14. Juni 1916.

Zu den städtischen Wahlen.

Der „Kurjer Warszawski“ vom 6. Juni schreibt unter der Überschrift „Unter der Losung: Die Besten“ folgendes: Aus den Zeitungsberichten ist zu ersehen, daß sich in der Stadt schon mehrere Wahlkomitees bilden, die sich mit der bevorstehenden Wahl beschäftigen wollen. Diese Tatsache darf aber noch niemanden beängstigen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die verschiedenen Komitees sich nachher in eine Organisation vereinigen, um bei der Wahl Hand in Hand zu gehen. Es handelt sich für uns darum, unter welcher Losung wir unsere Vertreter in die Stadtverordnetenversammlung berufen werden?

Unserer Ansicht nach darf es in dieser Hinsicht keinen Zweifel geben. Die städtische Stadtverwaltung hat eine ganze Reihe von konkreten Aufgaben auf wirtschaftlichem, kulturellem und teilweise auch auf sozialem Gebiete zu lösen. Es müssen daher solche Männer gewählt werden, denen eine derartige Arbeit nicht fremd ist, (was bei uns sehr schwer ist), oder die berufsmäßig, theoretisch und praktisch dazu ausgebildet sind. Mit einem Worte, es müssen solche Männer gewählt werden, die uns dafür haften können, daß sie auf dem Gebiete der Stadtverwaltung zu arbeiten verstehen, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind und die zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten erforderliche Zeit finden werden.

Es versteht sich von selbst, daß bei Übertragung irgend eines bürgerlichen Mandats streng auf makellose Redlichkeit geachtet werden muß. Gerade in einer Großstadtverwaltung könnte ein Durchschnittsbürger Gelegenheit finden, seinem Gewissen nicht allzu strenge Rechnung zu tragen. Überdies wird unsere Bevölkerung, besonders das ärmere Volk, das der Mänschaften des Herrn Litwinski und dergl. noch gedenkt, den neuen Stadtvätern nicht von vornherein volles Vertrauen entgegenbringen. Man muß daher gleich von Anfang auch solche Männer aufstellen, die sich des Ruhs uneigennütziger, mit festem Charakter begabter Bürger erfreuen.

So verstehen wir die positive Losung, unter der die Wahl zu erfolgen hätte. — Was die Losung in negativer Form betrifft, so würden wir sagen: Scheuet eitle Vielredner, wie auch solche Männer, die in der Stadtverwaltung Politik treiben wollen. Die Selbstverwaltung hat nämlich mit Politik (in der alltäglichen Bedeutung dieses Wortes) nichts gemein, und wer sich ihr zuwenden würde, der könnte seinen unmittelbaren und wichtigsten Pflichten nicht nachkommen: er würde seinen Zweck verfehlt haben. Zur Politik verfügt die Öffentlichkeit über besondere Organe, die, wenn sie auch nicht überall richtig wirken, sich doch über ihre Wünsche aussprechen und das Notwendige beschließen können. Wenn wir unsere Selbstverwaltung auf die Voraussetzung gründen würden, daß sie sich auch mit politischen Dingen zu befassen habe, dann müßten wir in den Stadtrat nicht die besten Verwaltungsleute, sondern die besten Politiker entsenden. Auf diese Weise würden

sich im Stadtrat Personen einfänden, die den Finanz-, Verkehrs- und Schulfragen nicht gewachsen sind. Was wäre das dann für eine Selbstverwaltung? Es werden sich vielleicht Publizisten finden, die versuchen werden, euch zu überzeugen, daß auch in Westeuropa die Wahlen zur Stadtverwaltung unter verschiedenen politischen Losungen vollzogen werden und daß dadurch noch keine Gefahr für die Stadtinteressen entstehe. Dieses Argument besitzt aber keinen Wert, weil es den Begriff Politik falsch verwendet.

Nur in einer Hinsicht billigen wir der Warschauer Stadtverwaltung politische Eigenschaften zu. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß eine gut wirkende Selbstverwaltung ein Beweis für die Reife der Einwohner in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur ist. Wer einen solchen Beweis liefert, der betreibt zur jetzigen Zeit die beste Politik. Dies erwartete von uns u. a. auch der bekannte fremde Politiker, der da schrieb, daß die politischen Bestrebungen der Polen klar seien, doch sei ihre wirtschaftliche Begabung noch ungeklärt.

Den selben Standpunkt haben wir auch im vorigen Jahre vertreten, als es sich fast um die selbe Zeit um die angekündigten Stadtwahlen handelte. Das Warschauer Stadtparlament ist selbstverständlich zum Schutze der wahren Stadtinteressen da. Es muß daher ausgesprochenen und festen polnischen Charakter haben. Damit es so geschehe, müssen die breitesten Massen der Wähler der Wahl ihr Interesse zuwenden. Auf welchem Wege aber wäre das zu erzielen? Einzig nur bei einem übereinstimmenden Verfahren. Sagt unserer Bevölkerung: „Wir haben zur Wahl wie ein Mann zu schreiten“ und haltet ihr ein klares und gewissenhaftes Ziel vor, so werdet Ihr die ganze Bevölkerung zur Pflichterfüllung bereitleiden.

Aus Nr. 147 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 25. Mai 1916.

Unserer Universitätsjugend.

Zwei Meinungen der Leiter.

Der Rektor der Universität, Herr J. Brudzinski, gibt unserer Jugend ein löbliches Zeugnis:

Sie lernt, lernt fleißig, eifrig und mit Begeisterung. Sie erfüllt also ihre hauptsächlichste Pflicht. Die Frequenz der Studenten hat sich seit Beginn des Jahres nicht vermindert, die Hörsäle sind immer mit Hörern dicht besetzt, das beweist nicht nur ihren Eifer, sondern auch die Ausdauer im Eifer. Professor Rozwalski hat gegen 900 Hörer, und etwa 300 Mediziner nehmen an den praktischen Physikstunden teil. Professor Kostanecki muß seine Vorlesungen über Nationalökonomie in der großen Aula abhalten, und im Seminar hat er etwa hundert Mitarbeiter. Professor Lukasiewicz und Professor Krynski hielten ihre Vorlesungen über „Akademische Studien“ beziehungsweise über „Zeitgemäßes Polentum und seine Verbesserungsmöglichkeit“ in der stets gefüllten großen Aula ab.

Es bereitet eine große Befriedigung, mit einer solchen Jugend zu arbeiten. Der Professor hat das Gefühl, daß ihm alle zuhören, daß er weder zerstreute noch geringschätzende Hörer vor sich hat; und dies fühlt er nicht nur bei einer kleinen Zuhörerschaft, sondern auch bei Vorlesungen vor einigen Hundert Zuhörern. Dem Professor Rutzeba fiel sogar der bei uns herrschende rege Verkehr auf; er ist der Ansicht, daß hier das Tempo des Universitätslebens stärker schlägt als an der Jagiellonischen Universität, obwohl diese mehr Studenten zählt. In den Laboratorien und Seminarien arbeiten die Studenten oft mehr, als ihnen die Pflicht vorschreibt, oftmals wenden sie sogar ein Maximum an Arbeit und Kraft an.

Diese Jugend besitzt noch eine Tugend: für unsere Aufrichtigkeit, für unsere Mühen, für unsere Liebe

bringt sie uns ihr Vertrauen entgegen. Es gibt keinen Professor, der dies nicht hochschätzte. Deshalb gelangen wir ohne besondere Mühe immer zu einem Einverständnis mit der Jugend. Sie ist uns gegenüber offen und zieht unsere Argumente in loyaler Weise in Betracht. Diese gegenseitige Aufmerksamkeit bemerken wir nicht nur unter den einzelnen Studenten, sondern auch bei ganzen Gruppen: bei den Delegierten und Verbindungen. Das akademische Leben floß in unserer Universität sofort in einem breiten Bett in ruhigen Fluten dahin. Das ist ferner aus dem Grunde bemerkenswert, weil wir es augenblicklich mit der alljüngsten Warschauer Studentenjugend zu tun haben, mit Hören erster Semester, weil ferner diese Jugend aus verschiedenen Gegenden stammt und sich noch nicht unter einander einzuleben vermochte, weil sie endlich gemischt ist und weil sich in hohem Maße sogar verschiedene Konfessionen unter ihr befinden.

Auch ihr Organisationsgeist muß betont werden. Unsere Studenten haben eine ganze Reihe wissenschaftlicher Zirkel ins Leben gerufen, in denen ernstlich gearbeitet wird. Da gibt es: philosophische, medizinische, rechts-, naturwissenschaftliche, mathematische und polonistische Zirkel. Ferner sind noch gesellschaftlich bildende Organisationen gebildet worden, die „Sarmatia“ und der Verein „Lelewel“, endlich die wohlthätige „Bratnia Pomoc“ (Bruderhilfe). Der letzteren Gesellschaft ist ein kollegiales Ehrengericht angegliedert, dessen gerechte und versöhnende Handlungsweise keinen geringen Einfluß auf den normalen Lauf des akademischen Lebens ausübt.

Unserer Jugend kann man innerhalb der Universität nichts vorwerfen. Ihr ernstes Verhalten bei Universitätsfestlichkeiten, wie z. B. bei der Eröffnung des Semesters, bewies, wie hoch sie ihre Studentenehre schätzt und wie sie ihre Leiter achtet. Ich bemerke noch, daß bis zu der Zeit noch keine Disziplinarmaßnahmen angewendet werden brauchten, die einzige Klage, die bisher einlief, betraf einen Studenten, der seine Miete nicht regelmäßig entrichtete. Der Kläger wußte jedoch, welches der eigentliche Weg ist, um Genußnahme zu erlangen. Die Angelegenheit ist auch durch den Schiedsrichter erledigt worden.

Der Universitätsrichter, Professor Koschenbar-Lyskowski ist mit unserer Jugend nicht minder zufrieden. Es war bisher keine Rechtsache zu entscheiden — sagt er uns — das kann schon als Zeugnis dienen, wie korrekt das Verhalten der Warschauer Studenten ist. Unsere Jugend ist sehr vernünftig und läßt sich zu keiner unüberlegten Handlung aufreizen. Die Gesellschaft wird ihr zweifellos dankbar dafür sein. Einige jugendliche Seitenprünge, die in diesem Alter nur allzu verständlich sind, das ist alles, was hier zu erwähnen wäre, und sie zu verzeichnen lohnt eigentlich nicht. Wir Professoren können nur unsere Freude darüber ausdrücken, daß wir eine so erleichterte Aufgabe haben.

Und die Arbeit schreitet fort. Wir haben sogar ein positives Zeichen ihrer günstigen Entfaltung: 30 Prozent der Studenten legten ein Kolloquium oder freiwilliges Examen ab, wofür sie besondere Zeugnisse erhielten. Das ist ein Beweis, daß das erste Jahr der Universitätsstudien nicht mit Beschäftigungen außerhalb der Universität verbracht wurde, was doch bei allen und berühmten Lehranstalten öfters der Fall ist, über die Intensivität der Studentenarbeiten kann man auch aus ihrer Betätigung in den Seminarien Schlüsse ziehen, in denen die von den Professoren erteilten Themata eifrig bearbeitet wurden, wobei ich hervorheben kann, daß unsere Studenten wiederholt den Beweis einer gewissen Selbstständigkeit beim Denken geliefert haben, die das Beste für ihre Zukunft hoffen läßt.

Aus Nr. 154 des Naprzód (Krakau)

vom 3. Juni 1916.

Die Organisation der Aufklärung im Königreich Polen.

Aus Warschau wird geschrieben: In den letzten Tagen wurde ein Prüfungsausschuß für die Reiseprüfungen gebildet. Dieser Ausschuß, welcher sich in polnischen Händen befindet, ist auf Grundsätze gestützt, welche von Vertretern der polnischen pädagogischen Welt ausgearbeitet sind. Der Ausschuß setzt sich aus 7 Personen sowie dem Regierungs-Kommissar Müller, der nur in einem die Oberaufsicht führenden Charakter austritt, zusammen.

In den Schulangelegenheiten ist gegenwärtig am wichtigsten folgende Tatsache:

Maßgebende Persönlichkeiten der Okkupationsbehörden richteten an Herrn Professor Pomorski den privaten Vorschlag, den Entwurf eines Aufklärungsausschusses in größerem Stile auszuarbeiten. Den Entwurf dieses Ausschusses bearbeiten mit Wissen der Okkupationsbehörden die Herren P. Sosnowski, Wl. Radwan und Wl. Wojnicki. Der Aufklärungsausschuß soll eine Art Kultusministerium für das ganze Warschauer Generalgouvernement sein, also ungleich größere Kompetenzen haben, als der frühere Aufklärungsausschuß. Der Entwurf ist nach dem Muster der Organisation des großpolnischen Schulwesens ausgearbeitet. Man nimmt an, daß der Aufklärungsausschuß in allernächster Zeit ins Leben gerufen werden wird, bis jetzt aber haben die Unterhandlungen dieser Angelegenheiten völlig privaten Charakter.

Aus Nr. 20 des Głos Polski (Sosnowice)

vom 24. Juni 1916.

Polnischer Schulverein oder Landeserschulverein?

Auf Grund der Wiederaufnahme der Tätigkeit des Schulvereins, der vor 8 Jahren durch die Verordnung des Ministers der inneren Angelegenheiten „für immer“ geschlossen wurde, berührte der „Kurjer Zagłębia“ zur richtigen Zeit die Angelegenheit der Forderungen des polnischen Episkopats, die im Jahre 1907 an die Hauptverwaltung des Schulvereins gerichtet worden sind. Es handelte sich namentlich darum, daß der Schulverein der jungen Generation in ihren Schulen eine positive religiöse Erziehung sichere, während die Bestimmungen, nur von einer geistigen Erziehung des Volkes sprachen, und eine religiöse gar nicht erwähnten.

Diese Angelegenheit hat die Volksgesamtheit seinerzeit sehr beschäftigt. Wie der verstorbene Bischof in Bloch, Apolinary Winkowski, in seinem Briefe an die Verwaltung des Schulvereins feststellt, hat die Verwaltung die Forderungen des Episkopats abgelehnt indem sie ihre Stellungnahme wie folgt motivierte:

Der Schulverein nimmt alle Söhne des Vaterlandes unter seinen Schutz ohne Rücksicht auf die Konfession; er hält es ferner für seine Pflicht, den religiösen Bedürfnissen der Schüler jeder Konfession gerecht zu werden.

Privatim wurde von seiten der Verwaltung den Leitern des Episkopats erklärt, daß, obwohl das Bildungsprogramm des Schulvereins sich auf eine allgemeine religiöse Grundlage stützen solle, die katholische Bevölkerung, um die es sich im gegebenen Falle besonders handelte, dennoch die Möglichkeit habe, auf dem Wege der Wahlen ihre grundsätzliche Stellung zu dokumentieren, und einen Einfluß auf die Schulen in dem Sinne auszuüben, den es für richtig halten wird, nämlich in ausschließlich katholischer Richtung.

Dieser Standpunkt hält schon aus rein praktischen Gründen keiner Kritik stand. Wenn die Verwaltung durch eine solche Regelung der Angelegenheit Reibereien und Streitigkeiten in Glaubenssachen in der Institution aus dem Wege gehen wollte, so würde die Folge — insofern das Bestehen des Schulvereins nicht gewaltsam unterbrechen werden würde — ganz der beabsichtigten widersprechen. Man weiß, daß die Kirche immer und rücksichtslos die Schule, in der den Kindern katholischer Eltern nicht die genügende Garantie einer Erziehung nach den Grundsätzen ihres Glaubens gegeben wird, bekämpft. Es ist dies für die Kirche ein „non possumus“, von dem sie niemals abgehen wird.

Also wäre die natürliche Konsequenz der unklaren Stellung der Verwaltung eine Aufforderung der Kirche zur Agitation bei den Wahlen unter der Devise: wählen wir zum Schulverein nur aufrichtige und strenge Katholiken!

Mit einem Wort, es würde gerade das eintreten, dem die Behörde ernstlich bestrebt war, aus dem Wege zu gehen, nämlich der Konfessionskampf. Weit einfacher und sicherer wäre es gewesen, schon in der Verfassung selbst der weit größeren katholischen Überzahl unseres Volkes eine religiöse Erziehung der Kinder zu sichern, mit Berücksichtigung der Rechte, anderer Konfessionen, insofern sich unter der polnischen Bevölkerung Anhänger derselben befinden. Wenn wir von der Höhe der Grundsätze in die Praxis herabsteigen, so wird sich herausstellen, daß die Anzahl derjenigen Konfessionen, die der Schulverein unter seinen Schutz nehmen soll, in der Tat nicht allzu groß ist. Griechisch-orthodoxe Polen gibt es nicht, aus der kalvinistischen Gemeinde, die in ganz Polen zerstreut ist, ließe sich keine Schule bilden. Vielleicht ließen sich eine oder zwei mohammedanische Elementarschulen in Litauen bilden. Nur die evangelisch-augsburgische Gemeinde hat nach der katholischen Kirche die größte Anzahl von Gläubigen. Statt sich nun ungenau über eine unbestimmte Möglichkeit der Konfessionen auszusprechen, sollten wir doch lieber die Angelegenheit klar darstellen und prüfen, ob vom Gesichtspunkt der Evangelischen aus die bischöflichen Forderungen auf irgend welche Schwierigkeiten stoßen. In dem letzten Jahrhundert des Zusammenlebens auf polnischer Erde können wir uns nicht an einen Fall von Streitigkeiten zwischen Katholiken und Evangelischen erinnern. Niemals, soweit wir auch in Gedanken in der Geschichte unserer Generationen zurückgreifen, sind bei den Wahlen oder in den Vertreterschaften in unserer Volksgesamtheit Unterschiede in den Konfessionen gemacht worden. Niemand würde die Tatsache verwundern oder unangenehm berühren, wenn in einer Institution die Hälfte der Mitglieder oder sogar mehr evangelischer Konfession wären. Das Verhältnis zwischen den evangelischen und den katholischen Geistlichen war immer korrekt und oft sogar herzlich gewesen. Es muß hier betont werden, daß sich die evangelisch-augsburgische Gemeinde in Polen durch lebhafte und positive religiöse Überzeugungen auszeichnet, im Gegensatz zu den liberalen Gemeinden in anderen Ländern. Daraus entstand der gemeinsame wahre christliche Grund, auf dem sich unsere beiden Konfessionen begegnen. Wir sind auch nicht der Ansicht, daß die ablehnende Stellung der Verwaltung des Schulvereins, der Institution einen konfessionellen Charakter zu verleihen, mit Rücksicht auf diese nicht katholische Konfession eingenommen worden wäre, zu der sich eine größere Anzahl Polen bekennt. Es handelt sich hier um etwas anderes, nämlich darum, woran wir uns schon durch die Phrase „ohne Konfessionsunterschied“ gewöhnt haben. Es handelt sich um die Kinder des gemeinsamen Vaterlandes. Die stürmisch bewegte Atmosphäre der Jahre 1905 und 1906 herrschte noch beim

Entstehen des Schulvereins. Unter dem Einfluß der russischen Revolution lockerte sich etwas der polizeiliche Druck, und die durch 40 Jahre hindurch unterdrückten Gedanken fanden einen Ausweg. Zunächst entströmten nach Öffnung des Ventils mit Pfeifen und Zischen die entsetzlichen Gase und Dünste, welche sich dort im Laufe zweier Generationen gebildet hatten. Die Anarchisten, Kommunisten, die Aufgeklärten, die freie Liebe, das Banditenwesen, die von den Parteien erlassenen Todesurteile usw. Sollen wir die anderen Dinge auch noch alle aufzählen. Inmitten alles dessen haben Leute der Tat und der Vernunft mit bewundernswertem kalten Blut, als ringsum die Welt in Trümmern zusammen zu fallen schien, den Kampf um die Gemeinde durchgeführt, haben Schulvereine organisiert, landwirtschaftliche Gesellschaften und Bauerngenossenschaft. Zu diesen Arbeiten traten der Natur der Sache entsprechend Elemente hinzu, die sich noch nicht ganz vom Freiheitsfieber abgekühlt hatten.

Phrasen und Parolen, wie man sagte, humanistische, die sich im Westen längst überlebt hatten; hatten noch einen gewissen Einfluß auf die Gemüter; es machten sich auch die „Haupt“-Lehren und Ansichten der Führer der russischen Revolution bemerkbar.

Diese Stimmung hat sich in unserer Volksgesamtheit völlig gegeben. Der Gegenstand der besorgten Rücksichten, die Kinder des gemeinsamen „Vaterlandes“ organisierten sich in einer besonderen „Gesellschaft“; sie verlangten eigene Sprache und verfolgten politische Bestrebungen. Eine eigene ökonomische und wissenschaftliche Organisation hatten sie schon lange. Die Rücksichten haben aufgehört, denen zu Liebe wir vor ihren Augen in unseren Schulräumen peinlichst das Kreuzzeichen verbergen sollten, um nicht in untoleranter Weise nicht christliche Gefühle zu verletzen. Sie dürfen jetzt auch nach formellen Vorschriften ihre Kinder nicht in Schulen schicken, in denen die polnische Sprache unterrichtet wird. Die augenblicklich maßgebenden Schulbestimmungen, die von den Okkupationsbehörden erlassen wurden, bestimmen für die jüdischen Kinder ausdrücklich die deutsche Sprache als Unterrichtssprache. Wir hören aus den Warschauer Zeitungen, daß es infolge der Bemühungen des Judenrates erlaubt worden ist, statt in deutscher, in der Jargonssprache zu unterrichten; aber eine amtliche Bekanntmachung darüber haben wir nicht gelesen.

Aus welchen Gründen sollten wir uns an die alten „liberalen“ Auffassungen halten, durch die man die ganze Institution in einen Konflikt bringen und sie in einen Zwiespalt mit dem polnischen Episkopat stellen und dafür einigen Polen die „Unannehmlichkeit“ ersparen würde, das Kreuz zu sehen? Übrigens welcher wirklich polnisch fühlende und denkende Jude könnte ein Haßgefühl gegen die Glaubenssymbole, die inbrünstig vom ganzen polnischen Volke verehrt werden, haben?

Die Bestimmung des Schulvereins bezeichnet als Ziel die Erziehung im Geiste des Volkes. Früher wäre es selbstverständlich gewesen — heute ist es eine berechnete Frage, ob das ausschließlich nur ein polnischer Volksgeist, oder auch ein gemischter Volksgeist sein solle, der alle Söhne des Vaterlandes in der neuen Bedeutung des Wortes miteinschließt? Diese Frage ist absolut nicht der Lächerlichkeit halber gestellt worden. Wir können sicher sein, daß sich sofort Ausrufe über die „Intoleranz“ vernehmen lassen werden, wenn der Schulverein den nationalistischen Juden das Recht, sich Söhne des Vaterlandes zu nennen, nehmen wird, die doch an der Nationalfeier am dritten Mai teilgenommen haben! Noch nicht lange her sind die Streitigkeiten im Verein „Die Kultur in Polen“, bei denen die Zionisten eifrig darauf bestanden, daß der Jargon als gleichberechtigte

Sprache anerkannt werde. Niemcewicz hat nicht angenommen, als er seine Bilder aus dem Jahre 3333 schrieb, daß sich in so kurzer Zeit seine — wie es ihm damals schien — so scherzhaften Voraussetzungen erfüllen werden.

Also wird sich der Schulverein so oder so erklären müssen, und es wird kein Versteckspielen oder Ignorieren der Frage helfen, die das Leben immer ungestümer hervordrängen wird. Die einfachste Lösung wird entschieden die Bestätigung des grundsätzlich christlichen Charakters der Institution sein. Unserer Ansicht nach ist das Wort „christlicher“ in diesem Falle zutreffender als katholischer, weil es den national-polnischen Geist der Erziehung unterstreicht und vollständiger zum Ausdruck bringt.

Bei weltlichen Institutionen ist es nicht am Platze, das Aushängeschild „katholisch“ zu gebrauchen, zwar nicht deshalb, weil dies andere christliche Konfessionen abschrecken würde, sondern weil das Wort „katholisch“ ein passenderer Begriff für eine rein kirchliche Institution ist. Als Schild für weltliche Dinge benutzt, widerspricht es dem Grundsatz, *no misceantur sacra profanis*; es hat oft Streitigkeit über die Kompetenz mit den geistlichen Behörden zur Folge, die gezwungen sind, eine gänzliche Unterordnung in ihren Direktiven zu fordern, oder das katholische Schild entfernen zu lassen. Siehe Fall Sillon, Arbeiterberufsverein und andere. Dagegen dient das Eigenschaftswort „christlich“ dazu, die Einigkeit in der Tätigkeit mit den christlichen Grundsätzen zu betonen — und bezeichnet gleichzeitig, daß die Christen unter sich bleiben wollen; es verschließt weder andersgläubigen Christen, noch religiös gleichgültigen Menschen den Weg, wenn es nur keine ausdrücklichen Feinde der Religion sind. „Wer nicht gegen uns ist, der ist mit uns.“ — sagte seinerzeit in Warschau der Erzbischof Teodorowicz.

Wir können als dauerhafte Errungenschaft der Idee der letzten Jahre die einmütige Überzeugung der Gesellschaft bezeichnen, daß wenigstens in den Elementar- und Mittelschulen Experimente nach französischem Muster der *ecole laïque*, und die Lehre der glaubenslosen Moral unter keinen Umständen geduldet werden dürfen. Eine ebenso einmütige Auffassung herrscht darüber, daß in gemeinsamer und einmütiger Arbeit allen Schichten des kirchlich-katholischen Volkes bei uns ein durch die Tradition geheiligter Platz eingeräumt wird, und das derjenige die Kraft der Gesellschaft schwächt, der an dem Bande, das das polnische Volk mit der Kirche bindet, reißt. Wenn wir uns also in diesen Grundsätzen einig sind, was sollen wir da fürchten, oder uns gar schämen? Widersprechende Stimmen sind aus einem ganz anderen Boden der Anschauungen und der Ethik entsprungen, sie sind von dem traditionellen Vorurteil der Talmudisten gegen die Nichtjuden durchtränkt, und stehen heute außerhalb jeglicher Debatte. Schwarzer kann man uns schon vor der Welt nicht hinstellen, als damals, als wir das Lösungswort aufstellten — „Jeder zu dem Seinen“.

Aus Nr. 132 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 9. Juni 1916.

Die Hilfe für das Königreich Polen im Lichte der Zahlen.

Der Krakauer „Illustr. Kurjer Godzienny“ gibt nach dem amerikanischen „Dziennik Narodowy“ vom 18. April nachstehenden Überblick über die bisherige Hilfstätigkeit für Polen:

„So mancher — schreibt der „Dziennik Narodowy“ — stellt sich die Frage, wieviel bisher für Polen gesammelt worden ist. Wir verfügen über be-

deutendes Zahlenmaterial das, wenn auch nicht ein erschöpfendes, so doch ein ziemlich umfangreiches Bild über die Hilfstätigkeit bietet, die bisher auf der ganzen Welt für das Königreich Polen geführt worden ist. Beginnen wir bei uns selbst.

Galizien hat, obwohl es selbst vom Kriege schrecklich heimgesucht worden ist, zur Vinderung des Elends im Königreich — die von Lemberg und Krakau aufgebrachten Beträge mit eingerechnet — 400 000 Kronen gesammelt.

Die Provinz Posen — West- und Ostpreußen mit 300 000 M. und Schlesien mit 300 000 M. mit eingerechnet — hat insgesamt 1 450 000 M. aufgebracht. (Diese Zahl ist nicht genau. Zählt man nämlich die bei dem Komitee für die Obdachlosen und bei dem Komitee zur Hilfeleistung für das Königreich Polen eingegangenen Beträge zusammen, dann ergibt sich eine Summe bis zu 3 Millionen Mark.)

In Ober- und Niederschlesien sind 120 000 M. gesammelt worden.

Die polnische Kolonie in Amerika:

	Dollar
der polnische Nationalbund sammelte bis zum 5. April 1916	129 725,21
das polnische Zentralhilfskomitee bis zum 17. April 1916	179 654,50
der polnische Nationalrat in Amerika bis zum 31. März 1916	186 035,65
der polnische Sofolverband (der Kosciuszkofonds miteingerechnet)	65 000,00
die polnisch-römisch-katholische Vereinigung in Amerika (die Monatsbeiträge für November, Dezember, Januar, Februar und März in Höhe von je 4 000 Dollar miteingerechnet)	31 580,93
der Polinnen-Bund in Amerika	8 000,00
andere kleine Organisationen wie: die polnische Union in Buffalo, die polnische Union in Wilkesbarre, die Union vom heiligen Josef in Pittsburg, die Polenvereinigung, die polnisch-nationale Vereinigung in Brooklyn, N.-Y. und zahlreiche andere Institute, Parochien u. s. w.	100 000,00
der „Kurjer Polski“ in Milwaukee Wis. bis zum 14. April 1916	4 620,00
	704 616,29

Zusammen haben mithin die polnischen Organisationen in Amerika zur Vinderung des Elends im Königreich Polen 704 616,29 Dollar aufgebracht. Da viele amerikanische Polen ihre Beträge auch an andere Rassen, die wir hierunter anführen, abgeführt haben, so erhöht sich dieser Betrag auf 750 000 Dollar.

Beim Komitee der nationalen Verteidigung in Chicago gingen außerdem noch ungefähr 500 000 Dollar und bei dem polnischen Jugendbund in Amerika ungefähr 1000 Dollar ein.

Amerika. Der Polish Victims Relief Fund in Newyork und das vorher unter der Leitung der Frau Sembrich Koshanska stehende American Polish Relief Committee of Newyork, das gegenwärtig unter der Leitung Paderewskis steht und dem als Ehrenvorsitzender der Expräsident Taft angehört, haben nach einem in der „The New York Times“ vom 2. April 1916 veröffentlichten Bericht 259 173,17 Dollar aufgebracht.

England. Bei dem „The Polish Victims Relief Fund of Great Britain“ sind nach dem amtlichen in der „London Times“ veröffentlichten Bericht vom 20. März 1916 121 708,99 Pfund Sterling eingegangen.

Deutschland. Dem Königreich Polen Hilfe geleistet hat Bayern. Insbesondere hat eine vom

Erzbischof in München angeordnete einmalige Kollekte 35 000 M. gebracht. (Unberücksichtigt geblieben sind hier die Beiträge, die bei den Kollekten in den Kirchen aller Diözesen gesammelt worden sind.)

Dänemark. Das dänische Hilfskomitee für Polen verfügt gegenwärtig, wie die „Berlingske Tidende“ schreibt, über 45 000 Mark. Dieses Geld wird nicht dem Zentralhilfskomitee in Bevey überwiesen, sondern es werden dafür dänische landwirtschaftliche Produkte angekauft werden. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns haben sich schon dafür verbürgt, daß diese für das Königreich Polen bestimmte Sendung ihren Bestimmungsort erreichen wird. Noch in dieser Woche sollen 10 Güterwagen mit überwiegend dänischem Weizenmehl und kondensierter Milch nach Polen abgehen. Ein Mitglied des dänischen Hilfskomitees wird die Sendung in Polen selbst in Empfang nehmen. Das Zentralhilfskomitee in der Schweiz, das in den polnischen Ländern Sektionen besitzt, hat sich — wie die „Berlingske Tidende“ bemerkt — mit dieser Art Hilfeleistung, die Dänemark den Unglücklichen zuteil werden läßt, einverstanden erklärt.

Belgien. Ein ständiges Hilfskomitee gibt es dort nicht. Eine einmalige Kollekte, die zur Linderung der Not in Polen in den belgischen Kirchen veranstaltet wurde, brachte trotz der Verwüstung des Landes für die Kriegssopfer 150 000 Franken.

Holland. Das holländische Hilfskomitee für Polen hat bisher 48 000 Mark nach Polen gesandt. Gesammelt hat es 72 000 Mark.

Frankreich. Die Beiträge werden dem Zentralhilfskomitee in Bevey in der Schweiz überwiesen. Näherer Bericht folgt. Die alte Zusammenstellung weist ungefähr 300 000 Franken auf.

Schweiz. An Bargeld wurden kaum einige 10 000 Franken gesammelt. Die Schweiz sendet nach dem Königreich Polen insbesondere Lebensmittel und Kleidung.

Schweden. Das Hilfskomitee für das Königreich Polen ist vor kurzem erst gegründet worden. Der erste Abend, der in Stockholm zugunsten der Kriegssopfer in Polen veranstaltet wurde, und an dem auch die schwedischen aristokratischen Kreise teilnahmen, brachte 60 000 Francs.

Spanien. Auch dort ist das Hilfskomitee vor kurzem erst gegründet worden. An seiner Spitze steht die Gräfin Marya de Puentey Sotomayer-Conovas dell Castillo aus dem Hause Marion Medina Celli.

Andere Länder. Außer den oben angeführten gibt es noch Hilfskomitees für Polen in Brasilien, Argentinien, Ägypten, Italien und auf den Philippinen. Sogar in Japan hat sich ein Verein der Freunde Polens gebildet. Das Ergebnis der Tätigkeit dieser Komitees ist — das Komitee in Ägypten, das bisher nach Polen ungefähr 500 000 Mark gesandt hat, ausgenommen — vorläufig noch nicht bekannt.

Versprochene Millionen. Die ganze Tätigkeit in den obengenannten Ländern befindet sich erst im Stadium der Entwicklung. Größere Beträge sind bereits versprochen worden. So wird die Regierung der Vereinigten Staaten aus ihrer Kasse auf Grund eines vom Senator Hirschhof eingebrachten Antrages 2 Millionen Dollar anweisen, sobald die Zufuhr von Lebensmitteln nach Polen gesichert sein wird. Darüber hinaus hat das Hilfskomitee für Belgien versprochen, aus seinen Fonds eine Million Dollar für die Kriegssopfer in Polen zu bewilligen. Auch Argentinien hat sich entschlossen, aus der Staatskasse 300 000 Mark an die im Königreich Polen wohnenden bedürftigen Polen zu zahlen.

Die Hilfsaktion in Rußland. Auch in Rußland wird seit längerer Zeit eine Hilfsaktion entfaltet, die sich vorläufig nur die polnischen Flüchtlinge erstreckt, deren es, wie der letzte Bericht erwähnt, in

Rußland mehr als ein und eine halbe Million gibt. Neben den aus der Staatskasse bewilligten Mitteln bringen größere Summen die polnischen Ansiedelungen und Kolonien im europäischen Rußland und in Sibirien auf. Nähere Berichte darüber fehlen vorläufig.

Das Zahlenmaterial — so schließt der „Dziennik Narodowy“ — das uns zur Verfügung steht, beweist, daß bisher für Polen Summen aufgebracht worden sind, die bis in die Millionen gehen. Aber es ist dies, wie Herr Wacott, ein Mitglied der Rockefeller-Stiftung, sagte, nur ein Tropfen im Meer der großen Bedürfnisse. Wirklich retten kann Polen nur eine Staatsaktion in Form eines dem Königreich Polen von den neutralen Staaten bewilligten Darlehns. Nach dieser Richtung hin sollten wir auch heute alle nach Kräften arbeiten.

Aus Nr. 154 des Dziennik Polski (Gzenstochau)
vom 6. Juni 1916.

Betrifft die amerikanische Rettungsaktion für Polen.

Das Gzenstochauer Polenblatt nimmt zu der ablehnenden Haltung der englischen Regierung in der amerikanischen Hilfsaktion für Polen u. a. wie folgt Stellung:

Die deutsche Regierung hat, die Lage unseres Landes verstehend, nicht nur einer Mitwirkung in dieser Aktion zugestimmt, sondern sie ging sogar auf eine Reihe beschwerlicher Bedingungen ein, die von England als Entgelt für die Bewilligung der freien Zufuhr von Lebensmitteln zur See stellte.

Aber in den Absichten des „verräterischen Albions“ lag es keineswegs, unseren Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Im Gegenteil, die listigen Inselbewohner beschlossen, die Gelegenheit zu benützen, um sich für den „Verrat“ der Polen zu rächen, welche die falschen Fische erkannt haben und das Joch der Rosafenute von ihren Schultern wälzen wollen. Es begann also eine Verschleppung der Angelegenheit bis ins Unendliche und ein Entdecken immer neuer Schwierigkeiten mit der deutlichen Absicht, die von Amerika eingeleitete Aktion zu vereiteln. Es wurden schließlich solche Bedingungen gestellt, daß die deutsche Regierung trotz ihres ganzen guten Willens sie entrüstet ablehnen mußte.

So geschah es auch. Wie eine ausführliche Depesche des Wolffschen Bureaus mitgeteilt hat, sind die Unterhandlungen in dieser Beziehung als gescheitert zu erachten durch die Schuld Englands, dessen Heuchelei jetzt in ihrer ganzen zynischen Nacktheit zum Vorschein kommt. Die Hoffnung ist zwar nicht geschwunden, daß der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Gerard, neue Vorschläge gemacht hat, jedoch ist die Verwirklichung der Vorschläge angesichts der nichtswürdigen Politik der Londoner Regierung sehr problematisch.

Das polnische Volk aber hat einen Fingerzeig mehr gewonnen, wo es seine Feinde und wo es seine Freunde finden kann. Wie immer sich unsere Zukunft gestalten wird, werden wir uns stets dessen erinnern, daß im Jahre des Herrn 1916 England, welches sich in unverschämter Weise als die Beschützerin der schwachen Völker aufspielt, mit dem ganzen Zynismus, zu dem sich nur seine entartete Seele entschließen kann, uns zum Hungertode verurteilen will.

Wir sind überzeugt, daß ihm dies nicht gelingen wird; wir haben soviel ertragen, wir werden noch mehr ertragen, aber wir werden dies auch niemals vergessen.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 153 und 155 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 3. und 5. Juni 1916.

Ein Buch aus dem Jahre 1882.

Die politischen Aspirationen des polnischen Volkes nach den Teilungen.

Ist ein Kompromiß mit Rußland möglich?

(Siehe Seite 581 des Gesamtüberblicks.)

II.

Wrotnowski widmet Jamoyski einen besonderen Teil seines Buches. Die polnischen Aspirationen, welche von den politischen Notwendigkeiten nach den Teilungen geformt wurden, stellte dieser Mann im Jahre 1862 am vernünftigsten und am folgerichtigsten dar. Doch nicht ohne Fehler. Welches war sein programmatischer Kern? Worin hat er gefehlt? Es ist notwendig und dankbar, dies zu beleuchten, denn es gibt in unserer Geschichte keine Gestalt, welche sich der Nachkommenschaft undeutlicher und fast rätselhaft darstellen würde. Wir wissen, daß dies ein rechtschaffener und mannhafter Mensch war. Aber welcher Grundsatz leitete seine Gedanken und Taten? Wir wünschten uns Urkunden, um unsere berechtigten Reugier durch sie zu befriedigen. An diesen Urkunden fehlt es. Andreas Jamoyski hat seine Unterredung mit Alexander II. nicht aufgezeichnet; er vertraute sie nicht einmal seinem Nächsten gern an. Anton Wrotnowski gehörte doch zum Kreise der Nahestehenden; er war in die damaligen, vor dem Ausstand gemachten Vorbereitungen eingeweiht; er nahm an vielen wichtigen Beratungen teil. Der spätere Kritiker war Zeuge der heißen Epoche. Man muß ihm lauschen.

Die Hauptidee Andreas Jamoyskis war die Aufschiebung des geschichtlichen Moments, in welchem sich die polnische Nation für oder gegen ein Kompromiß mit Rußland erklären mußte. In Anbetracht der Reformen in den Jahren 1861 und 1862 hätte sich also die polnische Nation passiv verhalten sollen. Die Verbesserungen, welche diese Jahre gebracht hatten, konnten nicht eine Lösung der polnischen Frage sein; man durfte sie höchstens als „modus vivendi“ Polens mit Rußland behandeln, der seinen Wert hatte, aber vorübergehend und provisorisch war.

Nachdem Jamoyski diesen mit den Aspirationen des polnischen Volkes im Einklang stehenden Standpunkt gewählt hatte, blieb er folgerichtig, da er selbst weder dem Verwaltungsrat oder dem Staatsrat angehören wollte, noch Wielopolski in seiner Arbeit Hindernisse in den Weg zu legen wünschte. Er lehnte also ebenso die verlockenden Vorschläge des Fürsten Gorczakow, wie auch die Forderungen des polnischen Großgrundbesitzes ab, welche ihn mit einem neuen Glanz der Volkstümlichkeit umstrahlen konnten. Weder bei der Staatsgewalt, noch gegen die Staatsgewalt; weder Chef der Regierung, noch der Führer der Opposition.

Die Errungenschaften Wielopolskis schätzte Jamoyski nicht gering, aber er überschätzte sie auch nicht. Die Regierung, in welche der Markgraf eintrat, war auch fernerhin die russische Regierung. Es ist vorteilhaft, wenn ihr polnische Beamte angehören, welche von bürgerlichen Gefühlen beseelt sind. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich diese dort, und wäre es nur in moralischer Beziehung, als bevollmächtigte Vertreter des polnischen Volkes erachten würden. Und der Fehler Wielopolskis bestand gerade darin, daß er die ganze Nation in eine Aktion hineinziehen wollte, welche nur die Funktion der polnischen Beamtschaft war, daß er für Erleichterungen und Zugeständnisse

auf die Aspirationen des polnischen Volkes in einer Zeit verzichtet, als die Stunde auf der Uhr der geschichtlichen Notwendigkeiten hierzu noch nicht geschlagen hatte. Der Markgraf, welcher wünschte, daß sich die ganze Nation auf den Boden seines Programms stelle, war in den Augen Jamoyskis wie Esau — ein Mensch, der die Erstgeburt für ein Linsengericht verkauft.

Welchen Fehler beging Jamoyski? Wrotnowski behauptet, Jamoyski hätte ins Ausland gehen sollen, sobald nur Wielopolski aus Rußland kam. Nachdem er nämlich den Reformen weder behilflich, noch hinderlich sein wollte, hätte er verstehen müssen, daß er in der Passivität, die er sich vorzeichnete, auszuharren nicht imstande sein werde. Er war zu geliebt, zu geachtet, man glaubte und vertraute ihm ganz, man sah in ihm den Führer der Nation, — und man erwartete von ihm in dem schwierigen und heißen Moment eine Weisung und einen Befehl. Auf die beunruhigende Frage: „Was ist zu tun?“ soll Jamoyski kurz geantwortet: „Nichts!“ Also soll Wielopolski kein Kompromiß mit Rußland eingehen, man soll seine Reformen nicht vereiteln, man soll keinen Ausstand machen. Wrotnowski glaubt, daß ein offener und warmer Brief an die Nation zweifellos gewirkt hätte. Und er glaubt noch, daß der persönliche Einfluß Jamoyskis auf die den Ausstand vorbereitenden Emigranten den Ausbruch des Ausstands am 22. Januar 1863 vereitelt hätte. Wir meinen, daß er sich hierin täuscht, und wäre es deshalb, weil seit der Mitte des Jahres 1862 das Los des Ausstandes vollständig in die Hände des in Warschau verborgenen nationalen Zentralkomitees übergegangen war.

Wünschte doch die russische Regierung in damaliger Zeit mit den Polen ein Kompromiß, welches der polnischen Frage die internationale Bedeutung nehmen und ein mächtiges Werkzeug den panslawistischen Politik werden würde. So wurde denn auch, als Wielopolski im September 1863 schließlich zu Falle kam, der interessante Versuch gemacht, an seine Stelle Jamoyski zu setzen. Zu diesem Zwecke erhielt Fürst Orlow, der russische Gesandte in Brüssel, umfangreiche Vollmachten. Vermittlungsagent wurde Oberst Bontemps, welchen der Großfürst insgeheim aus Warschau zu Orlow gesandt hatte. Erst in Brüssel erfuhr der Vermittler, welche Rolle ihm übertragen worden ist. Er sollte sofort nach Paris reisen, Jamoyski den Vorschlag der Regierung vorlegen und innerhalb 24 Stunden nach Brüssel zurückkehren. Jamoyski wurden die Stelle eines Zivilchefs der russischen Regierung im Königreich Polen und weitere Erleichterungen, die er für angemessen erachten würde, angeboten. Das war das russische Maximum. Wenn Jamoyski darauf eingehen würde, sollte er zusammen mit Bontemps nach Brüssel kommen. Nun kam aber Bontemps allein nach Brüssel.

Das war der letzte, im allgemein wenig bekannte Akt des Versuchs eines Kompromisses Polens mit Rußland, der sich vom 8. März 1861 bis Ende Oktober 1863 abspielte. Der blutige Terrorismus, welcher darauf folgte, verschob alle kompromißartigen Gelüste auf lange Jahrzehnte.

III.

Wrotnowski verschließt die Augen auch vor den Wogen nicht, welche unter der Oberfläche der amtlichen Politik das Bett für die Wogen der russischen öffentlichen Meinung graben. Besitzt doch politische Aspirationen auch das russische Volk. Welches sind diese Aspirationen? Wodurch unterscheiden sie sich in ihrem Wesen von den politischen Linien, welche sich die russischen Monarchen gezeichnet haben? In welchem Verhältnis stehen sie zu den polnischen Bestrebungen und Bemühungen? Sind sie einem polnisch-russischen Kompromiß geneigt oder hinderlich?

Die ersten etwas ernstere Regungen der öffentlichen Meinung in Rußland machten sich unter der Herrschaft Nikolaus I. bemerkbar. Damals wurde der Defabrismus, das russische Streben nach bürgerlichen Freiheiten, und der Panlawismus, die neue Richtung für die äußere russische Politik, geboren. Nikolaus I. hat den Defabrismus zerschmettert und nahm den Panlawismus in seinen Schutz. Dieser selbe Monarch leitete in Polen die terroristische Politik ein, welche mit der kleinen Pause von 1861—1862 und unter einer etwas veränderten Form bis zum Weggang der Russen aus Polen andauerte. Unter den Polen ist die Überzeugung verbreitet, daß die polnische Politik Nikolaus I. unter dem Zeichen der Rache ihren Anfang genommen und sich entwickelt hat. Nichts ist irriger — behauptet Wrotnowski. — Die Eroberungssucht und das Allrussentum, die russischen Aspirationen sind entstanden als Folge der Verhältnisse der Struktur und Geschichte des russischen Staatswesens, als Frucht der Psychologie des russischen Volks, als ein Gebilde der östlichen Gesittung, welche irgend ein Maß der Ordnung nur auf dem Wege des Despotismus und der Nivelierung erreichen kann. Etwas Tieferes, als reaktionäre Neigungen Nikolaus I. leiteten seine Politik gegenüber den Polen, nämlich die Aspirationen der ganzen russischen Nation.

Es war keine vereinzelte Stimme des verärgerten Kaisers, wenn er sagte: „Ich habe die Zitadelle erbaut. euren ersten Aufruhr werde ich Warschau zerstören, aber gewiß werde nicht ich es wieder aufbauen!“ War es doch die liberale Katharina II., welche eine Annexion ganz Polens mit allen Mitteln erstrebte. War es doch der liberale Alexander I., welcher seine Verbündeten auf dem Wiener Kongreß als undankbare Verräter betrachtete, weil sie ihm nicht rücksichtslos ganz Polen überlassen wollten. Vernahmen doch die Polen von dem liberalen Alexander II. in der Epoche des heißesten Liberalismus die Worte: „Point des réveries!“ Die freiheitliche Bewegung in Rußland, von den Defabristen eingeleitet, von den Nihilisten geführt, von den Sozialisten und Radikalen ererbt, sah in Polen immer eine russische Beute. Die russischen Formeln, die Menschen glücklich zu machen, die Nihilisten und Panlawisten, die Radikalen und Bureaukraten wendeten sie in gleicher Weise auf die 101 Nationen in Rußland an. Die Eroberungssucht, der Grundsatz der äußeren Politik, die Russifizierung, der Grundsatz der inneren Politik, hatten sich in den psychischen russischen Boden tief eingegraben, und wir finden sie tief am Boden der kardinalen russischen Aspirationen: „Vom Thron einer ganzen Reihe von Geschlechtern empfohlen, unterstützt und verbreitet mit Hilfe einer entsprechenden Richtung, welche der öffentlichen Erziehung und der Presse aufgenötigt worden ist, und mit dem uralten eroberungsfüchtigen Instinkt Rußlands übereinstimmend, gingen diese Aspirationen der russischen Volksgesamtheit ins Blut über. Von oben bis unten hat sich diese Volksgesamtheit mit der Idee des Panlawismus verwachsen, und gleich ihren eigenen Monarchen sahen sie in seinem Triumphe ihr und ihres Staats Interesse“. (283.)

Die Idee des Panlawismus enthielt doch nicht die logischen Notwendigkeiten, welche zur Annexion und Russifizierung führen. Als diese Aspiration in Moskau entstanden war, schien es, daß sie den Weg zu einem polnisch-russischen Kompromiß eröffnen wird. So faßte sie der ernste Teil unserer Emigranten auf. Auf den sympathischen russischen Klang erwiderte unverzüglich das polnische Echo. „Der Panlawismus könnte doch eine Vereinigung aller slawischen Völker unter dem Schutze Rußlands bedeuten, also die Sonderstellung, die Nationalität und die Selbstverwaltung jedes einzelnen von ihnen achten. Der Panlawismus könnte tatsächlich ihre Vereinigung zum Zweck haben, also die

föderalistische Idee zusammenfassen und zum Ausdruck bringen, anstatt der Idee, sie Rußland einzuverleiben und jedes von diesen Völkern zu russifizieren.“ (Seite 284.) Statt dessen diente er nur dazu, den Zynismus der allrussischen Bestrebungen mit einer idealistischen Gaze zu verhüllen und erleichterte die Heranziehung sogar der besseren Schichten des russischen Volks zu der von Nikolaus emporgerichteten Fahne. „Es ist jedoch für uns Polen gleichgültig, ob das russische Volk zu seinen heutigen Aspirationen auf diesem oder jenem Wege gelangt ist, sofern die offensichtbare Tatsache der völligen Harmonie zwischen dem ganzen Volk und den russischen Monarchen besteht; dieses und diese sehen den Vorteil Rußlands in der Russifizierung der von ihm unterworfenen Völker, und sie haben, indem sie das gegenwärtige System durchführen, die Überzeugung, daß sie ihre Pflicht gegen das eigene Vaterland erfüllen und zugleich seinen staatlichen Interessen am besten Genüge tun.“ (Seite 284.) Es ist also für Rußland eine Notwendigkeit: „entweder ein dauerndes Kompromiß zu erstreben, oder den Weg der Verständigung überhaupt nicht zu betreten.“ Irgend ein beliebiges Kompromiß wird nichts verbessern und nichts erledigen.

Das amtliche und das nationale, das rückständige und das fortschrittliche Rußland ist weder zu einem dauernden, noch zu irgend einem beliebigen Kompromiß gegangen. Es hat vorgezogen, den Weg der Verständigung überhaupt nicht zu betreten. Nach dem Jahre 1882 hielt es an dieser Politik ebenso folgerichtig fest, wie in den Zeiten, welche Wrotnowski mit seinem Scharfsinn analysiert hat. Unser Verfasser hatte auch Recht, als er den Glauben an ein dauerndes Kompromiß mit solchen Russen, wie sie die Geschichte, das Amt, die Schule und die Presse erzogen haben, — für eine Träumerei, irgend ein beliebiges Kompromiß, auf den Boden flüchtiger Tatsachen und Vereinbarungen gestellt, für eine gleichnerische Täuschung hielt; die Polen müssen also mit der Unmöglichkeit eines Kompromisses mit den Russen ernstlich rechnen.

Alles, was der Drucklegung des Buches gefolgt ist, bestätigte diese seine Gedanken. Und vor allen Dingen tat dies der allslawische Kongreß in Prag, zu dem die Vertreter fast aller politischen Gruppen Polens und Rußlands erschienen waren. Ein Kompromiß der beiden zahlreichsten slawischen Völker bildete den einzigen Zweck und das einzige Interesse dieses Kongresses. Die russische Unversöhnlichkeit machte sowohl die tschechischen versöhnlichen Anstrengungen als auch die polnischen guten Absichten zunichte. Ein nicht geringes Recht räumte den politischen Ideen Wrotnowskis das Verhalten der russischen Behörden und des russischen Volks nach dem bekannten Aufruf des Großfürsten ein. Die folgerichtigen Reaktionäre gehen in ihrem Widerwillen gegen das polnisch-russische Kompromiß sehr weit, sogar — über die Grenzpfähle der Eroberungssucht und der Russifizierung hinaus. Es scheint ihnen, daß nach Eingehung eines solchen Kompromisses Rußland Kompromißverhandlungen und Vereinbarungen mit den 101 Nationen bevorstehen würden, Nationen, welche als Bestandteil des Staats unterworfen worden sind. Dieses Malen von Teufeln an die Wand macht die Reaktionäre dermaßen bestürzt, daß sie es vorziehen würden, sich der polnischen Lande in dieser oder jener Kombination völlig zu entledigen. Sie haben die Hoffnung, daß sie um diesen Preis ohne einleitende Kompromisse mit den übrigen Völkern des Staates desto leichter fertig werden würden.

Aus Nr. 163 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 14. Juni 1916.

Die Oktobristen über die polnische Autonomie.

Die Oktobristen, die heute in der Duma eine mittlere Partei mit einem rechten Flügel bilden, entstanden nach dem Oktobermanifest als eine liberale Partei. Wie sie trotzdem damals schon über die Autonomie Polens dachten, zeigt eine kleine offizielle Flugschrift des Oktoberverbandes vom Jahre 1906: „Über die Autonomie Polens“ (russisch). Die Schrift legt in der ersten Hälfte dar, daß gegen eine polnische Autonomie praktische Bedenken insofern bestehen, als die Interessen eines autonomen Polens den übergeordneten Interessen des russischen Reiches zuwiderlaufen würden. Danach heißt es in wörtlicher Übersetzung:

Polen hatte eine volle Autonomie, die ein freiwilliges Geschenk des russischen Selbstherrschers war, es hatte eine Konstitution zu einer Zeit, als in Rußland an eine solche überhaupt noch nicht gedacht wurde, und als in Rußland die ersten Versuche, diese Konstitution einzuführen, den Beteiligten schwere Strafen einbrachten; Polen hatte sogar ein besonderes nationales Heer.

Wie verwandte es aber diese Autonomie, wozu diente ihm das Heer?

Wir stellen diese Frage nicht, um jemanden zu beschuldigen, sondern nur um daran zu erinnern, daß die damalige Lage der Dinge unwiderruflich zu einem gewalttätigen Ausgang führen mußte. Die unabwendbare Katastrophe wäre nicht nur dann eingetreten, als ein der polnischen Konstitution unfreundlich gesinnter Herrscher auf den Thron kam, und die polnische Revolution des Jahres 1830 war nicht nur eine Folge der patriotischen Erregung, die durch die Befreiung Griechenlands, durch den leichten Erfolg der Pariser Revolution und die Hoffnung auf die Hilfe Frankreichs hervorgerufen worden war. Schon lange vorher war vorauszusehen, wohin die Autonomie führen würde, als der Kaiser, der die Autonomie verließ und an sie glaubte, aus Warschau geängstigt und mißgestimmt zurückkehrte. Wieviel seelische Leiden und kulturelle Opfer die Autonomie die die Polen zur Revolution im Jahre 1830 führte, diesen verursachte, ist schwer abzuschätzen. Dreißig Jahre später erlebte Polen einen zur Einführung einer Autonomie günstigen Moment, obwohl diese Autonomie nicht den früheren Umfang erreicht hätte. Wer war schuld, daß jener Moment erfolglos vorüberging? Der Erfolg wurde damals von einem der bedeutendsten Männer, der sich durch organisatorisches Talent, politischen Sinn und durch Energie auszeichnete, vorbereitet. Wer bereitete nun mit soviel Erfolg das von diesem Manne begonnene Werk der Befreiung Polens? Nicht die russischen Gegner seiner Politik, sondern die polnischen Patrioten, aus deren Mitte in einem Jahre fünf Attentate gegen ihn angestiftet wurden. Es wurde eine revolutionäre Regierung geschaffen; die patriotische Erregung verwandelte sich in Terror, der für Polen eine neue Katastrophe herbeiführte und die Rückkehr zur Nachgiebigkeitspolitik für lange unmöglich machte.

Und wo ist gegenwärtig die Gewähr, daß eine polnische Autonomie bessere Ergebnisse bringen wird? Auf wen wird sich die neue autonome Gewalt stützen? — diese Frage sollten sich nicht nur alle die Russen, die von der Autonomie aller russischen Grenzgebiete träumen, sondern vor allem die Polen selbst im eigenen Interesse vorlegen. Man wird sagen, daß sich unter der gegenwärtigen konstitutionellen Regierung in Rußland die polnische Autonomie leichter in die allgemeine staatliche Ordnung einleben wird. Ausgeschlossen!

Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts war die Verförperung und Leitung des polnischen Volkes seine reiche, alte, europäisch gebildete Aristokratie. Damals gab es in Polen keine stark entwickelte Industrie, keine kapitalistischen Interessen, keine Fabrikarbeiter, keine Macht der Presse, keinen Sozialismus und kein Dynamit. Wir fragen noch einmal: Auf wen wird sich die neue autonome Gewalt stützen? Im gegenwärtigen Moment stehen alle Polen einheitlich gegen den gemeinsamen traditionellen Feind, ohne Unterschied der Anschauungen und Interessen, gegenwärtig entbrennen Leidenschaften und werden Verbrechen ausgeführt gegen die Hüter der verhaßten „fremden“ Ordnung. Die selben Leidenschaften und Verbrechen drohen aber auch der „neuen“ Ordnung.

Eine Autonomie wird das uralte väterliche Veto nicht ausrotten und die Anarchie in ihren neuen Ausdrucksformen nicht vernichten!

Wäre es für die Polen nicht besser, sich mit der allgemeinen Freiheit, die ihnen die russische Konstitution gewährt, und mit der Bewegungsmöglichkeit, die ihnen zur patriotischen Arbeit in den allgemein russischen Landschaftseinrichtungen geboten wird und die vielleicht noch in dem Sinne erweitert werden, daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, in einer allgemeinen Beratung über Lokalbedürfnisse, die auch benachbarten Gouvernements gemein sind, zu beraten, zufriedenzugeben, anstatt Forderungen zu stellen, die gleich von Anfang an das Werk des allgemeinen Einverständnisses untergraben und im Falle ihrer Verwirklichung schon bald zu einem Zusammenstoß nicht mit der russischen Regierung, sondern mit dem russischen Volke führen würde?

Aus Nr. 281 des Głos Narodu (Krakau)
vom 3. Juni 1916:

Eine originelle Nachricht

gelangt auf dem Wege über Stockholm zu uns, und es bringt sie der Lemberger „Dziennik Polski“ in seiner Nr. 268. Die Person, welche diese Mitteilungen aus Petersburg in die Hauptstadt Schwedens gebracht hat, erinnert daran, daß sich in Rußland die Friedensstimmungen mehren, und bemerkt im Zusammenhang damit:

„Es geht das Gerücht, daß die (russische) Regierung die Absonderung eines selbständigen Polen proklamieren wird, um auf diese Weise die gegenwärtig besetzten Lande nicht russisch zu machen, und beim Friedensschluß sagen zu können, dies werde im Einklang mit dem Manifest des Zaren in dem Augenblick getan, wo kein einziger Feind in den russischen Landen steht. Die Appetite sind auf die Türkei gerichtet.“

Eine solche „Lösung der polnischen Frage“ hat Herr Milukow sicherlich nicht erwartet.

Aus Nr. 255 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 5. Juni 1916.

Propaganda in Paris.

In der „La Pologne aux Polonais“, einem der polnischen Sache gewidmeten Organ, veröffentlichte Herr W. Podlaski Betrachtungen, die beweisen, daß eine unterirdische Arbeit geführt wird zu dem Zwecke, um darzutun, daß die russenfeindliche und die Unabhängigkeits anstrebende öffentliche Meinung in Polen nichtnationalen Stimmungen entspringe.

Der hervorragende französische Schriftsteller Bienaimé, der ehrlich für die polnische Sache kämpft, sagte Herrn Podlaski, daß die Gegner des ausgesprochenen Programms sich bemühen, ihn bloßzustellen, und daß sie vor aller Welt verkünden, daß

sich für dieses Programm nur die Sozialisten und Juden erklären. Die selben Elemente inspirieren in diesem Geiste die französische Presse und die französische öffentliche Meinung, insbesondere führt die nationalistische „La Libre parole“ eine heftige Kampagne gegen die sich immer mehr entwickelnde Propaganda zu Gunsten Polen. Ein gewisser Bernes schreibt in diesem Blatt:

„Man hat uns versichert, daß viele Polen und insbesondere die polnischen Katholiken diese Tätigkeit, die sie als ungehörig bezeichnen, entschieden verurteilen“.

„La Pologne aux Polonais“ fügt ihrerseits hinzu, daß es nicht schwer sei, zu ergründen, wer diese Arbeit leitet. „Wir sehen“, schreibt das Blatt, „recht deutlich diese Targowicaleute, und wir verfolgen aufmerksam ihre schändliche Maulwurfsarbeit...“ Es ist selbstverständlich, daß der Organisator dieser Aktion und der Informator der „La Libre Parole“ Herr Dmowski ist. Welche Mittel hier angewandt werden, und wie widersinnig diese Organisatoren handeln, dafür dient als Beweis, daß ein gewisser Herr Boyer, ein Anhänger der Politik der Kadetten in der polnischen Frage und ein Beschützer der russischen Juden, der der Haupthelfershelfer dieser ideellen Richtung ist, in einer der Sitzungen erklärte, daß gegen eine polnische Selbstverwaltung unter dem Zepier des Zaren nur eine Handvoll Pariser Polen sei. Ein anderer Redner, Herr Denis, berief sich auf die in Petersburg erscheinende „Sprawa Polska“ als auf ein in der polnischen Frage glaubwürdiges Dokument.

Im „Echo de Paris“ finden wir in einem Artikel des Herrn J. Herbet die polnische Frage in einer Weise beleuchtet, die hinsichtlich der Quelle, aus der der Artikelschreiber seine Informationen schöpfte, keine Zweifel aufkommen läßt. Es befindet sich z. B. in dem Artikel folgender Abschnitt:

„Die größten polnischen Parteien in Österreich, wie die Nationaldemokraten, das Zentrum und die Mehrheit der Volkspartei, verraten durchaus keinen Willen, dem Obersten Nationalkomitee anzugehören. An seiner Spitze steht Herr v. Bilinski, ein verdeutschter Bureaukrat, dessen Name beweist, daß er ruthenischer Abstammung ist. Ihm zur Seite stehen Leute mit so rein polnischen Namen, wie Leo, Battaglia oder German. Niemand wird sich doch durch eine solche Maskerade täuschen lassen.“

So sieht die Arbeit des Herrn Dmowski in Paris aus!!!

Aus Nr. 17 des Ataj (Lissa)

vom 9. Juni 1916:

Die Sympathie Frankreichs für Polen.

Ganze Bände könnte man darüber schreiben. Es ist daher unmöglich, das ganze Material in den Rahmen eines oder mehrerer journalistischer Zeitungsartikel zusammenzufassen.

Wir haben einen Artikel über die „Sympathien“ Englands für Polen gebracht, aus welchem deutlich hervorging, daß es konkrete, positive Erklärungen der englischen Regierung und des englischen Parlaments in der polnischen Frage nicht gegeben hat, nicht gibt und nach unserem Sinne nicht geben wird.

Wir haben einen Artikel über die „Sympathien“ Frankreichs gebracht, der besagt, daß Frankreich die polnische Sache so ansieht, wie Rußland es haben will.

Es lohnt sich noch daran zu erinnern, was die polnische Presse vor dem Kriege geschrieben hat, so z. B. im „Kurjer Warszawski“ der bekannte Romanchriftsteller Wenzel Konjorowski.

In der polnischen Presse wurde monate- und jahrelang vor dem Kriege über das Benehmen des

offiziösen Frankreichs geklagt. Polen hat Frankreich manchmal Dienste geleistet, und ist seinem Beispiel gefolgt.

Die polnischen Legionen kämpften für Frankreich nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika und sogar in Amerika, wohin sie geschickt wurden, um die Neger zur Botmäßigkeit zu bringen. Das in drei Weltteilen vergossene polnische Blut hätte uns den Dank Frankreichs einbringen sollen.

Und wie dankte uns Frankreich?

Für die Schule der Emigrantenkinder in Vatinolles bei Paris hatte die französische Regierung hochherzig 40 000 Franken jährlich bestimmt.

Nach Abschluß des Bündnisses zwischen Frankreich und England schmolzen jene Tausende von Jahr zu Jahr zusammen. Zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges lehnte die französische Regierung die Unterstützung für die polnische Schule in Vatinolles ganz ab — und zwar mit Rücksicht auf den Bundesgenossen — auf Rußland.

Aus der französischen Presse, namentlich aus den amtlichen und halbamtlichen Organen, begannen die Bemerkungen über die Polen zu verschwinden. Man schrieb schließlich nicht mehr „les Polonais“ sondern „les allogenes“ — die Fremdstämmigen (ein aus dem Russischen stammendes Wort) nach dem Befehl der französischen Regierung, welche bestrebt war, Rußland bei gutem Humor zu erhalten. Man schrieb nicht über „Polen“, sondern über das „Weichselland“.

Es fehlte nicht an Polen, welche hinsichtlich der Zukunft Polens auf die Unterstützung seitens Frankreichs rechneten. Selbst wenn Rußland Polen nicht würde die Freiheit geben wollen, so mußte England, vor allem aber Frankreich es dazu zwingen, — so dachten und redeten jene Polen.

Indessen zeigt es sich, daß es sich mit der sogenannten „Sympathie“ Frankreichs für Polen ganz anders verhält. Wir wollen jetzt noch einige Mitteilungen aus jüngster Zeit wiedergeben.

„Libre parole“ schreibt:

„Die Agitation gegen das russisch-französische Bündnis hat von neuem eingesetzt. Man wartete nur auf die Gelegenheit, oder besser gesagt auf den Vorwand, um sie wieder zu beginnen. Dieser Vorwand ist die polnische Sache. Die Besetzung Polens bedeutet eine große Gefahr für den Bierverband. Um dieser Gefahr vorzubeugen, wird von den Verbündeten gefordert, daß sie Rußland zwingen sollen, den Polen nicht nur die versprochene Autonomie, sondern auch die vollständige Unabhängigkeit zu gewähren. Die Verbündeten sollten dann anläßlich Polens an die Adresse Rußlands eine Art Ultimatum richten. Die Polen erklärten sich anfangs mit der von Rußland versprochenen Autonomie einverstanden. Heute dagegen ertönt der Ruf: „Polen für die Polen!“ Wie kann man zugeben, daß derartiges in Frankreich gedruckt wird?! Man kann mit den Polen sympathisieren, aber man muß vor allem an Frankreich denken, für welches das Bündnis mit Rußland die Bedingung der Rettung ist. Daher muß man mit ganzer Entschiedenheit gegen derartige polnische Bestrebungen auftreten. Kann man annehmen, daß der Zar einen Krieg weiter führen würde, welcher Rußland nur Verlust an Land und die demütigende Intervention Fremder mit sich brächte?“

Das polnische Pressbureau veröffentlichte in den Schweizer Blättern Folgendes: „Die Petersburger Telegraphen-Agentur bestritt die Nachricht, wonach der russische Botschafter in Paris bei der französischen Regierung Schritte getan habe zwecks Unterdrückung von Artikeln über die polnische Frage in der Pariser Presse. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß hinsichtlich des Verbotes der Erörterung der polnischen Frage unter dem russischen Drucke eine Zensurverordnung erlassen wurde, welche besagt, man müsse ent-

chieden mit dem Mißbrauch ein Ende machen, der in letzter Zeit in der Presse hinsichtlich der Besprechung der Unabhängigkeit Polens sich breit gemacht habe.

Nicht ohne Berechtigung schrieb deswegen Herve in der Zeitung „la Victoire“: „Darf ich sagen, daß die Zensur erklärt hat, es werde von nun an verboten sein, über die Unabhängigkeit Polens zu schreiben, es sei denn, daß die Artikel in dieser Sache vorher von dem russischen Botschafter gebilligt würden? Ob Herr Tschwolski persönlich in der Sache intervenierte, ist für die Sache selbst gleichgültig.“

Hieraus folgt, daß Frankreichs „Sympathie“ für Polen nur soweit geht, wie es Rußland gefällt und dem Interesse Frankreichs dient. Es ist somit nicht die Rede davon, daß Frankreich oder England jemals einen Zwang auf Rußland ausgeübt hätten, Polen die Freiheit zu erwirken. Aus der Geschichte wissen wir, daß das Wohlwollen Frankreichs für Polen nicht grundlegenden, sondern einzig und allein taktischen Beweggründen entsprang und rücksichtslos aufhörte, wenn es Frankreich keinen Nutzen brachte. Wir werden uns Enttäuschungen ersparen, wenn wir daran denken werden. —

Aus Nr. 19 des Kraj (Lissa)
vom 9. Juni 1916.

Polnische Angelegenheiten.

Der hervorragende Dichter Maeterlinck schreibt in einem die Pläne des künftigen Friedenslebens besprechenden Artikel, eine wichtige Bedingung dauernden Friedens sei die Wiedererweckung Polens. Die Versprechungen des Nikolaus Nikolajewicz hätten jedoch keine Bedeutung. Zum Glück stützten sich auch die Polen nicht auf sie. Polen, von dem bisher wenig gesprochen worden sei, habe doch die gleichen, oder größere Rechte, als die Völker, von deren Befreiung so viel geschrieben werde. Polen vergessen, das hieße die Ehre der in diesem Kriege Kämpfenden für immer beflecken.

„Ich brauche“ — schreibt Maeterlinck — „das Geschick Polens nicht in Erinnerung zu rufen. Nach manchen Richtungen hin ist sein Los tragischer und bedauernswerter, als das Los Belgiens. Polen hatte sogar nicht die Möglichkeit der Wahl zwischen einem Kampfe in Ehren und der Vernichtung. Die Teilungen haben Polen der Möglichkeit beraubt, diese Wahl zu treffen. Es wäre eine allzu ungerechte Sache, wenn die alte Ungerechtigkeit, die heute noch auf dem Gewissen Europas lastet, Anlaß böte zu einer neuen Ungerechtigkeit. Dazu darf man es nicht kommen

lassen. Nikolaus Nikolajewicz hat zwar für Polen Versprechungen gemacht, und diese Versprechungen wurden in der Duma wiederholt, aber das genügt nicht. Solche Versprechungen verpflichten einzig diejenigen, die sie gegeben haben, aber sie sind nicht für die ganze Nation verbindlich. Ich will Rußland nicht beleidigen; aber unter allen feststehenden Tatsachen, über die uns die Geschichte belehrt, ist eine, die auf alle Anwendung findet: in der internationalen Politik bedeuten Absichten nichts und Versprechungen halten nur die, die nicht anders verfahren können. Polen hat das unbedingte Recht darauf, daß man es in Frankreich wie in England und anderen Ländern wenigstens ebenso behandle, wie Belgien. Es steht Belgien gleich, liegt in den Grenzen desselben Problems. Jetzt ist für Europa die Zeit gekommen, um die Ungerechtigkeit wieder gutzumachen, die durch das frühere Europa zugefügt worden ist. Heute können wir bestimmen, daß wir weiterhin gerecht verfahren werden. Nehmen wir einen höheren Standpunkt ein, als in der Stunde der Teilung Polens, in jener Stunde eines unermesslichen Fehlers, der von Europa in einer Zeit begangen wurde, in welcher es sein Gewissen noch nicht gefunden hatte und noch nicht wußte, was wir heute wissen.

Aus Nr. 133 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. Juni 1916.

Englische Broschüren über Polen.

Das polnische Informations-Komitee, zu dessen Beirat gehören: Lord Eversley, Dr. Holland, Rose und Professor Gardner, kündigte vor kurzem in dem Verlage der Firma Allend and Unwin mehrere Serien von Broschüren an, in denen alle Seiten der polnischen Frage durch Autoritäten auf den betreffenden Gebieten werden dargestellt werden. Sechs Broschüren werden wahrscheinlich im nächsten Monat fertiggestellt sein: „Die Richtlinien der polnischen Geschichte“ von A. Zaleski mit einem Vorwort von Seton-Watson; ein „Abriß der polnischen Literaturgeschichte“ von J. Holewinski mit einem Vorwort von G. P. Goroch; „Polen als unabhängiges wirtschaftliches Ganzes“ von Stanislaus Posner mit einem Vorwort von Sidney Welb; „Die polnische Nationalmusik“ von Frau Marguerite Walaux mit einem Vorwort von Emil Mlynarski; „Der Kampf Polens um die Unabhängigkeit“ von R. Kucharski und „Die polnische Sache als internationales Problem“.

